

# Preußische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 22 · 30. Mai 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



## „Eine seltsame Vertrautheit“

Ein Gespräch mit dem FAZ-Journalisten **Jochen Buchsteiner** über sein neues Buch „Wir Ostpreußen“ und die Annäherung an die Heimat seiner Familie Seite 3



**Vertreibung** Der Brüner Todesmarsch Ende Mai, Anfang Juni 1945 Seite 10



**Archivalien** Pommern streitet für sein historisches Gedächtnis Seite 19

VON ALEXANDER RAHR

### UKRAINEKRIEG

## Der Preis für den Frieden wird sehr hoch sein

Trotz zuletzt eskalierender Kämpfe ist eine Einigung zwischen Moskau und Kiew noch immer möglich. Der maßgebliche Akteur ist der US-Präsident

Donald Trump hat Wladimir Putin wegen der neuesten russischen Raketenangriffe auf die Ukraine für verrückt erklärt. Die EU und die Demokraten in Washington hoffen nun, den US-Präsidenten endlich für drakonische Sanktionen gegen Russland umstimmen zu können. Doch auch die drastischsten Maßnahmen werden Russland wenig anhaben können, solange China hinter Moskau steht. Deshalb zielen die neuen Sanktionspläne des US-Kongresses auf eine massive wirtschaftliche Bestrafung Chinas, Indiens und der Türkei, die Putin bislang halfen, die westlichen Sanktionen zu umgehen. Das Resultat ist vorhersagbar: Der Wirtschaftskrieg weitet sich global aus, China wird sich noch enger mit Russland verbinden, der Westen wird von wichtigen Rohstoffimporten abgeschnitten. Und alle Konfliktparteien schaden sich vor allem selbst.

Anders liegen die Dinge bei der nun wieder stärker diskutierten Lieferung schwerer Waffensysteme an die Ukraine, wie den „Taurus“. Sie würden den russischen Vormarsch vielleicht aufhalten, aber das Potential für eine direkte Konfrontation der NATO mit Russland steigern.

#### Zurück zu „Istanbul“?

Derweil geht Putin aufs Ganze, obwohl seine ursprünglichen Ziele in weite Ferne gerückt sind. Die jüngste Zunahme der Bombardements rechtfertigt er mit der Notwendigkeit, westliche Waffenlager in der Ukraine zu zerstören und mit der Vergeltung für die fortlaufenden ukrainischen Drohnenangriffe auf russisches Kerngebiet. Auf beiden Seiten steigen die Opferzahlen unter den Zivilisten.

Eine Entmilitarisierung der Ukraine wird Putin schwerlich erreichen, trotz seiner Bombardements. Die Ukraine mag letzten Endes auf eine NATO-Mitgliedschaft verzichten, aber es ist schwer vorstellbar, dass der Krieg ohne Sicherheits-

garantien in Form von militärischer Nachrüstung der ukrainischen Streitkräfte und künftiger westlicher Militärpräsenz zumindest in der Westukraine enden wird. Auch eine „Entnazifizierung“ der Ukraine – das Moskauer Codewort für den angestrebten *Regime Change* in Kiew – wird nur durchsetzbar sein, wenn die Ukraine in nächster Zeit kapituliert, was sie nicht zu tun gedenkt.

Trotzdem kann der Krieg nicht ewig weitergehen. Um ohne Gesichtsverlust auf Trumps Friedensplan eingehen zu können, benötigt Putin ein haltbares Narrativ, das nicht nur den Sinn und Zweck der von ihm ausgerufenen „Speziellen Militäroperation“ manifestiert, sondern auch Russland zum Sieger des Konflikts erklärt.

Ein zentrales Element in diesem Bemühen ist der Rückgriff auf die Friedensverhandlungen von Istanbul im Frühjahr 2022. Damals – so die russische Darstellung – habe es eine reale Chance auf ein Abkommen gegeben: eine neutrale Ukraine, ein Verzicht auf die NATO-Mitgliedschaft, russische Nichtangriffsgarantien im Gegenzug. Dass daraus nichts wurde, lag nicht nur an mangelndem Willen Moskaus und Kiews, sondern auch an westlichen Einflüssen. In erster Linie Großbritannien und die USA hätten Wolodymyr Selenskyj aufgefordert, den militärischen Widerstand fortzusetzen – und damit, so die Lesart des Kreml, den Krieg unnützerweise in die Länge gezogen.

Diese Schuldzuweisung hilft Russland, für die Zukunft der Friedensgespräche sein Gesicht zu wahren und dem Westen eine moralische Mitschuld an den tausenden Toten auf beiden Seiten zuzuschreiben. Für Moskau bietet sich damit auch die Gelegenheit, den Westen als geostrategischen Gegner zu schwächen.

#### Hoffen auf den Deal mit Trump

Putins Blick richtet sich nur nach Washington. Er sieht, wie sich die politische Großwetterlage verschiebt, und spekuliert auf einen Bruch in der NATO. Nur darf Putin sein amerikanisches Gegenüber nicht vergrämen, deshalb setzt er darauf, Trump in weitere Friedensbemühungen einzubinden – und ihm dabei die Rolle des Friedensstifters zuzugestehen. Der Gewinn einer wirtschaftlichen Kooperation mit den USA, so die Botschaft von Putins Unterhändler Kirill Dmitrijev an das Trump-Lager, wäre für Russland wichtiger als ein Kriegsende.

Europa hingegen wirkt derzeit orientierungslos. Es gibt keine Vorstellungen, wie mit Russland künftig umgegangen werden muss, außer dass man für den Krieg rüstet und jetzt vielleicht doch den „Taurus“ an die Ukraine liefern möchte. Der Schock sitzt tief, dass Trump die NATO spalten könnte. Ohne die USA an ihrer Seite kämen Berlin, London und Paris gegen Moskau nicht an. Und so sehen wir gleichzeitig dramatische Versuche so-

wohl Russlands als auch der Europäer, Trump auf ihre Seite zu ziehen.

Ein Frieden ohne substantielle territoriale Verluste der Ukraine scheint derzeit nicht realisierbar. Die Idee, mit Waffenstillstand und *Status quo ante* Russland zum Rückzug zu bewegen, blendet die Realitäten aus, die Putin geschaffen hat – und weiter schaffen will.

Der russische Präsident wird nicht nachgeben. Dafür steckt er selbst zu tief in diesem Krieg. Ohne sichtbaren Triumph kann er keinen Rückzug wagen, ein Reputationsverlust würde seine persönliche Macht gefährden. Die vollständige Kontrolle über die annektierten Gebiete in der Ostukraine – und womöglich darüber hinaus bis zum Dnjepr – ist längst nicht nur militärisches Ziel, sondern politische Notwendigkeit geworden. Sollte die Unterstützung der Ukraine durch die USA weiter nachlassen oder ganz wegfallen, könnten sich diese Ziele trotz massiver Verluste für Russland als erreichbar herausstellen.

Doch auch die EU kann nicht aufgeben. Die europäische Sicherheitsordnung, so wie sie sich nach dem Kalten Krieg herausgebildet hatte, wäre bei einem Sieg Russlands hinfällig. Auf dem Balkan konnten die NATO-Verbündeten einst serbische Eroberungspläne militärisch stoppen, in der Ukraine wird dies in Bezug auf Russland kaum gelingen. Schon deswegen wird der Frieden, wie ihn viele erhoffen, nur zu einem sehr hohen Preis zu haben sein.

### IN DIESER AUSGABE

**Politik**  
Wirtschaftsministerin Reiche radikale Abkehr von Habecks Heizungsdictat Seite 4

**Kultur**  
Schatzkammer der Kulturation – Die Museumsinsel feiert ihr 200. Jubiläum Seite 9

**Das Ostpreußenblatt**  
Der diesjährige Walter-Kollo-Wettbewerb des deutschen Liedes in Neidenburg Seite 13

**Lebensstil**  
Die stille Rivalität zwischen den beiden Städten Thorn und Bromberg Seite 21



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite [paz.de](http://paz.de)



4 191814 304401 22  
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

**Das US-Tarnkappenflugzeug** entpuppt sich als zu teuer – Washington stellt beim Kauf der F-35-Flieger zu viele Bedingungen – Eine neue Entwicklung soll doppelt schwer bewaffnet sein – Deutschland droht ein teurer Flop

## Westliches Wettrüsten am Himmel

Da die US-F-35-Jets schwächeln, wollen andere NATO-Staaten eigene Super-Flieger in die Luft bringen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Das US-amerikanische Tarnkappen-Mehrzweckkampfflugzeug Lockheed Martin F-35 „Lightning II“ ist angeblich die modernste und leistungsfähigste Militärmaschine, die je in Serie ging. Es soll die F-16 „Fighting Falcon“ und den Panavia 200 „Tornado“ sowie weitere ältere Jets in den Luftstreitkräften des Westens ablösen. Derzeit nutzen bereits elf Staaten neben den USA die F-35. Zudem haben weitere acht Länder bereits viele Exemplare der Maschine geordert. Zu den Bestellern zählt auch die Bundesrepublik Deutschland, die 35 der F-35 zum Stückpreis von je 296 Millionen Euro erwerben will und auch schon eine Anzahlung von 2,42 Milliarden Euro geleistet hat.

Allerdings haben die jüngsten US-Luftangriffe auf die schiitische Huthi-Miliz im Jemen während der Operation Rough Rider gezeigt, dass die F-35 durchaus ihre Schwächen hat. Denn die Luftabwehr der Huthis holte nicht nur sieben amerikanische Drohnen vom Typ General Atomics MQ-9 Reaper vom Himmel, sondern nahm auch anfliegende F-35 unter Beschuss, woraufhin die Maschinen Ausweichmanöver unternehmen mussten. Das ist insofern bemerkenswert, als die Islamisten nur über alte ausrangierte iranische Radargeräte verfügen, die eigentlich nicht in der Lage sein dürften, das Hightech-Tarnkappenflugzeug der Vereinigten Staaten zu orten.

Dass auf die Stealth-Eigenschaften der F-35 offensichtlich kein wirklicher Verlass ist, demonstrierte zudem die israelische Luftwaffe bei ihren Attacken gegen Militäreinrichtungen des Iran im April: Anstatt die Ziele im Reich der Mullahs direkt zu bombardieren, schossen die israelischen F-35 aus dem irakischen Luftraum Raketen über die Grenze zum Iran.

### Entwicklung einer neuen Generation

Viele potentielle Käufer des Mehrzweckkampfflugzeuges stoßen sich jetzt außerdem an den Bedingungen, die Washington an die Lieferung der teuren Maschinen knüpft. Zum Einen pocht die US-Regierung auf ihr Recht, „im Falle von ungewöhnlichen und zwingenden Umständen, wenn es das nationale Interesse der USA verlangt, zu jedem Zeitpunkt die Leis-

tungserbringung ganz oder zum Teil zu kündigen oder auszusetzen“. Dann gelten die Beschaffungsrichtlinien der US-Luftwaffe, welche weder Garantieleistungen noch Vertragsstrafen vorsehen, was heißt: „Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.“ Und schließlich behalten sich die USA „eine Überwachung der Endverwendung“ der Maschinen und gegebenenfalls Nutzungsverbote vor. Daher wird der Erwerb der F-35 durch die Bundesrepublik inzwischen in Frage gestellt. Kanada erwägt ebenfalls den Rücktritt vom Kauf.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum die europäischen Staaten seit einiger Zeit verstärkte Anstrengungen unternehmen, ein gemeinsames neues Kampfflugzeug zu entwickeln, wobei dieses aber nicht nur als Ersatz für die F-35 gedacht ist. Denn während das US-Modell noch zur fünften Kampfflugzeug-Generation zählt, soll die europäische Alternative der sechsten Generation angehören. Bei dieser sind die Tarnkappeneigenschaften deutlich stärker ausgeprägt

– dazu kommen Hyperschallgeschwindigkeit und der umfassende Einsatz von Künstlicher Intelligenz sowie die Fähigkeit, gemeinsam mit Schwärmen schwerbewaffneter Kampfdrohnen zu operieren. Bei der Entwicklung einer solchen Maschine fährt Europa allerdings zweigleisig, was von Militärexperten kritisiert wird und vor allem nationalen Egoismen geschuldet ist.

### Fliegender Hochleistungsrechner

Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich setzen auf ihr Future Combat Air System (FCAS), das von der Dassault Aviation Group und Airbus Defence and Space gebaut werden soll, wobei das spanische Unternehmen Indra Sistemas die Kommunikationstechnik für das Projekt liefert. Die Indienststellung des FCAS ist zwar für Mitte 2040 geplant. Aber momentan fehlt es allerdings noch an dem erforderlichen leistungsstarken Triebwerk, dem Next Generation Fighter Engine (NGFE).

Deutlich weiter als Dassault und Airbus sind derzeit hingegen British Aerospace Electronic Systems und der italienische Rüstungskonzern Leonardo sowie deren japanischer Partner Mitsubishi Heavy Industries. Diese drei Unternehmen entwickeln parallel zum FCAS im Rahmen ihres Global Combat Air Programme (GCAP) ein innovatives Kampfflugzeug der sechsten Generation namens „Tempest“, dessen Erstflug für 2027 angekündigt wurde. Die beteiligten Firmen gaben an, dass die Maschine über die Fähigkeit verfügen werde, die doppelte Waffenlast der F-35 zu tragen, und quasi als „Hochleistungsrechner mit Massenvernichtungswaffen ... das Spielfeld betritt“.

Sollte die Tempest tatsächlich eine derartige Kampfstärke aufweisen und auch deutlich eher als das FCAS einsatzbereit sein, dann besteht die überaus reale Möglichkeit, dass das deutsch-französische Projekt zum Flop gerät und der ganze langjährige und teure Entwicklungsaufwand umsonst war.



Sie galten als eine echte Macht am Himmel: die US-amerikanischen F-35 Tarnkappenflieger von Lockheed Martin. Doch im direkten Kampfeinsatz zeigten sie plötzlich ernste Schwächen im Luftkampf und gegen Drohnen

BILD: MAURITIUS IMAGES/US. DEPARTMENT OF DEFENSE ARCHIVE/ALAMY

### ABGESCHOSSEN

## Kampfflieger aus Frankreich ist unterlegen

Im Rahmen seiner wiederholten Angebote, den nuklearen Schutzschirm Frankreichs angesichts der mittlerweile zweifelhaften Bündnistreue der USA auch über befreundete europäische Staaten zu spannen, schlug Emmanuel Macron jetzt die Stationierung von französischen Atombombern in Ländern wie der Bundesrepublik vor. Konkret erwähnte er dabei das fast vollständig im nationalen Alleingang entwickelte Mehrzweckkampfflugzeug Dassault Rafale, welches eine Waffenlast von fast zehn Tonnen tragen kann. Jedoch zeigte sich im Verlauf der Luftschlacht über Pakistan Anfang Mai dieses Jahres, dass die Rafale im Einsatz lange nicht so schlagkräftig ist, wie bislang angenommen beziehungsweise behauptet.

Während der indischen Luftangriffe als Vergeltung für ein islamistisches Attentat in Kaschmir (PAZ 20/25) kamen auch etliche der 36 Rafale zum Einsatz, die Indien für insgesamt 7,8 Milliarden Euro gekauft hatte. Allerdings gelang es der pakistanischen Luftwaffe am 8. und 9. Mai, gleich drei Rafale abzuschießen. Dies teilte der Verteidigungsminister der Islamischen Republik, Khawaja Muhammad Asif, der Nachrichtenagentur Reuters mit, während der stellvertretende Premierminister Muhammad Ishaq Dar vor der Nationalversammlung in Islamabad triumphierte, dass die „viel gepriesene Rafale kläglich versagt“ habe.

Indien tritt den Verlust der Maschinen aus Frankreich erst ab, bis in den Sozialen Medien auftauchende Bilder von Trümmern des Exemplars BS-001 bei Bhatinda zweifelsfrei bewiesen, dass mindestens eine Rafale vom Himmel geholt wurde. Verantwortlich für die Abschüsse zeichneten pakistanische Mehrzweckkampfflugzeuge vom Typ J-10CE – geliefert vom chinesischen Hersteller Chengdu Aircraft Corporation. Die J-10CE gehört wie die Rafale zur Jet-Generation 4 plus, ist dem französischen Modell aber offenbar überlegen. Insofern könnten mit Kernwaffen bestückte Rafale wohl auch russischen Abfangjägern zum Opfer fallen. W.K.

### GEHEIME ENTWICKLUNG

## „China-Schreck“ – das tödlichste Flugzeug aller Zeiten

Die Neuentwicklung des amerikanischen F-47-Kampffjets soll angeblich alles bisherige militärisch in den Schatten stellen

Am 21. März verkündeten US-Präsident Donald Trump und der Oberkommandierende der US-Luftwaffe, General David Allvin, dass das Rüstungsunternehmen Boeing Defense, Space and Security (BDS) den Auftrag erhalten habe, den neuen Kampffjet F-47 zu bauen. Die Entwicklung dieser Maschine lief im Geheimen seit 2014, und mittlerweile sollen drei Prototypen existieren, welche im Rahmen des Programms Next Generation Air Dominance (NGAD) getestet werden.

Der wegen seiner Misserfolge auf dem Zivilflugzeug- und Raumfahrtsektor angeschlagene Boeing-Konzern setzte sich gegen die Mitbewerber Lockheed Martin Aeronautics und Northrop Grumman

durch und erhält nun 20 Milliarden Dollar an staatlichen Geldern für die Fortsetzung der Arbeiten an der F-47. Insgesamt könnte Boeing mehr als 100 Milliarden Dollar mit der Maschine verdienen, wenn diese in entsprechender Stückzahl produziert wird. Da die F-47 ab 2028 den Luftüberlegenheitsjäger Lockheed Martin F-22 „Raptor“ ablösen soll, von dem die US-Luftwaffe fast 200 Stück kaufte, ist eine Bestellung in ähnlicher Größenordnung zu erwarten.

Auf jeden Fall lobt Trump die F-47 bereits jetzt überschwänglich: Sie werde „das fortschrittlichste, fähigste und tödlichste Flugzeug aller Zeiten sein“. Und US-Verteidigungsminister Pete Hegseth

sprach von einer „historischen Investition in das amerikanische Militär und in die amerikanische Industrie“.

Über welche Fähigkeiten die F-47-Prototypen verfügen, ist noch weitgehend geheim. Fest steht aber, dass die Maschinen der neuesten, also sechsten Generation mit mehr als doppelter Schallgeschwindigkeit fliegen können und auch eine extreme Manövrierfähigkeit besitzen. Außerdem sollen sie Trump zufolge „praktisch unsichtbar“ sein. Im Übrigen ist die F-47 offensichtlich dafür gedacht, im Verbund mit unbemannten, schwer bewaffneten und durch Künstliche Intelligenz gesteuerten Collaborative Combat Aircrafts zu operieren. Daher gilt sie auch

Der Name F-47 soll angeblich ein Dank an den 47. Präsidenten der USA sein, da Trump das teure Programm zur Entwicklung des Jets wieder aufgenommen hat

als „China-Schreck“ beziehungsweise „Jäger für den Krieg mit China“.

Warum die Neuentwicklung gerade „F-47“ heißen soll, dafür gibt es drei Erklärungen. Vertreter der US-Luftwaffe sagen, dass damit der legendäre Jagdbomber Republic P-47 „Thunderbolt“ aus dem Zweiten Weltkrieg geehrt werden soll. Ebenso wird aber auch auf die Gründung der United States Air Force im September 1947 verwiesen. Darüber hinaus kursiert die Behauptung, man wolle sich auf diese Weise bei Trump als 47. Präsidenten der USA revanchieren, weil er das von der Biden-Regierung aus Kostengründen gestoppte NGAD-Programm wieder aufgenommen hat. W.K.

# Auf den Spuren von Elses Bericht

Über die Annäherung an eine weitgehend vergessene Heimat und das Gefühl einer seltsamen Vertrautheit

IM GESPRÄCH MIT  
JOCHEN BUCHSTEINER

**A**chtzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg ist es still geworden um Ost- und Westpreußen, Pommern und Schlesien. Mit dem Abgang der Erlebnisgeneration hat auch die Zahl der Publikationen darüber merklich abgenommen. Und doch gibt es sie. So wie nun das Buch des FAZ-Journalisten Jochen Buchsteiner. Ein Gespräch über die Annäherung an eine einst prägende Kulturlandschaft und das Gefühl von Heimat in einer Zeit vielfacher Identitäten.

**Herr Buchsteiner, Ihr Buch „Wir Ostpreußen“ trägt den Untertitel „Eine ganz gewöhnliche deutsche Familiengeschichte“. Vielleicht mögen Sie zum Einstieg kurz skizzieren, was dies für ein Buch ist?**

Das Buch erzählt die Flucht meiner Familie aus Ostpreußen und ist gleichzeitig ein Porträt dieser vergessenen deutschen Provinz. Grundlage ist ein Bericht meiner Großmutter Else, den sie mehr als vier Jahrzehnte nach der Flucht angefertigt hat. Ihr Bericht umfasst sechzig Seiten, und er schien mir so detailliert und in seinen Schilderungen so exemplarisch, dass ich ihn für eine breitere Öffentlichkeit aufbereiten wollte. Im Buch geht es aber auch um die Bedeutung Ostpreußens für die deutsche Geschichte, die enorme geistige Ausstrahlung Königsbergs und die Frage, was davon geblieben ist, überhaupt um die deutsche Erinnerungskultur. Nicht zuletzt sind persönliche Begegnungen mit und im alten Ostpreußen in die Erzählung eingeflossen.

**Wie kam es zum Bericht Ihrer Großmutter?** Sie hat, wie viele in ihrer Generation, wenig über den Krieg und die Flucht erzählt. Ich habe sie immer wieder gebeten, eigentlich gedrängt, ihre Erlebnisse niederzuschreiben. Lange Zeit wollte sie das nicht, auch weil sie Angst davor hatte, dass alles, was sie fest in sich verschlossen hatte, wieder hochkommen würde. Ihre Flucht war dramatisch. Kurz zuvor war ihr Mann an der Ostfront gefallen. Dann hatte sie auf der Flucht ihre Kinder verloren und erst nach einer Odyssee wiedergefunden. Der Neuanfang im Westen war auch alles andere als einfach gewesen. Insofern ist es verständlich, dass sie sich nicht gern an diese traumatische Zeit erinnerte. Doch sie hat sich schließlich überwunden. Und ihre Enkel sind heute dankbar dafür.

**Wie erfolgte Ihre eigene Annäherung an das Thema? Wenn Sie Ihre Großmutter gebeten haben, ihre Erinnerungen aufzuschreiben, bedeutet das ja, dass Sie sich zuvor bereits damit befasst haben.**

Mein Vater war acht Jahre alt, als er Ostpreußen verlassen musste, und er hat intensive Erinnerungen an seine Kindheit. Auch wenn die Flucht selbst kein großes Thema in unserer Familie war, so tauchten doch immer wieder Geschichten auf: Wie es war auf den Gütern, wie sich der Alltag gestaltete, wie es wohl gewesen wäre, wenn die Familie dort geblieben wäre. Insofern bin ich aufgewachsen mit diesen Ostpreußen-Geschichten. Und spätestens als ich Journalist wurde, kam zu meinem persönlichen Interesse das politisch-historische dazu.

**Wie kam es zu dem Titel „Wir Ostpreußen“? Man könnte dahinter eher einen Sammelband erwarten als das Porträt einer einzelnen Familie.**

Der Titel soll ausdrücken, dass unsere Familie trotz des Verlustes ihrer Heimat auf gewisse Art ostpreußisch geblieben ist. Natürlich ist sie es nicht mehr zu hundert Prozent, und ich – als in Westdeutschland geborener – schon gar nicht, aber ein Stück Ostpreußen lebt eben auch in der zweiten und dritten Genera-



Einst Sitz der Familie: Das heute zerstörte Gut Kukehnen, hier vor 1945. Und die Großmutter des Autors im Alter von 18 Jahren

tion weiter. Ich bin in meinem Leben ein bisschen herumgekommen: im Rheinland aufgewachsen, später Tübingen, Hamburg, Berlin, dann zwanzig Jahre Auslandskorrespondenz in Delhi, Jakarta und London – von all diesen Stationen habe ich etwas mitgenommen und mit den Jahren, wenn man so will, eine bunte Identität entwickelt. Aber das Ostpreußische ist immer Teil davon geblieben.

Der Buchtitel formuliert aber auch etwas Allgemeineres: Er will darauf hinweisen, dass wir als Nation geprägt sind von der Erfahrung, über Jahrhunderte hinweg in Ostmitteleuropa beheimatet gewesen zu sein, dass diese politische Geographie nachwirkt und wir uns vielleicht weniger davon abgekoppelt haben, als uns das bewusst ist.

**Wie meinen Sie das?**

Nehmen Sie unser spezielles Verhältnis zu Russland, das sich von dem der meisten anderen Nationen unterscheidet. Zum Teil lässt sich das sicher mit der Erfahrung erklären, Russland über Jahrhunderte geographisch so nah gewesen zu sein – wir waren ja nach den Teilungen Polens sogar Nachbarn und kehrten als Großmächte auf Augenhöhe. Warum haben wir bis zuletzt, bis Februar 2022, nicht sehen wollen, wie aggressiv sich Russland unter Putin entwickelte? Weil wir das Verhältnis zu Russland, subkutan, als zentral begreifen und die Nationen dazwischen, ihre Sorgen, Empfindlichkeiten und Warnungen nicht ernst nahmen, wie früher.

**Bei der Präsentation Ihres Buches gab es gleich mehrere Journalisten, die sich ebenfalls als Ostpreußen „outeten“ und erklärten, dass sie immer Schwierigkeiten damit hatten, dies in der Öffentlichkeit zu erwähnen. Haben Sie eine Erklärung dafür?**

Wahrscheinlich scheuen viele, sich zu ihren Wurzeln jenseits der heutigen Grenzen zu bekennen, weil sie fürchten, dass ihnen Deutschtümelei, wenn nicht ein Rütteln am *Status quo* unterstellt werden könnte. Ich finde, dass wir mit diesem Kapitel deutscher Geschichte achtzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs entspannter umgehen können. Das Erinnern unserer Vergangenheit, auch die Wehmut, hat nichts Revanchistisches mehr. In meiner Londoner Zeit habe ich beobachtet, dass viele Briten einen faszinierten Blick auf unsere Geschichte werfen und in Richtung Deutschland fragen: „Warum redet Ihr eigentlich so wenig über Eure preußische Vergangenheit? Preußen hatte doch eine sehr prägende Rolle für die deutsche Geschichte!“ Dieses Staunen hat mir gezeigt, dass man auf Preußen und natürlich auch auf Ostpreußen ganz anders blicken kann, mit Interesse, vielleicht

sogar mit ein wenig Stolz, auf jeden Fall mit Neugier. Warum sind wir so wenig neugierig?

**Wann haben Sie die Heimat Ihrer Vorfahren zum ersten Mal besucht?**

Die beiden Güter meiner Familie lagen knapp fünfzig Kilometer südlich von Königsberg, ziemlich nah an der heutigen Grenze zwischen der Oblast Kaliningrad und Polen, aber gerade noch auf russischem Territorium. Ich bin das erste Mal im Jahr 2000, im Rahmen einer Journalistenreise, dort gewesen. Damals habe ich mich absentiert von der Gruppe, um mir anzusehen, wo meine Familie gelebt hat. Später, als das Buch Gestalt annahm, reiste ich noch zweimal mit meinem Vater dorthin, damit er mir und meinem ältesten Sohn nochmal alles aus erster Hand zeigen kann. Das waren sehr eindrucksvolle Reisen.

**Wie haben Sie sich gefühlt, als Sie in die Heimat Ihrer Vorfahren eingetaucht sind?**

Es gab da einen eigentümlichen Moment. Eines unserer Güter lag an den Ufern des Alle-Stausees, von dem viel erzählt wurde in unserer Familie, weil dort im Sommer gebadet wurde und im Winter Eissegel-Fahrten und Treibjagden stattgefunden hatten. Obwohl von den Häusern fast alles verschwunden war, hatte ich schon beim ersten Besuch das Gefühl einer seltsamen Vertrautheit und den Eindruck, als würde ich das alles kennen. Ich bildete mir ein, so etwas wie eine innere Stimme zu hören: Hier gehörst du hin, bleib hier. Ich habe mich dann, als geübter Selbstironiker, über meine Gefühlsregungen amüsiert. Trotzdem waren sie in dem Augenblick real.

In den Gesprächen, die ich für das Buch führte, habe ich dann von vielen gehört, dass sie sich bei der ersten Reise in die Heimat der Eltern oder Großeltern auf eine sonderbare Art zu Hause fühlten. Dabei hat es keine Rolle gespielt, ob es sich um eine Stadt oder ein Dorf handelte, oder ob die Orte der Familiengeschichte intakt oder zerstört waren.

**Gab es in der Befassung mit Ihrer Familiengeschichte Momente, die Sie besonders bewegt haben?**

Da gab es einige. Als wir uns die alte Gutsanlage in Götzlack angesehen haben, sind wir dem neuen Eigentümer begegnet, genauer dessen Verwalter. Er war verständlicherweise erstmal misstrauisch. Als er erfuhr, dass mein Vater auf dem Gut als Kind gelebt hatte, änderte er plötzlich seinen Ton. Er rief den Eigentümer an, einen Duma-Abgeordneten aus Kaliningrad, und der war so begeistert, dass er gleich alles wissen wollte von meinem Vater. Er bat um die alten Karten und alte Fotos und sagte, er wolle alles so wieder aufbauen,

„Ostpreußen ist während des Schreibens zu einem überraschend aktuellen Thema geworden. Plötzlich ist das Gebiet zurück auf der geopolitischen Landkarte“

## Buch-Tipp



Jochen Buchsteiner  
**Wir Ostpreußen. Eine ganz gewöhnliche deutsche Familiengeschichte**  
dtv 2025, Hardcover mit Schutzumschlag, 288 Seiten  
ISBN: 978-3-423-28470-7  
26 Euro

● **Der Autor** ist politischer Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“. Zu seinen Büchern gehört unter anderem „Die Flucht der Briten aus der europäischen Utopie“ (Rowohlt 2018).

wie es jahrhundertlang gewesen war, nur in modernerer Form, als nachhaltiges Natur-Ressort mit Hotelbetrieb. Zum Abschied drückte er uns eine Tüte in die Hand und sagte: „Nehmt das mit, es sind Heimatäpfel.“

Eingebrannt hat sich mir auch ein Bild meiner Großmutter, als sie Anfang der 90er Jahre zum ersten und einzigen Mal in ihre Heimat zurückkehrte. Sie stieg, zusammen mit meinen Eltern in einen Sonderzug in Berlin, ich habe damals beim Einstieg geholfen, und sie war mit ihren mehr als 80 Jahren sehr aufgeregt. Sie hatte einen Blumenstrauß für ihren Mann dabei, der auf dem Gutsfriedhof begraben worden war. Sie hat das Grab dann leider nicht mehr finden können, was sie sehr bekümmert hat. Es war, glaube ich, der Hauptgrund dafür, dass sie noch einmal zurückwollte und diese anstrengende und schmerzhafteste Reise auf sich nahm. Irgendwann hat sie einfach auf einen Punkt auf dem Guts Gelände gezeigt und gesagt: „Vielleicht war es hier!“ und dort die Blumen abgelegt.

Ich denke oft daran, wie die alte Dame im Zug verschwand, mit dieser Tasche, aus der die Blumen rausguckten.

**Hat es für Ihr Buch eine Rolle gespielt, dass Ostpreußen wieder Brennpunkt der Welt-politik ist? Die russisch-polnische Grenze, die das alte Ostpreußen teilt, ist ja auch Grenze zwischen Russland und der NATO.**

Ja, Ostpreußen ist während des Schreibens zu einem überraschend aktuellen Thema geworden. Wir haben das ja eher für einen versunkenen Teil deutscher und europäischer Geschichte gehalten, und plötzlich ist das Gebiet zurück auf der geopolitischen Landkarte! Meine letzte Reise ging nach Olsztyn, ins frühere Allenstein, das war im Sommer 2024. Von dort ist die Grenze zu Russland nur rund achtzig Kilometer entfernt, und die Sorge, dass die Russen innerhalb eines Tages da sein könnten, schien mir das dominante Thema in der Stadt. Bemerkenswert fand ich, zum Beispiel beim Besuch der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit, dass der aktuelle Konflikt mit Russland auch den Blick auf das belastete Verhältnis zwischen Polen und Deutschen verändert hat, weil nun beide Nationen ein neues, gemeinsames Problem haben: Putin. Die Allensteiner haben heute wieder Angst vor den Russen – nur diesmal als Polen, nicht mehr als Deutsche.

**Welchen Raum sollte Ostpreußen in der deutschen Erinnerungskultur einnehmen?**

Mich würde es freuen, wenn Ostpreußen dort überhaupt einen Platz hätte. Die Landschaften östlich von Oder und Neiße wirken ja fast wie getilgt aus dem kollektiven Bewusstsein. Natürlich ist es richtig, dass die NS-Verbrechen die zentrale Rolle in unserer Erinnerungskultur einnehmen. In meinem Buch erinnere ich ausführlich an den Judenmord von Palmnicken, das wohl größte Massaker auf deutschem Boden – es fand parallel zum Exodus der Ostpreußen statt, in den Tagen also, als Zehntausende Flüchtlinge von der Roten Armee unter Beschuss genommen wurden. Wer wollte da etwas aufrechen? Kaum jemand bezweifelt doch, dass es ohne die unbeschreiblichen Verbrechen in deutschem Namen nicht zur ethnischen Säuberung der deutschen Ostgebiete gekommen wäre.

Aber muss das bedeuten, dass das was unseren Eltern und Großeltern an Leid widerfahren ist, in Vergessenheit gerät? Dass man darüber möglichst nicht oder nur verschämt spricht? Ich wünsche mir ein breiteres, wenn man so will inklusiveres Geschichtsbild, also eins, das alle Aspekte unserer Vergangenheit in den Blick nimmt. Dazu gehören übrigens nicht nur Flucht und Vertreibung, sondern auch die Jahrhunderte vor 1933, in denen in den Gebieten des deutschen Ostens große kulturelle Leistungen erbracht wurden.

Das Interview führte René Nehring.

## ● MELDUNGEN

## Sachsen fordert Gleisusbau

**Dresden** – Die sächsische CDU fordert die Bundesregierung zu einem schnellen Ausbau der Bahnverbindungen nach Polen auf. Der Bund müsse Geld bereitstellen und endlich auch das Planungsrecht vereinfachen. Andreas Nowak, verkehrspolitischer Sprecher der CDU im Sächsischen Landtag, kritisierte gegenüber dem Sender MDR insbesondere die mangelnde Elektrifizierung der Bahnstrecken Richtung Polen. Die Zugstrecken in Nachbarländer wie Frankreich oder Österreich seien alle elektrifiziert, so der CDU-Verkehrspolitiker. Nowak erklärte, Verkehrspolitik sei immer sehr westzentriert gedacht worden. Konkret forderte Nowak die Elektrifizierung des Streckenabschnitts Dresden-Görlitz. Bundeskanzler Friedrich Merz hatte am 7. Mai bei einem Besuch in der polnischen Hauptstadt schnellere Verbindungen nach Warschau und Stettin versprochen. Merz sagte, Zugreisen würden künftig genauso selbstverständlich werden wie nach Paris oder Brüssel. H.M.

## „AfD-Jägerin“ ist skeptisch

**Berlin** – Justizsenatorin Felor Badenberger hat sich skeptisch zu den Erfolgsaussichten für ein AfD-Verbotsverfahren geäußert. Auf einer Veranstaltung an der Freien Universität Berlin äußerte Badenberger erhebliche Zweifel, ob ein Verbotversuch der Partei vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand haben könnte. Badenberger, die bis 2023 Vizepräsidentin des Bundesamtes für Verfassungsschutz war, sagte unter Berufung auf frühere Kollegen, diese seien der Meinung, die Voraussetzungen für ein Verbot der AfD lägen nicht vor. Die gebürtige Iranerin war ab 2020 beim Bundesamt für Verfassungsschutz Leiterin der Abteilung Rechtsextremismus und Terrorabwehr gewesen. In dieser Funktion hatte sie bei der Einstufung der AfD als „Verdachtsfall“ mitentschieden. Als Badenberger 2023 auf Wunsch der CDU in Berlin das Amt der Justizsenatorin antrat, eilte ihr bis dato der Ruf einer ambitionierten „AfD-Jägerin“ voraus. H.M.

## Deutsche Teens unzufriedener

**Florenz** – Die Lebenszufriedenheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland ist weiter gesunken. Das ergab eine Untersuchung des UNICEF-Forschungsinstitutes Innocenti, deren Ergebnisse jetzt unter dem Titel „Kindliches Wohlbefinden in unsicheren Zeiten“ veröffentlicht wurden. Im Jahre 2018 gaben immerhin noch 75 Prozent der befragten Minderjährigen hierzulande an, zufrieden zu sein. Inzwischen sind es hingegen nur noch 68 Prozent. Deswegen liegt die Bundesrepublik im Vergleich mit 43 anderen OECD- und EU-Staaten nun auf Platz 29, während sie 2018 noch den 14. Platz belegte. Am höchsten ist die Lebenszufriedenheit der Kinder und Jugendlichen in den Niederlanden, Finnland und Rumänien. Schlechter als Deutschland stehen unter anderem Südkorea, Neuseeland, Polen, Malta, Großbritannien, Chile und die Türkei da. W.K.



BILD: IMAGOREFERFOTO

Am 7. Mai, dem Tag der Amtsübergabe, wusste ein lächelnder Robert Habeck (Grüne) noch nicht, dass seine Nachfolgerin im Wirtschaftsministerium, Katherina Reiche (CDU), sein geliebtes Heizungsgesetz schnellstmöglich wieder rückabwickeln wird

## ENERGIEPOLITIK

## Zurück zur offenen Vernunft

Wirtschaftsministerin Reiches radikale Abkehr von Habecks Heizungsdiktat

VON PETER ENTINGER

Die neue Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) hat ihre Amtszeit mit einer energiepolitischen Zäsur begonnen. Das Gebäudeenergiegesetz (GEG), von Vorgänger Robert Habeck (Grüne) als Symbol der Wärmewende durchgepeitscht, soll in zentralen Punkten rückabgewickelt werden. Die verpflichtende Vorgabe, dass neu installierte Heizungen zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden müssen, steht vor dem Aus. Stattdessen setzt Reiche auf „technologieoffene, langfristige emissionsbasierte Lösungen“, wie es im Entwurf des Koalitionsvertrags zwischen CDU und SPD heißt. Man wolle die Bürger „nicht länger mit ideologischen Hürden überziehen“, so Reiche gegenüber dem „Münchner Merkur“.

Das GEG hatte in der vergangenen Legislaturperiode für massive Kritik gesorgt. Hauseigentümer, Mieterverbände und Handwerksbetriebe sahen sich mit einem

komplexen Regelwerk konfrontiert, das teure Umbauten und unklare Förderungsverfahren mit sich brachte. Die Verabschiedung im Bundestag war ein einziger politischer Kraftakt, nach monatelangen Koalitionsstreitigkeiten trat das Gesetz zum 1. Januar 2024 dann aber in abgeschwächter Form in Kraft. Doch kaum ein Jahr später stehen die zentralen Elemente erneut zur Disposition.

## Zu erwartende Gegenreaktion

Brisant ist der politische Hintergrund der damaligen Gesetzgebung: Das Wirtschaftsministerium unter Habeck war eng mit der Denkfabrik Agora Energiewende verflochten. Deren damaliger Direktor Patrick Graichen wechselte 2022 als Staatssekretär ins Ministerium und galt als Architekt der umstrittenen Wärmewende. Die Nähe zwischen NGO und Ministerium rief nicht nur Kritik am Gesetzesinhalt hervor, sondern auch an der Art der politischen Einflussnahme. Mit der Abkehr von Habecks Linie stellt Reiche nun auch dieses Politikmodell infrage.

Die Reaktion aus dem Lager der Umweltverbände ließ nicht lange auf sich warten – und fällt wie zu erwarten aus. „Schwarz-Rot droht damit, die gerade anlaufende Wärmewende zu demontieren und den Klimaschutz im Gebäudebereich zurück auf null zu setzen“, erklärte Olaf Bandt, Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Die Ministerin riskiere, dass Deutschland seine Klimaziele reiße und zudem energiepolitisch abhängig bleibe. Barbara Metz, Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Umwelthilfe (DUH), nannte die geplanten Änderungen einen „Rückschritt für Verbraucher, Handwerk und Klimaschutz“. Ohne klare gesetzliche Leitplanken laufe man Gefahr, dass Heizkosten „aus dem Ruder laufen“ und Investitionen ins Stocken geraten.

Und die Lobbyorganisation Agora Energiewende, die sich während Habecks Amtszeit als inoffizieller Thinktank des Ministeriums auf zweifelhafte Weise profilierte, ließ es sich nicht nehmen, ihren Senf zu Reiches Vorstoß abzugeben. Die

Denkfabrik warnte vor einer „Verunsicherung im Heizungsmarkt“ und forderte, dass „eine neue rechtliche Regelung im Gebäudeenergiegesetz sehr schnell erfolgen“ müsse. Nur so könne man Klimaschutz und Energieunabhängigkeit gewährleisten. Die einstigen Mitgestalter des GEG fühlen sich offenkundig ausgebremst. Ihren Unmut formulieren sie mit bemerkenswerter Schärfe. Wohl auch, weil der eine oder andere offenbar sein ebenso simples, umsatzträchtiges wie aber auch fragwürdiges Geschäftsmodell platzen sieht.

Damit verdichten sich die Anzeichen, dass Reiches Ankündigung keine bloße Symbolpolitik ist, sondern eine tatsächliche energiepolitische Wende einleitet. Der Zeitpunkt ist bewusst gewählt: Der Rückhalt für grüne, ideologische Klimambitionen bröckelt enorm – sowohl in der Bevölkerung als auch in den Bundesländern. Immer mehr CDU-geführte Länder forderten schon während des Wahlkampfes eine pragmatischere Ausgestaltung der Wärmewende. Auch Teile der SPD, vor allem in den mitteldeutschen Verbänden, gelten als skeptisch gegenüber einem zu rigiden Heizdiktat.

Unklar bleibt allerdings, ob Reiche ihre Linie gegen die etablierten klimapolitischen Netzwerke langfristig durchsetzen kann. Innenpolitisch kann sie damit durchaus punkten, aber auf der anderen Seite droht Ungemach mit der EU. Denn sollte Deutschland seine CO<sub>2</sub>-Ziele im Gebäudesektor reißen, drohen Ausgleichszahlungen in Milliardenhöhe an Brüssel. Und auch innerhalb der deutschen Wirtschaft könnte der Kurswechsel Folgen haben: Hersteller von Wärmepumpen und Solartechnik, die auf die staatlich geförderte Nachfrage setzten, rechnen bereits mit Umsatzeinbrüchen.

„Wir wollen die Bürger nicht länger mit ideologischen Hürden überziehen“

Katherina Reiche  
Bundeswirtschaftsministerin

Außer Frage steht, dass die Wärmewende wieder zum Zankapfel geworden ist. Reiche setzt auf Deregulierung, die Umweltverbände wie Agora, DUH und BUND trommeln für eine radikale, aber in der Bevölkerung gescheiterte, Klimapolitik. Am Ende ist es ein Kampf zwischen marktwirtschaftlichem Realismus und transformatorisch-ideologischem Klimastaat. Das Ende ist (noch) offen.

## EXTREMISMUS

## 40 Prozent mehr politisch motivierte Kriminalfälle

Vor allem „rechte Gewalt“ nahm laut Statistik zu – Erschreckend ist die Zahl antisemitischer Straftaten

Die Polizei der Bundesländer sowie im Bund verzeichnete im Jahr 2024 mehr als 84.000 Vorfälle politisch motivierter Kriminalität – rund 40 Prozent mehr als 2023. Das ist der Höchststand seit Beginn der Aufzeichnung. Duster überstrahlt die neuste Statistik eine „terroristische Vereinigung“ von teilweise erst 14-Jährigen: Sie hätten Brandsätze gelegt, sich als „Letzte Verteidigungswelle“ gegen Zuwanderer gesehen und schwere Anschläge geplant, so der Vorwurf der Staatsanwaltschaft. Politische Gewalt hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Ganz vorn: 1488 rechts motivierte Gewalttaten, 17 Prozent mehr. Die Politik sieht in dem Papier einen Gradmesser politischer Verrohung und Spaltung. Soziale Medien und Internet-basierte Falschmeldungen üben eine massive, neue Wirkung aus.

Das Papier trennt politische Gewalt von der Bandbreite anderer Delikte wie Sachbeschädigung, Beleidigung, Volksverhetzung, Nötigung, Bedrohung und Versammlungsverstoß. Die zweite Kategorie mache 86,8 Prozent aller in dem Bericht registrierten Taten aus. Alles „rechts“ sei so um 47,8 Prozent gewachsen. „Der deutliche Anstieg ist insbesondere auf die Vielzahl der gemeldeten Propagandadelikte zurückzuführen“, räumt der Bericht ein. „Auch die linksmotivierten Straftaten bleiben wegen der Gewalttendenzen und Sachschäden in Millionenhöhe eine Herausforderung“, heißt es. Unklar bestimmte „Hasskriminalität“ nehme weiter zu, mache ein Viertel aller Taten aus.

Insbesondere antisemitische Straftaten seien gestiegen – um 20,8 Prozent, wobei der Bericht Urheber und Motive im

Dunkeln lässt. Unter der Kriminalität aus „Hass“ rangieren alle mutmaßlich aus „Vorurteilsmotiv“ begangenen Taten. Dazu zählen fremdenfeindliche Straftaten mit einem Anstieg um 29,1 Prozent auf 19.481, von denen 74,8 Prozent dem „Phänomenbereich PMK-rechts“ zugeordnet werden. So sah die Statistik z.B. auch Taten wegen Religionszugehörigkeit der Opfer als „rechts“ an.

Die Entwicklungen hinter den Zahlen bleiben hinter der erschreckenden Feststellung zunehmender „rechter“ Gewalt im Dunkeln. So sind Urheber der Entwicklung kaum ablesbar. Der stärkste Anstieg bei „Hass“ lag bei frauenfeindlichen Straftaten mit einem Plus von 73,3 Prozent – Motiv unbekannt. Ein Großteil des „Hasses“ entfällt zudem auf das Internet. Soziale Medien stehen hier weit vorn.

Der Nahost-Konflikt stehe mit immerhin 7328 Fällen in Verbindung, ein Anstieg um 67,7 Prozent. Wie solch importierte Gewalt die Statistik prägt, ist darin kaum erkennbar. Das „Superwahljahr“ habe 11.788 Straftaten im Zusammenhang mit den Wahlen mit sich gebracht. Auffällig wenig aussagekräftig auch der hohe Anstieg der Straftaten „sonstiger Zuordnung“, die inzwischen solche von Links überholt haben. Der Bericht zeigt somit vor allem, in welchem Ausmaß die Polizei künftig politische Angriffe und Gewalt sortieren muss, während sie selbst ins Visier gerät als Vertreter des Staates. Der ist trotz jüngst diskutierter Übergriffe auf Amtsträger seltener Ziel: 8,3 Prozent Rückgang. Künstliche Intelligenz und „deep fakes“ führten indes zu vermehrten Taten. SV

## INNERE SICHERHEIT

## Gewalteskalation schockiert Berlin

Hemmungslose Attacken auf Polizeibeamte machen Ausmaß der Verrohung sichtbar

VON HERMANN MÜLLER

Unter dem Motto „Berlin+“ will sich die Hauptstadt zusammen mit Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Schleswig-Holstein um die Austragung Olympischer Spiele bewerben. Die Welle jüngster Gewaltvorfälle kann allerdings schnell Zweifel aufkommen lassen, ob Berlin und auch Deutschland generell solche Großveranstaltungen noch sicher austragen können. Messerergewalt sorgt dafür, dass sich immer mehr Menschen im öffentlichen Raum nur noch mit einem Gefühl von Angst bewegen. Selbst Polizeibeamte werden immer brutaler attackiert.

Schockwirkung auf Einsatzkräfte geht insbesondere von einem Vorfall aus, der sich bei einer Kundgebung anlässlich des Nakba-Gedenktags Mitte Mai ereignete. Bei der Veranstaltung in Berlin-Kreuzberg hatte ein Mob von Israel-Hassern einen Polizeibeamten in die Menge hineingezogen und dann niedergedrampelt. Der 36-jährige Beamte wurde dabei so schwer verletzt, dass er ins Krankenhaus eingeliefert werden musste.

## „Polizei braucht Rückendeckung“

Wegen der Bedeutung des Falls hat die Generalstaatsanwaltschaft die Ermittlungen übernommen. Die Behörde wertet die Gewalttat als Angriff auf Organe des Rechtsstaats. Laut einem Polizeisprecher ist es bei der Kreuzberger Nakba-Demonstration am 15. Mai noch zu weiteren „erheblichen Gewalttätigkeiten aus der Menge“ auf Polizeibeamte gekommen. Insgesamt wurden elf Beamte verletzt. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) erklärte nach der Gewalt auf der Demonstration: „Die Polizei braucht generell kein Misstrauen, sondern gute Ausstattung und Rückendeckung durch die Politik.“

Am 18. Mai eskalierte in Berlin zudem die Feier türkischer Anhänger des Fußballklubs Galatasaray Istanbul. Dass der Club zum 25. Mal Meister in der Süper Lig geworden war, feierten zunächst Dutzende türkische Fans in Kreuzberg mit dem Abbrennen von Pyrotechnik. Ab 20 Uhr befanden sich dann bereits rund 400 Personen in der City-West am Breitscheidplatz, zudem gab es den mittlerweile obligatorischen Jubelkorsos mit Hunderten



30 Ermittlungsverfahren: Fans von Galatasaray Istanbul am 18. Mai in Berlin

Bild: picture alliance/Anadolu/Halil Sagirkaya

Autos, samt Hupen und lauter Musik. Als die Siegesfeier zu vorgerückter Stunde endete, musste die Polizei 33 verletzte Beamte verzeichnen. Fans von Galatasaray Istanbul hatten im Laufe des Abends immer wieder Polizeikräfte bedrängt und angegriffen. Nach Angaben der Polizei wurden 30 Ermittlungsverfahren eingeleitet, etwa wegen Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung.

Bundesweit für viel Aufsehen sorgte ein Vorfall am 17. Mai, bei dem ein Polizeibeamter in Berlin-Neukölln unmittelbar vor einer Polizeiwache schwer verletzt wurde. Der Polizist hatte vor der Wache in der Rollbergstraße einen 28-Jährigen dabei ertappt, als dieser mit einem Messer ein Polizeifahrzeug beschädigte. Der 31-jährige Beamte erhielt einen Messerstich in den Hals. Nach einer Notoperation hat sich sein Zustand mittlerweile stabilisiert.

Weithin Unverständnis löste aus, dass der Tatverdächtige nicht in Untersu-

chungshaft genommen wurde, sondern bereits nach kurzer Zeit wieder auf freiem Fuß war. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft haben keine Voraussetzungen für einen Haftbefehl und „keine gesicherten Erkenntnisse für einen gezielten Messereinsatz des Beschuldigten“ vorgelegen. Wie Berlins Justizsenatorin Felor Badenberger (CDU) später mitteilte, ging die heftig kritisierte Haftentlassung des Tatverdächtigen allerdings nicht von der Berliner Staatsanwaltschaft, sondern von der Polizei selbst aus.

## Dobrindt will härter Strafen

Mittlerweile sieht sich sogar der lebensbedrohlich verletzte Polizeibeamte einem Ermittlungsverfahren wegen „Körperverletzung im Amt“ ausgesetzt. Nach Auswertung einer Videoaufnahme wird ihm offenbar vorgeworfen, ohne sich vorher bemerkbar zu machen oder als Polizist zu erkennen gegeben zu haben, von hinten an den Verdächtigen heranzutreten zu

sein, als dieser das Polizeiauto mit seinem Messer beschädigte. Daraufhin soll es zu einer Rangelei gekommen sein, wobei auf der Videoaufnahme keine gezielte Stichbewegung erkennbar sei.

In der Berichterstattung wurde dieser Fall schon nach wenigen Tagen weitgehend durch den Messerangriff auf dem Hamburger Hauptbahnhof mit 18 Verletzten und die Gewalttat an einer Berliner Grundschule verdrängt. Bei dieser Messerattacke hatte ein 13-jähriger Junge einen Mitschüler lebensbedrohlich verletzt.

Als Reaktion auf die Messerkriminalität sprach sich Innenminister Dobrindt inzwischen dafür aus, Messerangriffe grundsätzlich zum Verbrechen zu erklären und mit einer Mindeststrafe von einem Jahr statt eines halben Jahres zu ahnden. Auch Angriffe auf Vollstreckungsbeamte will der CSU-Politiker künftig mit einer höheren Mindeststrafe belegen.

## SOZIALES

## „Klimaschutz“ schlägt nun doch auf Mieten durch

Weder die Stadt Berlin noch die Wohnungsgesellschaften könnten die immensen Kosten schultern

Allenthalben wird in Berlin über zu hohe Mieten geklagt. Nun wollen die sechs städtischen Wohnungsgesellschaften Gesobau, degewo, Gewobag, Howoge, WBM sowie Stadt und Land (SuL) in den kommenden acht Jahren 37.000 Wohnungen mit neuer Wärmedämmung versehen. Die Kosten belaufen sich auf 3,5 Milliarden Euro.

Durch die geplanten Maßnahmen wollen Berlins Wohnungsunternehmen ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen erheblich senken, zum Teil um mehr als die Hälfte. Deutschland produziert etwa 1,8 Prozent der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen, davon entfällt weniger als die Hälfte auf den Gebäudesektor. Die Europäische Union schreibt vor, dass Wohngebäude, die energetisch besonders schlecht bewertet sind, bis 2033 mindestens die Energieeffizienzklasse E haben müssen.

Auf die Mieter kommen durch die Modernisierungen höhere Kosten zu, räumt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ein. Das Ziel der Warmmietenneutralität, also einer Sanierung ohne Anstieg der Warmmiete, sei nachvollziehbar und werde grundsätzlich angestrebt, „lässt sich in der Praxis jedoch faktisch nicht erreichen“. Die Mieter werden also für die angestrebte Klimaneutralität zahlen. Bausenator Christian Gaebler (SPD) hat angekündigt, dass die Wohnungsgesellschaften dabei „sechs Prozent der aufgewendeten Modernisierungskosten auf die Miete umlegen“ dürften.

Ursprünglich wollte der CDU-SPD-Senat die Wärmedämmung über ein „Sondervermögen Klimaschutz“ finanzieren, sprich: durch zusätzliche Schuldenaufnahme. Das war rechtlich aber nicht möglich. Also verpflichtete man die Woh-

nungsbaugesellschaften, die Kosten selbst zu tragen. Das aber können sie nicht und müssen nun ihrerseits Kredite aufnehmen. Das wiederum gestaltet sich angesichts der hohen Summen schwierig. Die Geldgeber am Kapitalmarkt müssten deshalb „durch regelmäßige Ertragswertsteigerungen über Mietanpassungen des Bestandes“ überzeugt werden, so Gaebler weiter. Die Wohnungsbaugesellschaften müssen den Ertrag ihrer Immobilien also durch steigende Mieten erhöhen, um kreditwürdig zu bleiben.

Der wohnungspolitische Sprecher der Linkspartei, Niklas Schenker, fürchtet um die Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen und fordert eine weitgehende Kostenübernahme durch die Wohnungsbaugesellschaften oder die öffentliche Hand: „Die Miete soll nach Sanierung nur so stark steigen dürfen, wie Kosten bei Ener-

gie und Heizung durch die Sanierungsmaßnahmen eingespart werden.“

Die zu erwartende Mietsteigerung ist nicht die einzige schlechte Nachricht für Berlins Mieter. Zusätzlich soll die Energieversorgung der Gebäude „modernisiert“ werden. „Ist ein Anschluss an die Fernwärme nicht möglich, werden vorhandene Heizungen gegebenenfalls durch Wärmepumpen oder alternative fossilfreie Anlagen ersetzt“, so die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. „B.Z.“-Kolumnist Gunnar Schupelius fordert: „Wir müssen weg von den Klima-Dogmen und uns von Klima-Gesetzen befreien, die alles immer teurer werden lassen.“ Angesichts der ausweglosen Lage war von Insidern zu hören, man erwäge nun, die „Modernisierungsmaßnahmen“ zu verschieben, bis die Lage der öffentlichen Kasse besser sei. Frank Bücker

## KOLUMNE

## Erst sperren

VON THEO MASS

Berlin ist voller „Arbeiterdenkmäler“ – so die scherzhafte Bezeichnung der Hauptstädter für Baustellen, an denen wenig bis nichts geschieht. In einer Villengegend des Stadtteils Dahlem ist seit einem Jahr eine Durchgangsstraße gesperrt, weil ein Teich leergepumpt und saniert wird. Meist sieht man keine Arbeiter, aber neben der Straße liegt ein großer Sandhaufen. In Wilmersdorf ist seit fünf Jahren die Nürnberger Straße zwischen Eisleben und Rankestraße in Fahrtrichtung Nord dicht. Einer der Gründe dafür soll die Einrichtung eines Fahrstuhls am U-Bahnhof Augsburger Straße sein. Doch der Aufzug ist „seit 2023 in Betrieb“, meldet die BVG auf Nachfrage, genauer: seit Herbst 2023.

Zehn Monate dauerte die Instandsetzungsarbeiten in der Wedgornstraße in Altglienicke – von Juli 2024 bis Ende dieses Monats. Noch länger gibt es in Oberschöneweide in der Treskowallee zwischen Wuhlheide und Trabrennbahn Karlshorst keinen Verkehr. In Tegel dauert es von dieser Woche bis März 2027 in der Berliner Straße zwischen Wittestraße und Ernststraße, um einen Aufzug einzubauen. Die zweispurige Straße wurde auf einen Fahrstreifen eingengt. In Steglitz wird auf der Siemensstraße zwischen Borstellstraße und Leonorenstraße seit dem 20. Mai bis 5. Januar 2026 gebaut. In Alt-Moabit wird in der Invalidenstraße zwischen Jagowstraße und Ottostraße gebaut seit Anfang dieses Monats bis 1. Februar 2026. Die Goerzallee in Lichterfelde wird von jetzt an bis 15. März 2026 einspurig – na, und so weiter.

Die Aufzählung ist keineswegs vollständig. Gemein haben alle Baustellen die bemerkenswert lange Bauzeit. Als in Stettin ein Zubringer von der Autobahnabfahrt zur neuen vierspurigen Schnellstraße gebaut wurde, dauerte das keine zehn Tage. Vielleicht wäre es ja eine Idee, Straßen erst dann abzusperrten, wenn die Arbeiten tatsächlich beginnen. So könnten Geisterbaustellen, die jahrelang den Verkehr blockieren, vermieden werden.

## MELDUNG

## Radikal-Islam wird gefährlicher

Berlin – Der Berliner Verfassungsschutz warnt in seinem Bericht für 2024 vor einer steigenden Gefahr durch Extremisten. Laut dem Jahresbericht geht die größte Bedrohung für die innere Sicherheit aktuell von islamistischen Terrororganisationen aus. Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes hat die Zahl der Islamisten in Berlin im vergangenen Jahr leicht zugenommen. Gegenüber 2023 stieg sie um 60 Personen auf 2440 Personen. Die Zahl der gewaltbereiten Islamisten wuchs auf 980. Beobachtet werden vom Verfassungsschutz Gruppen wie Hamas oder Hizb Allah. Laut Berlins Verfassungsschutzchef Michael Fischer haben sich die Radikalisierungsverläufe – also die Zeitspanne vom ersten Kontakt mit islamistischem Gedankengut bis zu einer Gewalttat – in den vergangenen Jahren enorm verkürzt. Wie Brandenburg setzt Berlin beim Verfassungsschutz auf eine Ministeriumslösung, bei welcher der Verfassungsschutz eine Abteilung des Innenministeriums ist. H.M.

## ● MELDUNGEN

## Deutsches Gold aus USA holen

**New York** – Der Bund der Steuerzahler fordert eine rasche Rückholung deutscher Goldbestände in den USA in die Bundesrepublik. Als Begründung gab der Vizepräsident des Verbandes Michael Jäger an: „Die Unabhängigkeit der US-Notenbank gerät angesichts der Kritik an dem Fed-Chef durch Trump zunehmend in Gefahr. Keiner weiß, wie lange die US-Notenbank noch unabhängig von politischen Einflüssen bleibt. Ich habe angesichts der Entwicklung ein unangenehmes Bauchgefühl.“ In den Tresoren der Federal Reserve Bank in New York lagern derzeit 1236 Tonnen deutsches Gold im Marktwert von aktuell fast 116 Milliarden Euro. Das sind 37 Prozent der Goldreserven Deutschlands. Der Rest liegt bei der Bank of England in London sowie der Deutschen Bundesbank in Frankfurt am Main. Ein Sprecher dieses Geldinstitutes sagte angesichts der Forderung von Jäger, es bestehe derzeit kein Grund für eine Rückholung aus den USA. **W.K.**

## Polen stärkt die Ostseehäfen

**Warschau** – Polens Ministerpräsident Donald Tusk hat am 15. Mai auf einer maritimen Konferenz einen neuen Plan zur Stärkung der Sicherheit in der Ostsee angekündigt. Zudem sollen die Häfen des Landes massiv ausgebaut werden. Tusk erklärte, „alles auf und über dem Meer müsse so sicher wie möglich gemacht werden“. Ziel des neuen Programms mit der Bezeichnung „Polnisches Meer“ ist es nach offiziellen Angaben, die regionalen Gewässer Polens zu schützen und das Frachtaufkommen in den polnischen Häfen bis 2030 zu verdreifachen. Auf der Plattform „X“ schrieb Tusk: Das „polnische Meer und Großpommern, das heißt: die Rückkehr der polnischen Flagge“. Zudem kündigte der polnische Regierungschef auch den Bau eines neuen Containerterminals in Swinemünde auf der Osthälfte Usedom an. Mit Blick auf das Projekt nahe der Ostseebäder Heringsdorf, Ahlbeck und Bansin sagte Tusk: „Niemand wird es blockieren – seien Sie versichert.“ **H.M.**

## Trump kassiert kräftig

**Washington** – Donald Trump hatte 2024 noch 1,8 Milliarden US-Dollar Schulden und 410 Millionen Barreserven. Doch nun freut sich der US-Präsident über ein Plus von rund 5,1 Milliarden US-Dollar. Die Geldvermehrung verdankt er seinen privaten Geschäften, für die er sein Amt nutzt. „Noch nie hat sich ein US-Präsident so schamlos bereichert“, schreibt die „New York Times“ und listet auf: 2,5 Milliarden durch undurchsichtige Kryptodeals, 320 Millionen durch die eigene Kryptowährung, Milliarden-Immobilien deals wie ein Luxushotel in Serbien, ein 80 Etagen hoher Wolkenkratzer in Dubai, ein Luxusjet von Katar für 200 Millionen, ein Golfresort in Vietnam für 1,5 Milliarden Dollar. Dazu hohe Aktiengewinne durch Trumps Zoll-Chaos, das die Börsen beeinflusste. Selbst erste Republikaner wittern nun Verdacht und fordern erbost umgehende Aufklärung. **J.E.**

## WELTRAUMFORSCHUNG

## Lässt Trump die NASA für Musk ausbluten?

Der US-Präsident will bei Forschung und Raumfahrt sparen – und gibt daher privaten Initiativen den Vorzug

VON WOLFGANG KAUFMANN

**D**er aktuelle Entwurf des US-Präsidenten Donald Trump zum Haushalt der Vereinigten Staaten im Fiskaljahr 2026 sieht deutliche Ausgabensteigerungen beim Grenz- und Heimatschutz sowie beim Militär von 65 beziehungsweise 13 Prozent vor. Dafür soll aber an der Forschungsförderung gespart werden. So will Trump die Zuschüsse für die National Science Foundation (NSF) um immerhin 56 Prozent reduzieren. Darüber hinaus plant er, der renommierten US-Weltraumbehörde NASA nur noch 18,8 Milliarden US-Dollar statt 24,8 Milliarden wie 2025 zur Verfügung zu stellen. Diese Verringerung des Budgets um rund ein Viertel wäre der größte finanzielle Einschnitt in der Geschichte der NASA.

Trump ist zwar kein Gegner der Behörde, will aber, dass die NASA wirtschaftlicher agiert und sich auf ihre „Kernmis-

sion“ besinnt. Daher würden die Kürzungen durchweg Programme betreffen, die diesem Ziel im Wege stehen.

## Verdachtsschatten auf Musk

Wenn der Haushaltsentwurf den Kongress passiert, müssten zunächst sämtliche Projekte rund um den Klimaschutz sowie „Diversität, Gleichheit & Inklusion“ beendet werden. Zum Zweiten käme dann das Aus für etliche weitere Vorhaben, die eher auf die Lösung irdischer Probleme als auf die Eroberung des Alls abzielen. Zu guter Letzt würde es einige Einschnitte bei den Mond- und Mars-Programmen geben. Trump möchte zwar, dass die USA hier weiterhin als Vorreiter fungieren, aber nicht um jeden Preis.

Deshalb soll die finanziell ruinöse Abholung der bereits vom Mars-Rover Perseverance gesammelten Bodenproben im Rahmen des Projektes Mars Sample Return (MSR) unterbleiben. Ebenso sieht Trumps Entwurf einen Wegfall der um

den Mond kreisenden, nur zeitweise bemannten Raumstation Lunar Orbital Platform-Gateway (LOP-G) sowie die Einstellung der Flüge der Schwerlastrakete Space Launch System (SLS) mit der Raumkapsel Orion an der Spitze nach der Mondmission Artemis III vor. Immerhin kostet der Start des Wegwerf-SLS mehr als vier Milliarden US-Dollar, während das in der Erprobung befindliche wiederverwendbare Starship des privaten Raumfahrtunternehmens SpaceX von Elon Musk nur Kosten von 100 Millionen Dollar pro Mission verursacht. Dabei steht Musk aber im Verdacht, die NASA aus eigenen unternehmerischen Vorteilsgründen bei Trump ins schlechte Rück zu rücken, um mehr finanziell von den US-Staatsgeldern zu partizipieren.

Generell läuft Trumps Strategie darauf hinaus, übertriebene Entwicklungen mit NASA-Beteiligung wie eben das SLS durch preiswertere Raumfahrzeuge kommerzieller Anbieter zu ersetzen. Eine ähn-

liche Privatisierung strebt er auch beim Nachfolgemodell der Internationalen Raumstation ISS an. Bis dieses um die Erde kreist, soll es weniger Geld für die ISS geben: Wenn Trump sich durchsetzt, fließen 2026 nur noch 2,5 statt der bisherigen drei Milliarden Dollar pro Jahr.

Ansonsten könnten 2026 sieben Milliarden Dollar für erfolgversprechende Mondmissionen und eine Milliarde für Marsprogramme bereitstehen, wobei die Aufsicht über deren Verwendung bei dem noch zu benennenden neuen NASA-Administrator liegen würde. Trumps Wunschkandidat für diesen Posten ist der Unternehmer Jared Isaacman, der zu den Budgetplänen des Präsidenten gesagt hatte, „die kommenden zwei Jahre werden einem Tsunami gleichkommen, und alles steht zur Debatte“. Deshalb ist er innerhalb der NASA schon jetzt eher verhasst.

## Mehr Effektivität, weniger Kosten

Neben der Personalie Isaacman stießen auch Trumps sonstige Vorstellungen von der Zukunft der US-Weltraumbehörde auf heftigen Protest. Dieser kam unter anderem von 13 wissenschaftlichen Gesellschaften, welche sich mit der Erforschung des Alls befassen: Die angeblich undurchdachten Pläne und Streichvorhaben des Präsidenten würden zu „Chaos, Verschwendung und dem Verlust der internationalen Führungsrolle“ der NASA führen. Diplomatisch fiel die Reaktion der europäischen Weltraumbehörde ESA aus, die von den Kürzungen ebenfalls massiv betroffen wäre. Immerhin ist sie an der Entwicklung des Orion-Raum Schiffes und der Lunar Orbital Platform-Gateway sowie am Projekt Mars Sample Return und dem ISS-Programm beteiligt. ESA-Chef Josef Aschbacher aus Österreich verkniff sich dennoch jede Kritik: „Es gilt ... zu bedenken, dass in dieser Angelegenheit das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.“

Die ESA dürfte aber gut beraten sein, den Budget-Vorstoß von Trump zum Anlass zu nehmen, endlich ihre „Trittbretfliegerei“ bei der NASA aufzugeben und mehr eigene bemannte und unbemannte Projekte zu starten. Das betonte auch der deutsche Raumfahrtexperte Eugen Reichl, welcher früher bei Airbus für Raketenantriebe zuständig war.



Donald Trump will Sparmaßnahmen im US-Haushalt: Für die NASA könnten es deshalb bald die letzten Flüge ins All vom Kennedy-Space-Center an der Ostküste Floridas werden **Bild: action Press**

## RASSISMUS

## USA gewähren Südafrikas weißen Siedlern Asyl

Trump spricht von Völkermord, auch um das Land am Kap wegen dessen Israelpolitik herauszufordern

US-Präsident Donald Trump nimmt 59 weiße Farmer mit Familien aus Südafrika als politische Flüchtlinge auf. Grund sei ein neues südafrikanisches Landentwöhnungsgesetz, so das Weiße Haus. Doch der Eilentscheid ist selbst bei den Republikanern umstritten. Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa war letzte Woche in Washington zu Besuch, um das angespannte Verhältnis beider Staaten und das Thema Zölle zu klären. Dabei sah er sich von Trump mit dem Vorwurf des Völkermords konfrontiert. Ein Eklat für Südafrika. Doch für die USA steht fest, dass die letzten Opfer nicht zufällig allesamt weiße Farmer waren. Für sie ist es Rassismus gegen Menschen mit weißer Hautfarbe.

Fakt ist: Südafrika versinkt in Gewalt, Morden und Unruhen. Die linksextreme Opposition fordert seit Jahren zur Land-

nahme von weißen Farmern auf. In einem Lied der Bewegung wird „schießt, um zu töten“ gesungen. Die Partei propagiert eine Revolution zur Landnahme und richtet sich gegen die frühere Politik Nelson Mandelas und dessen Idee einer friedlichen Abkehr von der einstigen Rassentrennung, wie das Schweizer Fernsehen in einer Reportage „Albtraum Südafrika“ 2020 offenlegte. Darin kamen Auswanderer aus dem Alpenstaat unter den Farmern zu Wort, einer davon mit schwarzer Ehefrau. Inzwischen bilden weiße Farmer Bürgerwehren, um sich gegenseitig beizustehen. Die Polizei habe kaum Ressourcen, um Sicherheit zu gewährleisten, hieß es in der Reportage. Und daran hat sich bis heute nichts geändert. Auf einem Hügel nahe Pretoria stehen Hunderte Kreuze – eines für jeden ermordeten Farmer.

Die Reaktion der Medien auf Trumps Vorstoß fällt indes ablehnend aus: Die ARD ließ einen Kommentator verlauten, bei Zehntausenden Morden jedes Jahr in Südafrika seien rund 60 dokumentierte an weißen Farmern kein Genozid.

Doch für die weiße Bevölkerungsgruppe ist Schutzlosigkeit ihrer Familien und ihres Eigentums ein schweres Problem. Ähnlich dem Nachbarstaat Simbabwe, wo Diktator Robert Mugabe als Präsident 1987 bis 2017 weiße Farmer systematisch enteignet, läuft auch in Südafrika eine aufgeheizte Diskussion um deren Enteignung. Sie ist hoch emotionaler Bestandteil der Aufarbeitung von Unrecht und Enteignungen während der Apartheid. Gewalt gegen die Farmer wird so zum scheinbar legitimen Ziel. Seit Jahren wandern Weiße aus Südafrika aus, beklagen

Gewalt und „Apartheid mit umgekehrten Vorzeichen“. Viele wandern in die USA, nach Australien oder Neuseeland aus, ohne sich offiziell abzumelden.

Offizielle Volkszählungen Südafrikas sind indes ungenau. Der letzte Zensus von 2022 gibt den weißen Bevölkerungsanteil mit 7,3 Prozent an, 2011 waren es angeblich noch 8,9 Prozent.

Trump's medienwirksam inszenierter Empfang der Farmer ist sicherlich auch ein Stück weit als Retourkutsche an Südafrika zu bewerten. Er setzt die Farmer politisch in Szene, in einer Zeit, in der Südafrika gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof ein Verfahren eröffnet hat wegen des Gazakrieges – wegen „Völkermord“. Etwas, was in Washington und allen voran bei Trump großen Unmut erzeugt hat. **SV**

VON HAGEN RITTER

Im Vergleich zu ihren Wettbewerbern in den USA zahlen Industrieunternehmen in der EU annähernd das Doppelte für Strom. In Übersee werden für Industriekunden im Schnitt nur sieben bis acht Cent je Kilowattstunde fällig, regional sogar nur vier Cent. Der EU-Durchschnitt für Industriestrom liegt dagegen bei etwa 18,7 Cent je Kilowattstunde. In Deutschland müssen Industriekunden mit staatlichen Vergünstigungen für energieintensive Unternehmen mit Kosten von bis zu zwölf Cent je Kilowattstunde rechnen. Ohne Vergünstigungen werden im Schnitt sogar über 23 Cent fällig. Für Großverbraucher von Strom – etwa Gießereien, Chemieunternehmen oder Glashersteller – sind das somit massive Kostennachteile, die eine Produktion in Deutschland oftmals nicht mehr rentabel machen. Vor diesem Hintergrund warnt der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI): „Die Entlastung gerade auch energieintensiver Industrieunternehmen im internationalen Wettbewerb ist essenziell.“

Bereits die Ampel-Koalition hatte vergeblich versucht, einen Industriestrompreis einzuführen. Die neue schwarz-rote Bundesregierung unternimmt nun einen weiteren Anlauf. In ihrem Koalitionsvertrag haben Union und SPD die Einführung eines Industriestrompreises „für energieintensive und nicht anderweitig zu entlastende Unternehmen“ angekündigt. Wirtschaftsministerin Katharina Reiche (CDU) bekräftigte: „Wir brauchen einen Industriestrompreis, wobei ich sagen muss, dass das in Europa ein dickes Brett ist, das wir bohren.“ Der skeptische Ton der Wirtschaftsministerin hat womöglich mit einem Papier zu tun, das ihr kurz nach Amtsantritt von Mitarbeitern zur Kenntnis vorgelegt wurde. Demnach sollen die Beamten Reiche darüber informiert haben, dass sich bei der EU Widerstand gegen die Einführung eines deutschen Industriestrompreises formiert. Die Umsetzung des Plans berge „EU-beihilferechtlich erhebliche Herausforderungen.“ In Brüssel seien „die Vorbehalte erheblich und die Aussichten auf eine Genehmigung höchst unsicher“.

#### Frankreich als Verbündeter

Die Beamten im Bundeswirtschaftsministerium sollen zudem bei der neuen Wirtschaftsministerin angeregt haben, dass sie die Industriestrompreis-Vorschläge noch im Mai nach Brüssel schickt. Hintergrund ist die Überarbeitung des Beihilferahmens. Im März hatte die EU-Kommission Konsultationen zum neuen Staatsbeihilferahmen unter dem Clean Industrial Deal gestartet. Erklärtes Ziel der Kom-



Ein vergünstigter Strompreis für die hiesige Industrie würde den deutschen Steuerzahler über zehn Milliarden Euro jährlich kosten

#### ENERGIEWIRTSCHAFT

## Scheitert Strom-Subvention für die Industrie an Brüssel?

Wirtschaftsministerin Katharina Reiche muss es gelingen, das wichtige Vorhaben so darzustellen, dass keine Wettbewerbsverzerrung zu beklagen ist

mission ist es dabei, Investitionen in die Dekarbonisierung der Industrie zu fördern. Die Bundesregierung steht damit vor der Aufgabe, in Brüssel die Dauersubventionierung von energieintensiven Unternehmen so darzustellen, dass sie keine Wettbewerbsverzerrung sei und im Einklang mit der EU-Dekarbonisierungspolitik stehe. Dabei ist auch mit Widerstand von Ländern zu rechnen, die ihrer Industrie Strom kostengünstiger bereitstellen als Deutschland.

Frankreich könnte beim Versuch der Bundesregierung, in Brüssel eine Ausnahmeregelung für einen deutschen Industriestrompreis zu erhalten, sogar ein Verbündeter sein. In Frankreich gilt derzeit nämlich noch eine Regelung, durch die Industrieunternehmen Atomstrom zu einem festgelegten Preis von 4,2 Cent je

Kilowattstunde beziehen können. Die EU-Kommission hat diese Sonderregelung bis Ende 2025 befristet. Als Schwergewichte in der EU könnten Deutschland und Frankreich versuchen, gemeinsam für ihre jeweiligen nationalen Ausnahmeregelungen zu kämpfen.

#### Stromsteuersenkung für alle

Neben der Hürde des EU-Beihilferechts gibt es allerdings auch noch ein Kostenproblem. Schätzungen gehen davon aus, dass die Einführung eines Industriestrompreises von fünf Cent pro Kilowattstunde für energieintensive Unternehmen den deutschen Staat bis 2030 voraussichtlich rund zehn Milliarden Euro kosten wird. Je nach Ausgestaltung und Umfang könnten die tatsächlichen Kosten sogar noch höher ausfallen.

Im Koalitionsvertrag haben Union und SPD auch noch eine allgemeine Senkung des Strompreises um fünf Cent pro Kilowattstunde angekündigt. Dazu will die Koalition die Stromsteuer für alle auf das europäische Mindestmaß senken und auch Umlagen und Netzentgelte reduzieren. Experten rechnen dafür mit Kosten von etwa zehn Milliarden Euro jährlich.

Zudem wird seit vergangenem Jahr auch die EEG-Umlage zur Förderung der Erneuerbaren Energien nicht mehr von den Stromkunden, sondern aus dem Bundeshaushalt bezahlt. Auch dies schlägt derzeit mit deutlich mehr als zehn Milliarden Euro pro Jahr zu Buche. Die Kosten der teuren deutschen Energiewende schlagen damit in den kommenden Jahren immer stärker im Bereich des Bundeshaushalts durch.

#### ALTERNATIVE ENERGIE

## Deutsch-kanadischer Wasserstoffpakt abgesagt

Zu teuer, zu unwirtschaftlich, zu aufwendig – Träumerei von „grünem“ Wasserstoff ist ausgeträumt

Im August 2022 reisten der ehemalige Bundeskanzler Olaf Scholz und sein Wirtschaftsminister Robert Habeck in die Hafenstadt Stephenville im Südwesten Neufundlands, um mit Kanadas Premierminister Trudeau einen Vertrag zur Produktion und Lieferung von „grünem“ Wasserstoff und Ammoniak nach Deutschland zu unterzeichnen. Anwesend war auch der kanadische Seafood-Milliardär John Riskey. Mit dem von ihm gegründeten Konsortium World Energy GH2 hatte Riskey Investitionen in zweistelliger Milliardenhöhe zusammengeschrieben, um in Stephenville einen Wasserstoff-Hub zu errichten und mit Windstrom zu betreiben. Aufgrund der „exzellenten Windbedingungen“ sollten zu diesem Zweck drei gigantische Windparks mit je 160 Windrädern entstehen. Schon 2025 sollten laut An-

kündigung die ersten Flüssigwasserstoff-Transporter ablegen. Doch dazu wird es nicht kommen.

Im November letzten Jahres bekannte eine Sprecherin des Konsortiums, das Projekt werde nicht weiter verfolgt, da kaum Abnehmer für das teure Produkt „grüner Wasserstoff“ gefunden worden seien. Jedoch war zuvor durchgesickert, dass das Vorhaben wegen der hohen Vorlaufkosten aufgegeben wurde. Damit ist erstmals das Scheitern eines der von Scholz und Habeck auf den Weg gebrachten Wasserstoffprojekte mit auswärtigen Partnern bekannt geworden – dank der kanadische Berichterstattung. Was in Kanada nicht funktioniert, funktioniert auch andernorts nicht. Es ist daher davon auszugehen, dass die meisten von Deutschland initiierten internationalen Wasser-

stoff-Kooperationen auf Eis liegen oder bereits abgesagt worden sind.

Ebenfalls im vergangenen November hatte bereits der kanadische Chemieingenieur Paul Martin aus Toronto eindringlich davor gewarnt, öffentliche Mittel in derartige unsichere Projekte zu stecken, da die Produktion von grünem Wasserstoff und Ammoniak derzeit „und vermutlich noch ein weiteres Jahrzehnt“ viel zu kostspielig sei, um Abnehmer zu finden. Man sei in Kanada auf die Vorstellung hereingefallen, dass „reiche Deutsche“ jeden Preis für Wasserstoff zahlen würden, der mit riesigen Windparks entlang der kanadischen Atlantikküste erzeugt werden würde. Das sei aber völlig abwegig. Derartige Vorhaben seien nicht wirtschaftlich und würden vielleicht niemals realisiert werden.

Die Sprecherin von World Energy GH2 wies bedauernd darauf hin, dass die positiven Erwartungen vieler Unternehmer im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung in Stephenville nicht erfüllt worden seien.

„Wir brauchen dringend die Ankündigung von Jobs“, forderte sie. In Absprache mit dem örtlichen Bürgermeister warf Riskey den alternativen Vorschlag in den Ring, in Stephenville ein Rechenzentrum und/oder eine Fabrik für E-Fuels zu bauen, um diese Industrien mit Hilfe von Windstrom zu betreiben. Das Konsortium hält bisher an dem Vorhaben fest, die drei vorgeschlagenen Windparks in der Umgebung von Stephenville zu bauen, was von den Naturpark-Vorständen und betroffenen Gemeinden jedoch vehement abgelehnt wird. *D. Jestrzemski*

#### ● MELDUNGEN

## China ist jetzt Top-Investor

Hamburg – Nach Angaben der Prüfungs- und Beratungsgesellschaft EY ist die Zahl der ausländischen Investitionsprojekte in Deutschland 2024 auf 608 gesunken – den niedrigsten Wert seit 2011. Eine solche Entwicklung hat kein anderer europäischer Staat zu verzeichnen. Besonders stark fiel das Minus bei den US-amerikanischen Investitionsvorhaben aus. Im Vergleich zu 2023 lag der Schwund hier bei 27 Prozent. Dagegen gingen die Investitionen von Unternehmen aus der Volksrepublik China nur um drei Prozent zurück. Mit den so verbleibenden 96 Projekten ist das Reich der Mitte nun der wichtigste ausländische Investor hierzulande. Den deutschen Zahlen stehen deutliche Zuwächse in anderen europäischen Ländern wie Spanien und Polen von bis zu 15 Prozent gegenüber. Ebenso nahmen die Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland um zwei Prozent zu, wobei der Anstieg in Osteuropa sogar 22 Prozent betrug. *W.K.*

## Durchbruch bei Salz-Batterie

Schanghai – Über sechs Jahre haben chinesische Autounternehmen zusammen mit dem Batteriehersteller CATL daran geforscht und entwickelt, jetzt ist der finale Durchbruch gelungen. Naxtra soll zum Jahresende in die Massenproduktion gehen. Dabei handelt es sich um eine Natrium-Ionen-Batterie, die den Einsatz von ebenso großen, wie teuren und mit seltenen Rohstoffen gefertigten Lithium-Ionen-Batterien weit voraus ist. Denn Natrium, also Salz, ist nicht nur extrem billig, sondern auch in nahezu unbegrenzten Mengen weltweit verfügbar. Experten sind sich sicher: Naxtra ist eine Sensation und Revolution zugleich, denn dieser neue Batterietypus ist erheblich billiger in den Bausteinen als auch in der Fertigung als Lithiumbatterien. China wird damit noch stärker den E-Auto-Markt dominieren, da das Land die alleinigen Patente auf die neuen Salz-Batterien besitzt. *J.E.*

## Second Hand immer beliebter

Berlin – Der Handel mit gebrauchter Ware im Internet wächst stetig weiter: 2024 stieg der Umsatz mit Secondhand-Artikeln in Deutschland laut Handelsverband Deutschland (HDE) um 7,2 Prozent auf 9,9 Milliarden Euro. Besonders gefragt: Kleidung, Bücher, Elektronik und Haushaltsgeräte. Zwar dominiert mit 88,8 Milliarden Euro der Umsatz mit Neuware, dieser wuchs jedoch nur um 3,8 Prozent. Seit 2019 hat sich das Secondhand-Volumen fast verdoppelt. „Gerade bei Textilien bekommt der Markt immer größere Bedeutung“, sagt HDE-Experte Stephan Tromp. Viele Käufer wollten Geld sparen, oder könnten sich Neuware schlicht nicht leisten. Umweltorganisationen begrüßen den Trend, mahnen aber, er reiche nicht aus: „Secondhand ersetzt nicht echte Kreislaufwirtschaft“, sagt Viola Wohlge-muth von Fashion Revolution. Reparatur- und Mietmodelle müssten Standard werden – statt Feigenblatt für grüne Imagepflege. *P.E.*

## KOMMENTAR

## Auf in den Haltungsstaat

JOSEF KRAUS

Kann man sich einen Verbandsvertreter vorstellen, der dem eigenen Berufsstand die Bespitzelung von Kollegen nahelegt? Würde so etwas eine Polizeigewerkschaft oder ein Anwaltsverein tun? Sicher nicht. Denn erstens passen diese Methoden nicht zu einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat. Und zweitens würden einen solchen Berufsverband sofort Tausende von Mitgliedern verlassen. In einer pluralen Vereinslandschaft gibt es ja Alternativen.

Die ultralinke „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“ (GEW) tickt da anders. Sie will fortan die Schulen mittels Denunziation ideologisch säubern. Die GEW-Vorsitzende Maike Finnern (57) empfahl soeben in einem Gespräch mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ die Errichtung eines Systems der Bespitzelung von Lehrern gegen Lehrer, Schülern gegen Schüler.

Konkret stellt sich Finnern „systematische Beschwerde- und Meldeverfahren, Präventions- und Interventionskonzepte mit definierten Handlungsketten, unabhängige Beratungs- und Beschwerdestellen sowie einen stärkeren Diskriminierungsschutz“ vor. Und zwar für Äußerungen unterhalb der Strafbarkeitsgrenze. Finnern führt auch aus, wem ihr Furor gilt: denjenigen, die „sich rechtsextrem, menschenverachtend oder demokratiefeindlich verhalten oder äußern“. Wobei Linksextreme selbstredend immer die Guten sind.

## Auf dem linken Auge blind

Des Pudels Kern aber ist für Finnern: „Wenn etwa entsprechende Verdachtsmomente vorliegen, dass ein AfD-Mitglied, das als Lehrkraft arbeitet, seinen Eid verletzt und seinen Bildungsauftrag missachtet“, müsse diese Lehrkraft sanktioniert werden. Linksextreme Lehrer aber offenbar nicht, auch wenn sie gegen die Nationalhymne als „furchtbares Lied“ stänkern. Oder wenn sie zum Schuleschwänzen zugunsten des „Klimastreiks“ auffordern. Oder wenn sie trotz Streikverbots streiken.

Vielleicht hat Finnern George Orwell's „1984“ als Kochbuch verstanden. Denn was sie sich vorstellt, ist eine Big-Brother-Welt der Kontrolle und des Anprangerns von nicht-linken Haltungen.

Beifall bekam die vormalige Deutsch- und Mathematiklehrerin für ihre Forde-

rungen denn auch von – wem wohl? Aus der ultraroten und grünen Ecke. Verschweigen wir dabei nicht, dass die GEW mit ihrer Ideologie der möglichst notenfrenen Einheitsschule und mit ihren seit Jahrzehnten währenden Attacken gegen das Leistungsprinzip in Schulen im Verein mit ihren roten und grünen Duz-Freunden in den Sesseln von Schulministern maßgeblich zum Verfall unserer vormaligen Bildungsnation beigetragen hat.

## Der größte Lump im Land ...

Wir erinnern uns: Die Geschichte der Menschheit ist voller Denunziationen. Man denke an Judas, der für Jesu Verrat 30 Silberlinge kassierte; an die Denunziationen in Zeiten der Inquisition sowie der Hexen- und Ketzerprozesse; an Hitler, Stalin- und Mao mit ihren Säuberungen oder an die DDR mit ihren 90.000 Stasi-Offiziellen und 189.000 Inoffiziellen Mitarbeitern (IM).

Was in Kindergarten oder Schule Petzen genannt wird, heißt auf staatlicher Ebene heute „zivilgesellschaftliche Pflicht“. Für deren Einhaltung gibt es ein immer dichteres „zivilgesellschaftliches“ Netz. Staatliche und semistaatliche „Spitzel“ mischen mit Meldetelefonen mit. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat ein „Hinweistelefon gegen Extremismus und Terrorismus“ eingerichtet. Die Bundesnetzagentur erklärt die von einem an der Universität Kairo qualifizierten 30-Jährigen geleitete Denunziationsstelle „Respect!“ zum „trusted flagger“, also zu einer vertrauenswürdigen Anzeigestelle. Und nun die GEW. Wieder sind wir einem Gesinnungs- und Haltungsstaat nähergekommen.

Dem Dichter des „Liedes der Deutschen“, Heinrich Hoffmann von Fallersleben, wird folgender Vers zugeschrieben: „Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant.“ Und 1884 erschienen im Satireblatt „Der wahre Jakob“ die Zeilen: „Verpestet ist ein ganzes Land, wo schleicht herum der Denunziant.“ Heute sind solche Saubermänner wieder unterwegs. Erbärmlich, dass eine Pädagogengorganisation hier voranmarschiert.

● **Josef Kraus** war von 1987 bis 2017 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes. Zuletzt erschien „Im Rausch der Dekadenz. Der Westen am Scheideweg“ (Langen Müller 2024).



Natrium-Batterien: Sie laden schneller, haben eine längere Reichweite, sind leichter, billiger und unempfindlicher bei Kälte

## ZWISCHENRUF

## Folgen deutscher Arroganz

JENS EICHLER

Als im Jahr 2021 die ersten Nachrichten aus China durchsickerten, man würde dort an einer Natrium-Batterie forschen, um die Elektromobilität per se günstiger zu machen, kamen die Bosse der deutschen großen Automobilhersteller aus dem Grinsen gar nicht mehr heraus. Fast schon abwertend hieß es, dass Natrium zwar ein Leitermaterial wäre, aber niemals Lithium in der Qualität auch nur annähernd ersetzen könne.

Als dann auch schon die ersten Batterieprototypen präsentiert wurden, fühlte man sich bestätigt: zu groß, zu schwer, zu leistungsschwach – so lautete das Urteil mit einem milden Lächeln. Das hämische Grinsen dürfte den Herrschaften in den Chefetagen von München, Stuttgart und Wolfsburg nun so ziemlich vergangen sein. Denn seit Kurzem hat der chinesische Batteriehersteller CATL genau das geschafft, was man in Deutschland für unmöglich hielt: eine neue Generation an E-Auto-Batterie, die sich Naxtra nennt und die für den kompletten Markt nicht

weniger als eine Revolution darstellen könnte. Denn die neue Natrium-Ionen-Batterie hat gegenüber einer bisherigen Lithium-Ionen-Batterie enorme Vorteile in gleich vielerlei Hinsicht.

Der wichtigste dürfte dabei einerseits umwelttechnisch und parallel dazu ebenso wirtschaftlich sein. Natrium wird aus Salz gewonnen, ein Rohstoff, der auf der ganzen Welt nahezu unbegrenzt verfügbar ist und der vor allem – im Vergleich zum seltenen und schwer abbaubaren Lithium – obendrein auch noch billig zu haben und ebenso einfach zu fördern ist. Allein diese Tatsache dürfte ein Quantensprung in der Preisentwicklung auf dem Markt der E-Automobilität darstellen und somit für viele den Einstieg in die bisher teure Welt des E-Autos vereinfachen.

Doch werden die neuen Natrium-Ionen-Batterien nicht nur nachhaltiger, sondern insbesondere auch leistungsstärker sein. Der von CATL präsentierte Prototyp überzeugte mit überragenden Eigenschaften, allen voran mit einer beeindruckenden Energiedichte, die schon jetzt auf absoluter Augenhöhe mit den bisher genutzten Lithium-Batterien ist.

Nicht auszudenken, welches Weiterentwicklungspotential in den kommenden Jahren noch in diesen Akkus steckt. Das wiederum bedeutet: Die „Salz-Batterien“ sind genauso leistungsstark, erzielen sogar noch größere Reichweiten und sind obendrein auch noch schneller und damit zeiteffektiver aufladbar.

Und noch ein gewaltiger Vorteil wurde deutlich. Die Performance bei Kälte ist herausragend. Die Naxtra-Batterie bringt bei Temperaturen von minus 40 Grad Celsius noch 90 Prozent ihrer Leistung. Autos mit herkömmlichen Batterien hingegen verlieren bei Kälte schnell ihre Power. Um das zu verhindern, benötigen sie eine Vorheizung, die wiederum einen Teil der Kapazität des Akkus auffrisst.

Salz als billiger Rohstoff, die alleinigen Patentrechte an der Neuentwicklung – all das dürfte dazu führen, dass China den E-Automarkt auf absehbare Zeit beherrschen wird, zumal die Natrium-Batterie ab Dezember in die Massenproduktion geht und in chinesischen E-Autos eingesetzt wird. Die deutsche Arroganz könnte spätestens dann manch hiesigem Autounternehmen teuer zu stehen kommen.

## PORTRÄT

## Fitnesstrainerin für Berlins Museen

Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) kommt einem mit den ihr unterstellten Berliner Museen wie ein vielbeiniges Monstrum vor, das vor Kraft kaum laufen kann. Im Rennen um die internationalen Spitzenplätze bei der Museumsbewertung hinkt man hinter Paris oder London her trotz der Berliner Museumsinsel mit dem renommierten Pergamonmuseum und der Nofretete im Neuen Museum. Eine Reform, die unter dem seit 2008 amtierenden SPK-Präsidenten Hermann Parzinger angestoßen wurde, sollte der Preußenstiftung Beine machen.

Doch Parzinger geht jetzt in den Ruhestand. Für ihn tritt am 1. Juni die Göttinger Kunsthistorikerin **Marion Ackermann** die Nachfolge an. Auf sie kommt die Aufgabe zu, die SPK für die Zukunft fit zu trainieren. Die 60-Jährige wird Chefin über eine Mannschaft von 2100 Mitarbeitern, eine Größenordnung, die alles übertrifft, was sie bislang geleitet hat.

Zuletzt war Ackermann Generaldirektorin der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden, die über rund 450 Beschäftigte verfügte. Sachsens Ministerpräsident lobte sie für die „acht guten Jahre“, die sie als „Generalin“ dort tätig war. Doch in diese Zeit fiel auch 2019 der Juwelendiebstahl im Historischen Grünen Gewölbe durch einen Gangsterclan aus dem Morgenland,

der schon 2017 eine 100 Kilogramm schwere Goldmünze aus dem Berliner Bode-Museum hatte mitgehen lassen. Keine gute Figur machte Ackermann anschließend bei der Wiederbeschaffung der Dresdener Kunstobjekte, als man einem Betrüger auf dem Leim ging.

Ackermann, die 2003 als Leiterin des Kunstmuseums Stuttgart jüngste Direktorin eines großen deutschen Museums wurde und später in Düsseldorf die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen führte, wird die Lehren aus diesen Vorfällen ziehen müssen und die Museen diebstahlsicher machen. Daneben muss sie die unter dem Dach der SPK stehenden Staatlichen Museen zu Berlin, die Staatsbibliothek, das Staatsarchiv und kleinere Institute zu mehr eigenständiger Beweglichkeit verhelfen, damit diese Institutionen im internationalen Vergleich mithalten können. Doch die SPK zu verschlanken, wird eine undankbare Aufgabe sein. *H. Tews*



SPK-Chefin: Marion Ackermann

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 4,40 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konto:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Bürogeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

## Ein Zentrum der Kunst

Von sumpfiger Flussaue zum deutschen Louvre – Die Berliner Museumsinsel feiert 200. Jubiläum

VON SILVIA FRIEDRICH

Wer sich der Berliner Museumsinsel über den gleichnamigen, 2021 eröffneten U-Bahnhof nähert, fühlt sich vielleicht ein wenig wie die Königin der Nacht – oder der König der Nacht. So erinnern die 6662 Glühlampen auf blauem Untergrund nicht nur zufällig an Karl Friedrich Schinkels 1816 entworfenes Bühnenbild mit der Sternenhalle zu Wolfgang Amadeus Mozarts Oper „Die Zauberflöte“.

Derart beschwingt betritt der Besucher sodann den ehemaligen Lustgarten vor dem Humboldt-Forum in der Gestalt des Berliner Hohenzollernschlosses, und sofort hat man die Ursache für die in diesem Jahr beginnenden Feierlichkeiten im Blick: Vor 200 Jahren, am 9. Juli 1825, erfolgte hier die Grundsteinlegung des ältesten Museums auf der Museumsinsel.

Jeder ist vom Anblick eines der bedeutendsten Bauwerke des Klassizismus magisch angezogen: Schinkels „Altes Museum“. 18 ionische Säulen frönen der griechischen Tempelarchitektur. Sie tragen oberhalb einen lateinischen Satz, den zahlreiche hochgereckte Touristenköpfe zu entschlüsseln versuchen: „Friedrich Wilhelm III. hat dem Studium jeder Art Altertümer und der freien Künste das Museum gestiftet 1828“, ist dort zu lesen. Das 1830 eröffnete, noch als „Königliches Museum“ bezeichnete Haus widmet sich heute ganz der klassischen Antike.

Aus den Kunstkammern der Fürstenthöfe entstanden Museen, die mehr und mehr der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden. So auch in Berlin, wo Preußens König Friedrich Wilhelm III. im 19. Jahrhundert die Herauslösung der Kunstkammerbestände aus dem höfischen Zusammenhang befürwortete.

Im Jahr 1822 erhielt der Stadtplaner und Architekt Schinkel den Auftrag zum Bau seines Prachtgebäudes und läutete damit die Geschichte der Museumsinsel



Mit diesem Schmuckstück fing vor 200 Jahren alles an: Das Alte Museum auf der Museumsinsel

Bild: Friedrich

ein. In rascher Folge entstanden 1855 das Neue Museum, 1876 die Alte Nationalgalerie, 1904 das Bode-Museum unter dem damaligen Namen „Kaiser-Friedrich-Museum“ und als letztes 1930 das Pergamonmuseum. Somit sind anhand der Bauten auf diese Weise die Entwicklung von hundert Jahren Museumsarchitektur abzulesen, was dem Ensemble 1999 den Titel als UNESCO-Welterbe einbrachte.

Seit 2019 erfreuen sich die Gäste der Insel der neuen James-Simon-Galerie, einem Empfangsgebäude und Besucherzentrum, das nach dem bedeutendsten Mäzen der Staatlichen Museen zu Berlin, James Simon (1852–1932), benannt wurde, der den Sammlungen unzählige Ausstellungsobjekte schenkte, unter anderem auch „Berlins Mona Lisa“, die Büste der Nofretete, heute im Neuen Museum beheimatet.

Während der Jubiläumsfeierlichkeiten wird die James-Simon-Galerie, die sich architektonisch großartig in das bauliche

Ensemble einfügt, als zentraler Ort für die Besucher fungieren, wo diese ihre Erkundungstour über die Insel beginnen können mit Multimedia-Stationen, Café, Sonderausstellungen und einer sehr informativen Schau zur Geschichte der Insel. Auch ein Gründungspfeiler ist hier ausgestellt, den der schwammige Untergrund erforderlich machte. Allein für das Alte Museum mussten 3053, bis zu 16 Meter hohe Holzpfähle in den Boden gerammt werden. 1824 brauchten 16 Arbeiter für einen Pfahl mithilfe eines Rammhärens sechs bis acht Stunden.

### Eine Karte für sechs Häuser

Die Museen wurden im Zweiten Weltkrieg zu 70 Prozent zerstört, zahlreiche Objekte gingen als „Beutekunst“ in die Sowjetunion. 1958/59 gab diese eineinhalb Millionen Kunstwerke an die DDR zurück. Bekannt ist heute, dass noch Kulturgut in Millionenhöhe in Depots und Magazinen in Russland und den umliegenden Staaten

lagert. Die DDR konnte ihre Museen nach der Rückgabe wieder füllen, jedoch wurden die beschädigten, nur teilsanierten Gebäude weiterhin genutzt. Nach der deutschen Vereinigung führte man die in Ost- und West-Berlin auseinander gerissenen Sammlungen wieder zusammen. Doch die maroden Gebäude auf der Museumsinsel erforderten den Beschluss eines Masterplans zur Instandsetzung und Modernisierung des Areals.

Mit einem Auftaktwochenende vom 30. Mai bis 1. Juni beginnt das „Jubiläumsjahr fünf“, in dem jedes Jahr ein anderes Haus im Mittelpunkt stehen wird. Diesen Sonntag um 11 Uhr eröffnet die ab diesem Tag neu amtierende Präsidentin der Stiftung Preussischer Kulturbesitz, Marion Ackermann, die Festivitäten mit einem Festakt. Dabei gibt es zahlreiche Vergünstigungen. So kommt man mit einer Eintrittskarte in alle sechs Häuser, es gibt kostenfreie Sonderausstellungen, Tages- und Bühnenprogramme und eine im Ko-

lonnaden-Hof aufgebaute Bar, die es ähnlich bereits 1883 gab. Außerdem wird es rund um die Häuser verschiedene Festlichkeiten geben. Alle Veranstaltungen im Außenbereich sind kostenfrei. Hochkarätige Künstler des Deutschen Theaters, der Volksbühne, des Berliner Ensembles, der Staatsoper Unter den Linden und der Komischen Oper werden an diesem Wochenende ihr Können zum Besten geben.

### Panorama-Blick ins Jahr 129 n. Chr.

Bevor hier in wenigen Tagen die Sektkorken knallen, läuft alles noch in ruhiger, normaler touristischer Betriebsamkeit. Die weiten Flächen lassen Gäste ungehindert flanieren, und die wenigen Bauzäune hinter den Kolonnaden der Alten Nationalgalerie, die den noch entstehenden neuen Eingang zum Pergamonmuseum verdecken, stören nicht im Geringsten, fallen vielleicht sogar kaum auf.

Einzig der ehemalige Eingang zum Pergamonmuseum gleicht einer Großbaustelle, mit Bauzäunen, Baukränen und Lärm. Doch hierher verläuft sich kaum jemand. Es sei denn, man besucht das äußerst sehenswerte Pergamon-Panorama, das eine Zeitreise ins Jahr 129 nach Christus ermöglicht und jedem Gast, der nicht bis zur Eröffnung 2037 oder Teileröffnung 2027 warten möchte, unbedingt anzuraten ist. Großartige Einblicke in eine spektakuläre Ausstellung sind gewiss.

Die insgesamt acht großen Sammlungen in den Museen sollen zukünftig durch eine Archäologische Promenade verbunden werden, aber nach wie vor auch einzigartig bleiben.

„Die Museumsinsel ist ein Gesamtkunstwerk, das den kulturellen Reichtum der Metropole symbolisiert, und ähnlich wie das British Museum, der Louvre oder der Prado zu einer Weltmarke geworden ist“, sagt Kai Wegner, Schirmherr des Jubiläums und Regierender Bürgermeister von Berlin.

● [www.mizoo.de](http://www.mizoo.de)

### LITERATUR

## „Alles, nur kein Geistlicher!“

Statt zu predigen, wollte Eduard Mörike dichten – Vor 150 Jahren starb der Autor der Biedermeierzeit

Das ist Biedermeier pur: Draußen geht die Welt unter, aber drinnen beschäftigt sich „Der Petrefaktensammler“ mit seinen Fossilienfunden. 1848, also zur Zeit der Märzrevolution, ist Eduard Mörikes gleichlautendes Gedicht erschienen, in dem er Spuren der Erdgeschichte nachspürt, jene der Zeitgeschichte aber ignoriert. Mörikes Leben umspannt die Zeit von Waterloo bis zum Deutsch-Französischen Krieg, aber nichts davon scheint sich in seinem Werk widerzuspiegeln.

Doch dem Klischee des von der Welt abgekapselten Dichters entspricht der am 4. Juni 1875 in Stuttgart gestorbene Mörike ganz und gar nicht. Mit seiner Lyrik, seiner Novelle „Mozart auf der Reise nach Prag“ und seinem Künstlerroman „Maler Nolten“ schuf er exakte Abbilder der damaligen Gesellschaft, für die man den Namen „Biedermeier“ erfand, der abschätzig für spießiges Bürgertum steht.

Das mag für manche Goethe-Epigonen gelten, jedoch nicht für die herausragenden Vertreter jener literarischen Stil- epoche wie Annette von Droste-Hülshoff,

Franz Grillparzer, Adalbert Stifter – oder eben den 1804 in Ludwigsburg bei Stuttgart geborenen Mörike. Ähnlich wie seinerzeit der Maler Carl Spitzweg porträtierten sie sich und ihre Zeitgenossen mit einem leicht ironischen, manchmal auch spöttischen Stiff, der immer hart an den Zensurmaßnahmen der Karlsbader Beschlüsse von 1819 entlangschrammte.

Der im Tübinger Stift zum Theologen ausgebildete Mörike bekam dort noch die Nachwehen einer aufwieglischen Zeit mit. Er besuchte den in seinem Turmzimmer am Neckar bereits umnachteten Friedrich Hölderlin, der einst die Französische Revolution nach Deutschland herbeisehnte. Gemeinsam mit Studienkollegen erträumte sich Mörike die utopische, von allen Zwängen befreite Inselwelt „Orplid“, zu der er eines seiner schönsten Gedichte schuf: „Du bist Orplid, mein Land! / Das ferne leuchtet; / Vom Meere dampfet dein besonnener Strand / Den Nebel, so der Götter Wange feuchtet ...“

Doch er entkam den Zwängen nicht. Die Ausübung seines theologischen Be-

rufs in mehreren Amtsstellen empfand er als „Vikariatsknechtschaft“. Im 600-Einwohner-Kaff Cleversulzbach fand er dann eine Pfarrstelle, die ihm ein einigermaßen erträgliches Einkommen bescherte. Zufrieden war er damit nicht. Schon 1828 schrieb er: „Alles, nur kein Geistlicher!“ Statt zu predigen, wollte er dichten.

Krankheitsbedingt ging der Schwabe 39-jährig in den Ruhestand und zog nach Stuttgart, wo er seiner wahren Berufung



Schwäbischer Dichter: Eduard Mörike

als Dichter nachgehen konnte. Sein literarisches Talent erkannte bereits ein Freund, der Philosoph David Friedrich Strauß: „Er nimmt eine Handvoll Erde, drückt sie ein wenig – und alsbald fliegt ein Vögelchen davon.“ In der „Mozart“-Novelle, die zum Kanon der deutschen Erzählliteratur gehört, lässt sich das nachlesen: Das diebische Pflücken einer Bitterorgane in einem gräflichen Park hat für Mozart den heiteren Preis, dass er einer Hochzeitsgesellschaft seine neue Oper „Don Giovanni“ am Klavier vorspielt.

Die Novelle ist so musikalisch verspielt wie ein Mozart-Stück. Das gilt auch für Mörikes „Maler Nolten“, auch wenn die von Goethes „Wilhelm Meisters Lehrjahre“ inspirierte Fassung von 1832 eher in Moll gehalten ist. Fast sein ganzes Leben hat Mörike an dem Roman gefeilt. Eine unvollendete Zweitfassung konnte erst nach seinem Tod erscheinen. Harald Tews

● Gedenkveranstaltung zum 150. Todestag des Dichters im Mörike-Museum von Cleversulzbach: [www.moerike-museum.de](http://www.moerike-museum.de)

### MELDUNG

## Surrealisten in Charlottenburg

Berlin – Vom 30. Mai bis 16. November stellt die Sammlung Scharf-Gerstenberg in der Schloßstraße 70 von Berlin-Charlottenburg mit „Strange!“ Surrealisten von 1950 bis 1990 aus den Sammlungen der Nationalgalerie vor. Gezeigt wird eine Auswahl von Gemälden und Skulpturen aus der Zeit der deutschen Teilung, in denen sich Anklänge an die Kunst des Surrealismus finden, darunter Werke von selten präsentierten Künstlern wie Albert Ebert, Hans-Jürgen Diehl oder Heidrun Hegewald, aber auch von Top-Künstlern wie Paul Delvaux, Wolfgang Mattheuer oder Mac Zimmermann. Obgleich die Anfang der 1920er Jahre entstandene Kunstrichtung des Surrealismus als gemeinsame Bewegung in Deutschland niemals festen Fuß gefasst hat, lassen sich in den Sammlungen der Nationalgalerie ihre Spuren erkennen. Als einer der theoretischen Vordenker gilt dabei der französische Schriftsteller André Breton (1896–1966). *tws*

## SUDETEN

## Massaker von Postelberg

Vor 80 Jahren, zwischen dem 3. und dem 7. Juni 1945, fand nach dem Abzug der sowjetischen Truppen im nordböhmischen Postelberg auf dem Gelände der als Internierungslager genutzten Kaserne ein Massaker an der sudetendeutschen Bevölkerung statt. Es war eine der größten Massentötungen von Zivilisten in Europa nach dem Krieg. 763 Opfer wurden exhumiert, der Bericht einer tschechischen Untersuchungskommission von 1947 schätzte die Zahl der Opfer auf 2300, wahrscheinlich waren es viel mehr.

Erst 2009 wurden die näheren Umstände des Massakers aufgeklärt. Damals konnten die Verantwortlichen des Verbrechens, ein tschechischer Offizier und ein Polizeikommandant, die beide jedoch bereits seit Jahren tot waren, auch mittels der Hilfe tschechischer Historiker ermittelt werden. Es stellte sich heraus, dass die Untat nicht die Folge spontaner Wutausbrüche von im Krieg verrohten tschechischen Zivilisten war, sondern dass Offiziere der neuen tschechischen Sicherheitsorgane verantwortlich waren.

1947 wurde das Verbrechen an den Sudetendeutschen im tschechischen Parlament behandelt. Die Leichen der ermordeten Sudetendeutschen wurden danach aus den Massengräbern exhumiert und verbrannt, um das Verbrechen zu vertuschen. Die Kaserne wurde stillgelegt. Dass der Hass in dieser Region besonders hochgepeitscht war, hing auch damit zusammen, dass Postelberg an der ehemaligen deutsch-tschechischen Sprachgrenze und der Grenze des Sudetengebietes lag, das nach dem Münchner Abkommen 1938 an das Deutsche Reich angegliedert worden war.



Gedenktafel für die Opfer auf dem örtlichen Friedhof

Massaker an Volksdeutschen waren östlich des Eisernen Vorhangs bis 1989 ein Tabuthema. Dass es nach dem Ende des Kalten Krieges in Postelberg noch zwei Jahrzehnte dauerte, bis auf dem dortigen Friedhof eine kleine Gedenktafel für „alle unschuldigen Opfer der Postelberger Ereignisse von Mai und Juni 1945“ enthüllt werden konnte, hing mit dem Widerstand der aus der politischen Wende hervorgegangenen neuen regionalen und nationalen Eliten zusammen.

2023 besuchte der damalige und heutige Staatspräsident der Tschechischen Republik, Petr Pavel, die unweit der deutsch-tschechischen Grenze gelegene Große Kreis- und Hochschulstadt Selb in Bayern, wo viele Sudetendeutsche einen neuen Wohnort gefunden hatten, um während der bayerisch-tschechischen Freundschaftswochen das Wirken der Sudetendeutschen als Brückenbauer zwischen den Völkern zu würdigen.

2015 hat die Landsmannschaft der Sudetendeutschen auf ihrer Bundesversammlung die „Wiedergewinnung der Heimat“ sowie eine „Restitution oder gleichwertige Entschädigung“ für die kollektive Enteignung der Volksgruppe nach dem Zweiten Weltkrieg als Ziele aus ihrer Satzung gestrichen. *bob*



Um 18 Uhr kamen die Tschechen und forderten alle auf, umgehend ihre Häuser und Wohnungen zu verlassen – es wurde am Fronleichnamstag 1945 für über 5200 Sudetendeutsche ein Marsch ins Elend und in den Tod  
Bild: Bundesarchiv

## BRÜNN

## Dem Todesmarsch folgte siebzig Jahre später der erste Versöhnungsmarsch

Vor 80 Jahren wurden die Deutschen der zweitgrößten Stadt der Tschechei ausgetrieben. Zu Fuß mussten sie nicht nur die Stadt, sondern auch das Land Richtung Niederösterreich verlassen

VON BODO BOST

Am 26. April 1945 wurde Mährens Hauptstadt Brünn nach schweren Kämpfen von der Roten Armee eingenommen. Nach Kriegsende brach der Hass sich freie Bahn. Die verbliebenen Deutschen mussten ausnahmslos weiße Armbinden tragen und wurden mit einem „N“ (Nemec) als Deutsche und damit Schutzlose gebrandmarkt. Der aus dem Exil mit der Sowjetarmee zurückgekehrte Politiker Eduard Benesch besuchte bereits am 13. Mai 1945 die Stadt. Mit seiner Rede auf dem Rathausbalkon, auf dem 1939 auch Adolf Hitler gestanden hatte, entfachte er bei den Zuhörern einen blinden Hass auf alle Deutschen. Die Rede Beneschs in Brünn gilt als Befehl zur kollektiven Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Böhmen und Mähren. Alle dabei verübten Verbrechen sollten später durch das tschechoslowakische Amnestie-Gesetz Nr. 115 vom 8. Mai 1946 ungesühnt bleiben.

Am 31. Mai 1945, dem Fronleichnamstag für die katholischen Sudetendeutschen, begann der Brünnener Todesmarsch. Der frühere Gestapo-Agent Bedrich Pokorny, der seit dem 18. Mai 1945 Befehlshaber der Nationalen Sicherheitswacht von Mähren war, organisierte ihn. Deutsche, darunter auch Antifaschisten und sogar Deutsch sprechende Juden, die in Verstecken die NS-Zeit überlebt hatten, wurden an 13 Stellen in Brünn gesammelt. Vom Klostergarten der Augustiner beim Mendelplatz begann der Marsch zur österreichischen Staatsgrenze um 22 Uhr. Die Kolonne wurde von bewaffneten Revolutionsgarden und vormaligen Partisanen brutal aus der Stadt getrieben. Unterwegs mussten sich deutsche Bewohner der umliegenden Dörfer dem rund 60 Ki-

lometer langen Marsch Richtung Niederösterreich anschließen.

## Rund 27.000 Betroffene

Der Zug bestand hauptsächlich aus Frauen und Kindern sowie alten Männern, denn die Männer im wehrfähigen Alter waren zu dieser Zeit noch nicht heimgekehrt. Es gab kein Wasser und keine Nahrung. Viele starben an Erschöpfung, Hunger und Durst, dazu kamen noch Epidemien. Während des Todesmarsches kam es zu zahlreichen weiteren Verbrechen der tschechischen Wachmannschaften. Frauen jeden Alters wurden vergewaltigt. Hilfsbereite Menschen, die am Wegesrand Wasser und Brot reichen wollten, wurden von den Wachen bedroht und geschlagen.

Die Anzahl der Todesopfer beläuft sich auf rund 5200. Allein im Sammelager Pohrlitz, das auf halbem Weg zwischen Brünn und der Grenze lag und in dem die Ruhr ausbrach, wurden 890 Opfer in einem Massengrab begraben. Im österreichischen Grenzort Dra-

senhofen nahmen Einwohner die hilflosen Menschen auf und versorgten sie. Aber auch auf österreichischem Boden setzte sich das Sterben der Kranken und Entkräfteten fort. 1062 Teilnehmer des Todesmarsches fanden auf österreichischen Friedhöfen oft in Massengräbern ihre letzte Ruhe.

Die „Bruna“, der 1950 gegründete Heimatverband der Brünnener in Deutschland, gab 1998 die Publikation „Nemci ven!“ (Die Deutschen raus!) heraus. Die sorgfältig recherchierte Dokumentation wollte die Verdrängung und Tabuisierung der Vertreibungsverbrechen beenden.

2007 startete Jaroslav Ostrčilík, ein in Österreich aufgewachsener Tscheche, in Eigeninitiative mit den „Brünnener Gedenkermarschen“. Er wollte ein Zeichen gegen das Verschweigen der Vertreibung der Deutschen setzen.

## Etwa 5200 Todesopfer

Die Brünnenerin Kateřina Tučková veröffentlichte 2009 einen Roman über den Brünnener Todesmarsch mit dem Titel „Die

Vertreibung der Gerta Schnirch“. So hieß die Frau, in deren Wohnung sie lebte.

Der Brünnener Oberbürgermeister von 2014 bis 2018, Petr Vokřál, entschuldigte sich am 20. Mai 2015 für den Brünnener Todesmarsch. Obwohl viele in der Stadt ihn kritisierten, stellte sich die Mehrheit hinter das Versöhnungssignal mit den früheren Bewohnern der Stadt, 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Zum 70. Jahrestag des Brünnener Todesmarsches, am 30. Mai 2015, initiierte der Brünnener Oberbürgermeister einen Gedenkermarsch symbolisch in der Gegenrichtung des historischen Marsches vom Massengrab in Pohrlitz zurück nach Brünn. 300 Menschen, darunter auch Vertreter der Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik und Österreich, nahmen daran teil. Den Marschierern schlossen sich in Brünn der Oberbürgermeister, der die Schirmherrschaft über die Veranstaltung übernommen hatte, und der Brünnener Bischof Vojtěch Cikrl an, um die letzten zwei Kilometer zum Mendelplatz gemeinsam zu gehen. Der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, Bernd Posselt, sprach von einem „Riesenschritt, der Dank und Anerkennung verdient“.

Der „Versöhnungsmarsch von Brünn“ wird seither alljährlich gemeinsam mit der einheimischen Bevölkerung durchgeführt. Diese Geste hat die zweitgrößte Stadt Tschechiens als erste und bisher einzige Stadt des Landes vollzogen. Im vergangenen Jahr sagte die seit 2018 amtierende Brünnener Oberbürgermeisterin Markéta Vanková beim Versöhnungsmarsch: „Brünn verhielt sich ein wenig wie ein Fuchs, der in einer Falle gefangen ist und sich selbst ein Bein abbeißt. Verzweifelt und wütend über den Schmerz und die Unfreiheit, die ihm zugefügt wurden, merkte der Fuchs nicht, dass er dabei ein Stück von sich selbst verlor.“

## Tschechische Streiter für Verständigung und Versöhnung



Jaroslav Ostrčilík betreute von 2015 bis 2020 verschiedene Projekte wie die Veranstaltungsreihe Jahr der Versöhnung und das Festival Meeting Brno.



Petr Vokřáls politische Heimat ist mit Přísaha eine Partei, die wie Fidesz und der RN der europäischen Parteienfamilie Patrioten für Europa angehört.



Markéta Vanková ist Mitglied der liberal-konservativen Demokratischen Bürgerpartei (ODS), die mit ihrem Vorsitzenden den Ministerpräsidenten stellt.

ARTHUR MOELLER VAN DEN BRUCK

# Der zerbrochene Visionär

Der konservativer Revolutionär nahm sich vor 100 Jahren das Leben

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Es könnte ein Satz aus der Gegenwart sein. „Der konservative Mensch sucht heute wieder die Stelle, die Anfang ist“, schrieb Arthur Moeller van den Bruck – und kaum ein Satz bringt das Spannungsfeld besser auf den Punkt, in dem sich dieser eigenwillige Denker, der sich am 30. Mai 1925 das Leben nahm, bewegte. Moeller van den Bruck war Erhalter und Empörer zugleich, ein Mann der geistigen Unruhe in einer Zeit politischer Umbrüche. Und doch war er dem Ewigen zugewandt. Als Kulturhistoriker, Publizist und politischer Visionär zählt er zu den schillerndsten und zugleich widersprüchlichsten Figuren der deutschen Ideengeschichte der Zwischenkriegszeit. Moeller van den Bruck blickte nicht zurück, sondern als konservativer Revolutionär voraus.

Der am 23. April 1876 in Solingen geborene Preuße entstammte einer gutbürgerlichen Familie. Sein Vater war Baurat. Seine Mutter trug den niederländischen Namen van den Bruck, den Arthur später seinem eigenen hinzufügte – Ausdruck eines frühen Individualismus und einer lebenslangen Suche nach geistiger Distinktion. Das Gymnasium verließ er ohne Abschluss und zog in den kulturellen Zentren Europas, Berlin, Paris und Italien, als Bohemien die intellektuellen Strömungen der Zeit auf.

## 1914 brachte die Wende

Friedrich Nietzsche, Houston Stewart Chamberlain und Maurice Barrès studierte er. Moeller van den Bruck veröffentlichte 1904 die achtbändige Kulturgeschichte „Die Deutschen. Unsere Menschengeschichte“ – ein Versuch, den nationalen Charakter zu fassen.

Die Wende kam mit dem Ersten Weltkrieg. Moeller van den Bruck meldete sich freiwillig und arbeitete bald in der Auslandsabteilung der Obersten Heeresleitung. Die Erfahrung der Niederlage 1918 wurde zur geistigen Triebfeder seiner politischen Radikalisierung. 1919 verfasste er in „Das Recht der jungen Völker“ einen Aufruf zur Überwindung westlich-liberaler Ordnungsvorstellungen zugunsten einer deutschen Erneuerung. Demokratie verstand Moeller van den Bruck nicht als Parteienstaat, sondern als „Anteilnahme eines Volkes an seinem Schicksal“. Parlamentarismus lehnte er als „Idee des Westens“ ab.

Moeller van den Bruck wurde zum intellektuellen Mittelpunkt des von Heinrich von Gleichen gegründeten Juniklubs und veröffentlichte 1923 sein wohl berühmtestes Werk: „Das dritte Reich“. Ursprünglich als „Die dritte Partei“ geplant, war es ein Manifest gegen Parteienherrschaft und Klassenkampf – nicht im Namen der Reaktion, sondern eines revolutionären Konservatismus. „Am Liberalismus gehen die Völker zugrunde“, urteilte Moeller van den Bruck scharf. Die bürgerliche Ordnung war für ihn überlebt, das Dritte Reich sollte kein Rückgriff, sondern ein Neubeginn sein „im neuen sozialistischen Denken“.

Moeller van den Bruck suchte die „Zusammenfassung“ der deutschen Nation jenseits von Marxismus und Kapitalismus, getragen von einem geistigen Elitarismus. Dabei dachte Moeller nicht in rassistischen Kategorien. Sein „deutscher Sozialismus“ war geistiger Natur, zutiefst geprägt vom Gedanken nationaler Solidarität und sozialer Gerechtigkeit – jedoch unter einer führenden Elite, nicht in der Gleichheitsutopie. Juden und Nichtdeutsche sollten keine gesellschaftliche Führungsrolle spielen, aber auch nicht verfolgt werden. Entscheidend war für ihn



Adolf Hitler bewunderte ihn, aber nicht umgekehrt: Arthur Moeller van den Bruck

nicht die biologische Abstammung, sondern der geistige Beitrag zur Nation. In seiner Polemik gegen den Nationalsozialismus wandte er sich gegen den „proleta-

rischen“ Geist Adolf Hitlers: „Er war verkörperte Leidenschaft, aber ganz ohne Abstand und Augenmaß.“ Die persönliche Begegnung der beiden 1922 brachte Moel-

ler van den Bruck auf Distanz zu Hitlers völkischer Massenbewegung. Hitler bewunderte ihn, Moeller van den Bruck aber wies ihn als geistig unzulänglich zurück.

## Nähe zum Nationalbolschewismus

Moeller van den Brucks Konservatismus war keine Verteidigung des Status quo, sondern ein Aufbruch im Geiste der Geschichte. Die „konservative Revolution“, deren geistiger Mittelpunkt er im Juniklub war, zielte auf einen neuen Staat, getragen von preußischer Disziplin, geistiger Tiefe und nationaler Einheit. In „Der preußische Stil“ (1916) feierte er das Preußentum als „Willen zum Staat“ – nicht als Militärgeist, sondern als Ausdruck organischer Staatlichkeit.

Seine Nähe zum Nationalbolschewismus, seine Ostorientierung und seine Bewunderung für Lenin zeugen von seiner Bereitschaft, unkonventionell zu denken – nicht aus ideologischer Verblendung, sondern aus dem Gefühl heraus, dass Deutschlands Zukunft nicht im Nachahmen des Westens, sondern in der eigenen schöpferischen Kraft liege. Der Faschismus in Italien galt ihm nicht als Modell, sondern als Symptom: „Italia docet“, schrieb er 1922 – ein warnender Hinweis auf die konservative Gegenbewegung, die Europa erfasste.

Moeller van den Bruck war melancholisch und zerbrechlich. Er sah das Ziel, nicht den Weg, konnte die Lücke zwischen Vision und Realität nicht ertragen. Nach einem Nervenzusammenbruch nahm er sich am 30. Mai 1925 das Leben. Die Nationalsozialisten vereinnahmten später seine Begriffe, nicht aber seine Vision. Heute bleibt Moeller van den Bruck ambivalent, für ihn bedeutete konservativ, „Dinge zu schaffen, die zu erhalten sich lohnen“.

## KINO

# Ein- und Abtauchen in eine „entschwundene Welt“

Hermann Pölking hat in Lüneburg seinen neuen Kompilationsfilm über Ostpreußen von 1912 bis 1945 vorgestellt

Diesen Monat hatte der Filmemacher Hermann Pölking in den „Filmpalast“ geladen, um seinen neuesten Film „Ostpreußen – Entschwundene Welt“ vorzustellen. Lüneburg als Sitz des Ostpreußischen Landesmuseums war nicht zufällig als Ort für die Uraufführung gewählt. Das OL zählte mit zu den Einladenden, dessen Direktor Joachim Mähner gehörte mit Pölking zu den Diskutanten im Anschluss an die eigentliche Filmvorführung, und auch ansonsten war das Museum durch hauptwie ehrenamtliche, aktive wie ehemalige Mitarbeiter im Publikum vertreten.

In der Diskussion verbalisierte Pölking noch einmal seine Intention, die vorher bereits sein Werk gezeigt hatte. Für den Filmemacher steht der Film und nicht der Ton im Vordergrund. Ihm ging es nicht darum, einen Text, ein Narrativ mit bewegten Bildern zu belegen und zu unterlegen. Vielmehr ist sein Werk eine Aneinanderreihung von meist von Amateuren stammenden Filmaufnahmen aus den Jahren 1912 bis 1945. Von 1912 stammen die ersten Filmaufnahmen aus Ostpreußen, die Pölking ausfindig machen konnte. 1945 ging das alte Ostpreußen unter.

In mühevoller, zeitraubender Kleinarbeit haben Pölking und sein Team die Aufnahmen ausfindig gemacht, sie restauriert, deren oft stichige Farben korrigiert, die Aufnahmen mit dezenter Filmmusik unterlegt sowie schließlich mit Texten

versehen, die Auskunft darüber geben, wer die Aufnahmen wann wo gemacht hat, was auf den Aufnahmen zu sehen ist und wie der Entstehungszusammenhang aussieht, in welchem Kontext die Aufnahmen entstanden. Es ist so spannend wie bewundernswert, was Pölking und sein Team zu den Aufnahmen alles herausbekommen haben und dem Zuschauer mitzuteilen wissen.

Angesichts der Bedeutung des bewegten Bildes für Pölking's Werk ist es umso

bemerkenswerter, dass es nicht mit Filmaufnahmen beginnt, sondern mit einer schwarzen Leinwand und einem Text aus dem Off, der den Kinobesucher mit diversen Beispielen in aller Kürze in das Ostpreußische einführt. Man könnte meinen, der Filmemacher wolle uns nicht nur sehbar, sondern auch hörbar machen, was wir mit dem alten Ostpreußen verloren haben. Denn eines ist klar: Die Ostpreußen haben ihre Sprache zwar mit auf die Flucht genommen, aber mit der Erlebnisgeneration wird auch das Ostpreußische verschwinden.

Die ersten Filmaufnahmen zeigen oberflächlich den Bau einer Behelfseisenbahnbrücke über die Weichsel durch die Wehrmacht in der zweiten Hälfte des Kriegsjahres 1944. Unterschwellig zeigen sie in Kombination mit dem erläuternden Text aus dem Off den Wahnsinn des Krieges und die mit ihm verbundene ungeheuerliche Ressourcenverschwendung. Der Kinobesucher erfährt nämlich, dass an derselben Stelle schon eine Eisenbahnbrücke gestanden hatte – welche die Polen allerdings nach dem Ersten Weltkrieg demontiert hatten. Und er erfährt, dass keine vier Monate nach dem Einweihungsakt der Behelfsbrücke am 6. Oktober 1944, von dem der Kinobesucher Filmaufnahmen zu sehen bekommt, dieses Bauwerk im weiteren Sinne von seinen eigenen Erbauern, nämlich den Deutschen, schon wieder zerstört wurde.

Dann kommt ein krasser Wechsel bei Ton wie Bild. Eine Frau spricht nun statt eines Mannes aus dem Off, und es gibt wundervolle, friedliche und dabei nur wenig ältere Bilder als die zuvor gezeigten zu sehen von der Kurischen Nehrung, ihrer Vogelwelt, ihrer Natur, ihrer Idylle.

Die Aufeinanderfolge dieser beiden ersten Filmsequenzen spiegelt bereits im Kleinen das Programm wider, das Pölking bei seinem Werk verfolgt hat. Dieses Programm samt dessen Entstehung verbalisierte der Filmemacher an jenem Uraufführungsabend selbst. Er habe sich inspirieren lassen von einem Besuch von Yad Vashem, Israels zentraler Gedenkstätte in Jerusalem für den Holocaust, die Shoa, die Endlösung, die Judenvernichtung. Dort würde der Rundgang nicht gleich mit der Katastrophe beginnen. Vielmehr würde man vorher glückliche Familienbilder aus der Zeit davor zu sehen bekommen.

Nur nebenbei sei erwähnt, dass der Deutsche, um dieses Konzept kennenzulernen, nicht nach Israel hätte reisen müssen. Viele Folgen der erfolgreichen deutschen Fernsehserie „Aktzeichen XY ... ungelöst“ sind so aufgebaut. Über die Idylle, den friedlichen Alltag bricht das Böse, das Unglück, die Katastrophe herein.

Pölking indes hat sich entschieden, das Konzept umzudrehen. Er beginnt mit der Katastrophe, dem Ende, dem Verlust, um dann zu schildern, was dadurch verloren ist.

Abgesehen von den obengenannten beiden ersten hat Pölking die Filmsequenzen nach ihrem Entstehungsjahr in Blöcke zusammengefasst, denen ein Hinweis auf den entsprechenden Zeitraum samt einem passenden Zitat vorangestellt ist. Diese Blöcke werden nun in chronologischer Reihenfolge gezeigt mit Ausnahme des letzten, der den Zeitraum 1944/1945 behandelt und damit auch den Verlust. Er ist entsprechend dem Programm des Hermann Pölking den anderen Blöcken vorangestellt, in denen geschildert wird, was verloren ist, die sogenannte entschwundene Welt, wie Pölking es nennt.

Wer sich für das alte Ostpreußen interessiert und in diese „entschwundene Welt“ ein- oder abtauchen will, kann das mit „Ostpreußen“ für eine gute Spielfilmlänge auf recht angenehme, interessante und im besten Wortsinn unterhaltende Weise tun. In Norddeutschland kann er das etwas schneller. Die Produzenten haben sich entschlossen, den Film in sechs sogenannten Kampagnen in die bundesdeutschen Kinos zu bringen. Los geht es in Nordniedersachsen, Weser-Ems und Bremen. Im nächsten Monat soll es deutschlandweit weitergehen. Wer wissen will, wann der Film wo in seiner Nähe zu sehen sein wird, kann das bei der Neuen Lloyd Filmdistribution GmbH, Waller Stieg 3, 28217 Bremen, Telefon (04293) 3109999, E-Mail: office@hellen-der-geschichte.de, erfragen. M. Ruoff



Filmplakat von „Ostpreußen“

VON WOLFGANG KAUFMANN

Laut Statistischem Bundesamt lag die Inflationsrate im April bei 2,1 Prozent. Doch das ist weniger als die halbe Wahrheit. Denn neben der reinen Teuerung, also der offenen Erhöhung der Preise für Waren und Dienstleistungen, leiden die Verbraucher unter zwei weiteren Spielarten der Inflation, nämlich der „Shrinkflation“ und der „Skimpflation“. Im ersten Fall (abgeleitet von „to shrink“, englisch für „schrumpfen“) erhalten sie weniger für das gleiche Geld: Das Produkt schrumpft, womit die Preissteigerung kaschiert werden soll. Im zweiten (von „to skimp“, englisch für „knausern“) sinkt die Qualität, ohne dass dies parallel zu einer Verbilligung führt.

Besonders krasse Fälle von Shrinkflation „prämiieren“ die Verbraucherschutzorganisationen gerne mit „Auszeichnungen“ wie „Mogelpackung des Monats“ oder „Mogelpackung des Jahres“. Dahingegen existiert noch kein Negativsiegel für Pfusch, der aus Kosteneinsparungen resultiert. Einen guten Überblick über das Ausmaß der Skimpflation bieten aber die Rückrufe von Produkten, welche erfolgen, wenn die Qualitätseinbußen derart gravierend ausfallen, dass die Hersteller eine Schädigung der Verbraucher und damit rechtliche Konsequenzen befürchten müssen. Von solchen Aktionen berichtet unter anderem der Kanal „Hinweise & Rückrufe“ beim Kommunikationsdienst Telegram, welcher dem Motto folgt: „Bleibe informiert und schütze Dich und Deine Familie.“

Analysiert man die dort aufgelisteten Rückrufe, zeigt sich eindrucksvoll, dass Produktmängel mittlerweile kein Einzelphänomen mehr sind, sondern ein alltägliches Übel, welches einem Tsunami gleich über die Konsumenten hereinbricht. Allein Anfang Mai gab es innerhalb von nur zehn Tagen mehr als 50 Rückrufe aus einer Vielzahl von Gründen.

So wurde zweimal vor der Überhitzung von Lithium-Ionen-Akkus und der damit einhergehenden Brandgefahr gewarnt. Oder ein Hersteller riet öffentlich von der Verwendung seiner eigenen Miniatursicherungen ab: Diese könnten zu spät oder gar nicht auslösen und damit ebenfalls Schadfeuer verursachen.

#### Vom Fahrrad bis zum Schnuller

Weitere drei Mal ging es um drohende tödliche Stromschläge durch das Fehlen eines Schutzleiters in den Mehrfachsteckdosen eines Verlängerungskabel-Sets, die unzureichende Isolierung der Elektronik im Inneren einer Geflügeltränke sowie die Möglichkeit des Durchschmorens des Netzkabels eines Reiskochers. Zwei der sechs lebensgefährlichen Artikel kamen aus China, der Rest aus den USA oder der Europäischen Union. Ebenfalls drei Rückrufe erfolgten vonseiten verschiedener Fahrradhersteller. Hier sollten die Kun-



Auch Ökoprodukte sind betroffen: In manch harmlos erscheinenden Nahrungsmitteln lauern Gefahren

Bild: shutterstock.com

#### „SKIMPFLATION“

## Knausrige Hersteller lösen eine Flut von Rückrufaktionen aus

Schadhafte Produkte müssen immer öfter eilig vom Markt genommen werden. Manche davon weisen sogar lebensgefährliche Mängel auf

den die gekauften Produkte wegen möglicher Ermüdungsrisse und daraus resultierender Bruchgefahr an den Rahmen sowie loser Pedale zurückgeben, um nicht Kopf und Kragen zu riskieren.

Ein erheblicher Teil der Rückrufe betraf Kinderartikel. Der Autokindersitz einer sehr bekannten schwedischen Marke kann sich durch die zu schwach ausgelegte Verriegelung unter Belastung losreißen. Bei einem Mädchenkleid wiederum ist der Gürtel so geraten, dass die kleinen Trägerinnen Gefahr laufen, sich in dem Accessoire zu verheddern und zu stürzen. Noch riskanter soll allerdings die Verwendung von allerlei Spielzeugen wie Plüschtieren, „Activity-Bällen“ für Säuglinge und Holzautos sein. Hier warnten die Hersteller unisono vor Kleinteilen, die abfallen und somit dann auch von den Kindern verschluckt werden könnten, was im Extremfall die Gefahr des Erstickens birgt. Als gefährlich gilt zudem die Benutzung der Schnullerkette „Sterntaler“, denn dieses

„Produkt verfügt nicht über die erforderlichen Belüftungsöffnungen“, die Babys frei atmen lassen.

#### Krebserregende Zusatzstoffe

Besonders häufig erfolgten Rückrufe auch wegen produktionsbedingter Fremdkörper aus Glas, Gummi, Plastik oder Metall in Lebensmitteln. Binnen weniger Tage wurde hier dringend vom Verzehr bestimmter Eierteigwaren, Spinat- und Grünkohlkonserven, Chili-Käse-Nuggets, Karamell-Meersalz-Schokolade, einer weit verbreiteten Mayonnaisesorte sowie gemahlenem Kümmel der Marke „ganz öko“ abgeraten.

Des Weiteren fanden sich Schimmelpilzgifte in Birnensaft und Sonnenblumenkernen sowie toxische Alkaloide in Pfefferminztees und Bio-Weizenkleie. Acht Rückrufe erfolgten außerdem wegen krankmachender Bakterien wie Salmonellen, Listerien und Pseudomilzbrandregger der Art Bacillus cereus. Diese können

zu schweren Magen-Darm-Infektionen sowie zur Blutvergiftung, Hirnhautentzündungen und bei immungeschwächten Personen sogar zum Tode führen. Sie waren unter anderem in Raclette-Käse, gemahlenem Ingwer, Wurst der verschiedensten Sorten, Bio-Kichererbsenmehl und einem Matjes-Probiererset enthalten – möglicherweise aufgrund von Hygienemängeln im Produktionsprozess.

Darüber hinaus mussten Reis-Produkte und Backwaren aus dem Verkehr gezogen werden, weil man darin das Insektizid Chlorpyrifos sowie diverse Phthalate, 3-MCPD-Fettsäureester, primäre aromatische Amine und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe entdeckte. Diese Substanzen gelten durchweg als krebserregend.

Und dann wären da noch zwei Rückrufe aus vergleichsweise harmlosen Gründen wie einer abweichenden Deklaration der Inhaltsstoffe auf dem Deckel und Boden der Verpackung sowie einer fehlenden Ausweisung von Zutaten, von denen

keine nennenswerte Gefahr ausgeht. Das letztgenannte Beispiel zeigt, dass es manche Hersteller – in diesem Falle zwei aus der Bundesrepublik – außerordentlich genau nehmen, was den Schutz beziehungsweise die Information der Konsumenten betrifft, selbst auf die Gefahr hin, das bislang makellose Renommee des Unternehmens zu beflecken.

Und auch sonst müssen die Rückrufe differenziert betrachtet werden: Pfusch und unzureichende Qualitätskontrollen vor der Auslieferung taugen keinesfalls als Aushängeschild, aber klare, umgehende Warnungen sind allemal besser als Zögern oder verschämtes Schweigen – in der Hoffnung, dass nichts passiert. Denn letztendlich ist ein verschleppter beziehungsweise gar ausgebliebener Rückruf Unterlassene Hilfeleistung im Sinne von Paragraph 323c des Strafgesetzbuchs, wenn durch den Produktmangel Gefahr für die Gesundheit oder gar das Leben von Verbrauchern besteht.

#### ARBEITSWELT

## Die Mär von den faulen Heimarbeitern

Eine Studie belegt scheinbar, dass viele im „Homeoffice“ kaum arbeiten – Doch ein näherer Blick lässt daran Zweifel aufkommen

Software-Experten werden händeringend gesucht und gut bezahlt. Aber sind sie auch stets produktiv und ihr Geld wert? Dieser Frage ging Yegor Denisov-Blanch von der renommierten US-Universität von Stanford in einer groß angelegten Studie nach, in deren Rahmen er die Arbeit von rund 50.000 Software-Fachleuten in mehreren hundert Unternehmen rund um die Welt anhand von statistischen Daten über Mausbewegungen, Tastaturanschläge und ähnliches analysierte.

Dabei ging es unter anderem darum, die Leistung in Heimarbeit und im klassischen Büro zu vergleichen. Das Ergebnis seiner Untersuchungen fasste der frühere

Olympia-Gewichtheber und nunmehrige Betriebswirtschaftler Denisov-Blanch folgendermaßen zusammen: „Es ist verrückt, knapp zehn Prozent der Softwareingenieure tun fast nichts, beziehen aber dennoch Gehalt.“

Diese Beschäftigten, welche angeblich Teams unfair belasten, Unternehmensressourcen verschwenden oder gar den technischen Fortschritt hemmen, nennt er „Geisteringenieure“. Überdurchschnittlich viele davon sollen außerhalb eines festen Büros beziehungsweise von zuhause aus arbeiten. Dagegen liegt der Anteil der ineffizienten IT-Mitarbeiter, die direkt in der Firma tätig sind, laut De-

nisov-Blanch nur bei sechs Prozent. Bemerkenswert dabei ist, dass keine grundsätzlichen Unterschiede zwischen kleineren Unternehmen und Großkonzernen zutage traten. Obwohl der Studienautor sich strikt an die geltenden Datenschutzregelungen und darüber hinausreichende ethische Standards hielt, was den unproduktiven Mitarbeitern absolute Anonymität garantierte, brach eine Welle der Kritik über ihn herein und viele Betroffene traten persönlich an Denisov-Blanch heran. Aufgrund dessen konnte er drei Gruppen von „Geisteringenieuren“ identifizieren.

Da sind zum Ersten jene, die mehrere IT-Jobs gleichzeitig ausüben, um bes-

ser zu verdienen. Diese stehen ihren verschiedenen Arbeitgebern logischerweise nur eingeschränkt zur Verfügung. Zum Zweiten gibt es viele Software-Spezialisten, welche die Freude an der Arbeit verloren haben und bloß noch auf „Sparflamme“ agieren. Dazu kommt die kleine Gruppe Nummer Drei, bestehend aus böswilligen Nichtstuern, die vorsätzlich betrügen oder gar Schaden anrichten.

Aus den Reaktionen auf die Befunde von Denisov-Blanch geht aber auch hervor, dass seine Schlussfolgerungen anhand der Menge der Tastaturanschläge und ähnlicher Kriterien vielfach zu kurz

greifen. So verwiesen etliche Software-Experten auf ihr breites Aufgabenspektrum, das mehr beinhalte, „als nur Codes zu produzieren“.

Andere wiederum brachten Beispiele für monatelange arbeitsintensive Suchen nach verdeckten Fehlern, die dann mit wenigen Handgriffen aus der Welt zu schaffen waren. Zudem hieß es, die Führungskräfte der beteiligten Unternehmen hätten nur von eigenen Versäumnissen ablenken wollen. Angesichts all dessen lautete das Urteil eines IT-Fachmanns über die Studie kurz und bündig: „Das ist der größte Haufen Betriebswirtschafts-Scheiße, den ich je gesehen habe.“ W.K.

## NEIDENBURG

## Eine kleine, aber feine Veranstaltung

Nur wenige Schülerinnen nahmen am diesjährigen Walter-Kollo-Wettbewerb des deutschen Liedes teil

VON UWE HAHNKAMP

**A**m diesjährigen Walter-Kollo-Wettbewerb des deutschen Liedes nahmen nur wenige Grundschüler teil, die im Kreis Neidenburg Deutsch als Sprache der nationalen Minderheit lernen. Die sechste Ausgabe der Veranstaltung Anfang Mai im Rittersaal der Neidenburger Burg glänzte dafür durch ein hohes Niveau. Eingeladen hatten die Gesellschaft der Deutschen Minderheit in Neidenburg und die Grundschule „Johannes Paul II.“ in Grünfließ.

Die polnische Politik, die in den letzten Jahren die wöchentlichen Unterrichtsstunden für Deutsch als Sprache der nationalen Minderheit reduziert hatte, wirkt sich auch heute noch aus, obwohl diese Diskriminierung inzwischen aufgehoben ist. Für eine gute sprachliche Bildung und besonders für das Erlernen von Liedtexten und Melodien sind nun einmal mehr als eine Wochenstunde notwendig. Darüber hinaus haben einige Künstlerinnen der letzten Jahre inzwischen die Grundschule hinter sich und dürfen beim Wettbewerb des deutschen Liedes nicht mehr antreten. Zu guter Letzt fiel krankheitshalber noch eine Kandidatin aus.

### Breite finanzielle Basis

Den Organisatoren Sabina Regula von der Neidenburger Gesellschaft der Deutschen Minderheit und Rafał Ziółkowski, dem Direktor der Grundschule „Johannes Paul II.“ in Grünfließ, die den Wettbewerb auch moderierten, war es auch in diesem Jahr gelungen, die Veranstaltung auf breiter Basis zu finanzieren. Neben Geldern des deutschen Ministeriums des Inneren und für Heimat über den Ver-



Präsentierte das Lied „Die immer lacht“: Die Schülerin Maria Dytrych aus Grünfließ

Foto: U.H.

band der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) gab es reichlich Unterstützung aus der Region. Dabei steuerten der Bürgermeister von Neidenburg Jacek Kosmala als Schirmherr, der Landkreis Neidenburg, das Zentrum für Gemeinsame Dienstleistungen in Neidenburg, die Genossenschaftsbank in Neidenburg, die Konsumgenossenschaft „Spolem“, sowie die Kreisgemeinschaft Neidenburg in der Bundesrepublik Mittel, Spenden und Hilfe bei.

Übrigens ist der Namensgeber des Wettbewerbs einer der berühmtesten Neidenburger. Walter Kollo wurde 1878 hier geboren, und kam nach Arbeit in Theatern

in Königsberg und Stettin nach Berlin, wo er sich ab 1910 mit Werken der leichten Unterhaltung einen Namen machte. Einer seiner bekanntesten Titel ist „Die Männer sind alle Verbrecher“. Sein Sohn Willi trat in seine Fußstapfen, sein Enkel war der in Deutschland sehr bekannte Tenor René Kollo und auch die Urenkelin Nathalia Kollo singt professionell.

### Gute Stimmen, gute Sprache

Auf die Bühne wagten sich am Vormittag des 8. Mai neun Sängerinnen aus Lahna, Roggenhausen, Rontzken und Grünfließ in drei Altersklassen. Unter dem Bild von Walter Kollo trugen sie jeweils zwei Lieder

vor, mit denen sie Jury und Publikum beeindruckten wollten. Mit Argusaugen und geschärften Ohren verfolgten die drei Mitglieder der Jury, Ela Lubkowska vom Chor der Neidenburger Gesellschaft der Deutschen Minderheit, Marcin Bąkowski, der Dirigent dieses Chors, und der Autor dieses Artikels als Vertreter der Deutschen Minderheit in der Region die Auftritte.

Jury, Eltern, Lehrerinnen und Organisatoren gleichermaßen sorgten in einer angenehmen Atmosphäre dafür, dass sich die Nervosität bei den Künstlern in Grenzen hielt. Trotzdem war sie bei ein, zwei kleinen technischen Verzögerungen zu spüren. Nicht jedoch bei Maria Dytrych

aus Grünfließ. Die Siegerin des letzten Jahres geht inzwischen in die achte Klasse der Grundschule und wird im nächsten Schuljahr auf das Lyzeum wechseln. Sie präsentierte das Lied „Die immer lacht“ von Kerstin Ott und wagte sich sogar an ein A-Cappella-Stück. Die restlichen Kandidatinnen und Kandidaten blieben bei musikalischer Begleitung von der CD.

### ...und der Walter geht an...

„Die immer lacht“ bescherte auch Lena Wizla aus Rontzken in der Kategorie der Klassen 4 bis 6 den zweiten Platz. In dieser Altersgruppe hatte die Jury bei sechs Interpreten keine leichte Aufgabe, beim durchgängig hohen Niveau entschieden Kleinigkeiten bei Auftritt, Singstimme oder Einfühlen in den Text. Das Spektrum der gewählten Lieder reichte von „Ich habe einen Papagei“ – Aleksander Korzeniowski als einziger Junge – bis zu Rammsteins „Die Sonne“, das Nikola Brudzińska, ebenfalls aus Rontzken, vortrug. Gewonnen hat die Kategorie Julia Skoniecka aus Lahna mit Rolf Zuckowskis „Als ich ein Baby war“.

Die „Walter“ – also Skulpturen mit Mikrophonen als Andenken – bekamen übrigens nicht nur die Sieger, sondern alle Teilnehmer, die Lehrerinnen für die Vorbereitung ihrer Schützlinge und die Jury für die schwierige Arbeit der Entscheidung. Diplome und Sachpreise verteilten in diesem Jahr Bożena Chmielewska, die Vizelandrätin des Kreises Neidenburg, und Joanna Dobroń, die Direktorin des Zentrums für Gemeinsame Dienstleistungen in Neidenburg. Bleibt zuletzt nur zu hoffen, dass einige Interpreten auch in Osterode beim woiwodschaftsweiten Wettbewerb des deutschen Liedes zu hören sein werden.

## KÖNIGSBERG

## Impressionen einer Reise in die Heimatstadt Kants

Kranzniederlegung, Veranstaltungen und Markenzeichen – Der große Philosoph wird in der ganzen Stadt gefeiert

Von Reisen ins Königsberger Gebiet wird abgeraten oder genauer: Es wird immer wieder publiziert, Reisen „dorthin“ seien eigentlich gar nicht möglich. So steht in der „Kulturkorrespondenz Östliches Europa“ vom 2. Quartal 2025 in einer Reportage von Dawid Smolorz viel von den Gefahren an den Grenzen der Oblast. Höhepunkt ist die Bildunterschrift: „Kaum Betrieb am Grenzübergang Heiligenbeil [Grzechotki - Mamonowo]“. Ob der Autor jemals da war? Die Autoschlagen, darunter viele Autos mit deutschen Kennzeichen, sind beträchtlich, die Abfertigung der deutschen Linienbusse geht mit zwei bis drei Stunden relativ zügig.

Der mehrstöckige Bus mit einem Anhänger für das Gepäck von Bielefeld über Berlin rappellvoll mit Gästen, die von Königsberg in alle Richtungen weiterfliegen oder -fahren. So kam ich zu Kants Geburtstag in Königsberg an, wo am 22. April nur eine Kranzniederlegung am Kant-Grab stattfand und die Veranstaltungen der Universität ohne Öffentlichkeit abliefen. Aber Kant ist überall gegenwärtig, angebetet von den Russen und die größte Attraktion. Das wurde augenfällig, als am 27. April ein „Streetfood-Festival“ auf der Dominsel stattfand. Es war Sonntag,

strahlende Sonne und frische Brise vom Pregel.

### Kant als Publikumsmagnet

Eine Menschenmenge bewegte sich zur Dominsel. Der Markt erstreckt sich vom Vorplatz des Domes bis zum Aufgang zur Hochstraße. „Hier ist des Volkes wahrer Himmel“, meinte dereinst Goethes Doktor Faustus. Aber hier in Königsberg war „der Völker wahrer Himmel“. Besucher

aus aller Welt flanierten zwischen den Buden und Ständen, wo viele Nationen ihre Spezialitäten anboten. Man konnte gar nicht alles anschauen oder gar probieren; koreanische Küche, asiatischen Plof, deutsche Würstchen, russische Soljanka oder chinesischen Backfisch. Kant war auch auf diesem Jahrmarkt gegenwärtig. Das Modell von Daniel Rauch stand da, allerdings aus Pappe, aber die Besucher konnten dem Weltweisen die

Hand geben und sich mit ihm fotografieren lassen.

Das Kant-Café erweist sich als echte Überraschung. Auf Russisch steht überall „Bulitschki Kanta“, so der offizielle Name: „Kants Brötchen“. Ein „Brötchen“ gibt es dort aber nicht, sondern eine köstliche Komposition aus Hefeteig mit Karamell und raffiniertem Beiwerk aus Nüssen und Mandeln. Ansonsten ist alles auf Familien eingestellt, wie überall im Königsberger Gebiet. Kindersitze und Spielecken in Cafés sind üblich. So wird Kant auch von Kindern im Wagen und auf Papas Arm besucht. Uns wurde immer wieder versichert, dass nicht nur Jahrmarkt und Belustigung an einem solchen Tag stattfinden. Am Abend gibt es ein Konzert und wissenschaftliche Vorträge, also Kunst und Kultur.

Königsberg boomt. Es wird gebaut und renoviert und restauriert. In dem halben Jahr seit meinem letzten Besuch im September 2024 sind weitere Wohnblöcke entstanden, vom Auto aus sieht man oft eine Skyline – ist man in New York? Auf dem Land entstehen Neubausiedlungen mit Einfamilienhäusern, pompösen Villen und attraktiven Mietshäusern. Bauland wird angepriesen, die Leute sollen kaufen und

bauen, Kredit wird überall angeboten. Die „Kaliningrader Oblast“ soll zur Vorzeigeregion werden oder ist es bereits. Königsberg ist die westliche Metropole, und die Seebäder, durch die neuen Autobahnen verbunden, wurden im April vor der Saison auf Hochglanz gebracht. Längst sind es mondäne Städte geworden. Besonders für russische und asiatische Touristen ist das Samland der große Geheimtipp. Zwei Millionen Touristen werden für dieses Jahr im Gebiet erwartet.

Wir alten Ostpreußen bekommen nostalgische Gefühle in dieser modernen Welt. Dann denkt man an die „alten Zeiten“, als wir endlich die Vaterstadt sehen durften, die damals so ganz anders aussah. Jetzt ist das „Haus der Räte“ weg. Für die Nostalgiker fehlt ein Orientierungssymbol, egal ob es schön oder hässlich war. Dafür tut es dann wieder der Seele gut, auf Schachteln für Marzipan Königin Luise, Kant und das Schloss zu sehen und die Leckereien mit dem Konterfei von E.T.A. Hoffmann und Herzog Albrecht auspacken zu können. Für die berechtigte Klage der Landsleute im Westen, dass die Kenntnisse und das Interesse am deutschen Osten immer mehr zurückgehen, hält die Heimat ein Trostpflaster bereit. *Bärbel Beutner*



Erinnerung daran, dass Königsberg einst deutsch war: „Waffelhaus“ in der Stadt

## Wir gratulieren...



## ZUM 102. GEBURTSTAG

Genzen, Erna, geb. Plietzka, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 4. Juni

## ZUM 101. GEBURTSTAG

Borowski, Edith, geb. Pauliks, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 30. Mai

## ZUM 99. GEBURTSTAG

Denning, Lieselotte, geb. Synowski, aus Prostken, Kreis Lyck, am 3. Juni

Jaritz, Elisabeth, geb. Böhm, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 4. Juni

Rückemann, Ruth, geb. Lottermoser, aus Finkenschlucht, Kreis Ebenrode, am 31. Mai

## ZUM 98. GEBURTSTAG

Cziesso, Hilde, geb. Daduna, aus Loen, Kreis Lyck, am 2. Juni  
Schmidt, Irma, geb. Hoff, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 3. Juni  
Westphal, Walburga, geb. Malies, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 82, am 2. Juni

## ZUM 97. GEBURTSTAG

Bialojan, Felix, aus Lyck, Hindenburgstraße 29, am 4. Juni  
Bott, Gerda, geb. Sembritzki, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, und aus Auglitten, Kreis Lyck, am 4. Juni  
Graschtat, Herbert, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 2. Juni  
Kohn, Charlotte, geb. Klemusch, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 31. Mai

## ZUM 96. GEBURTSTAG

Bulda, Gerda, geb. Pyko, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 2. Juni  
Döbler, Gertrud, geb. Pinnow, aus Wehlau, am 2. Juni  
Freundlieb, Margarete, geb. Joswig, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 2. Juni

Kobus, Otto, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 5. Juni  
Linde, Elisabeth, aus Wehlau, am 31. Mai

## ZUM 95. GEBURTSTAG

Fierke, Irmgard, geb. Zeranski, aus Hardichhausen, Kreis Neidenburg, am 4. Juni  
Frank, Alfred-Kurt, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 30. Mai  
Krause, Pfr. Egbert, aus Ortelsburg, am 31. Mai  
Rossol, Gerda, geb. Braasch, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 2. Juni  
Seigies, Edith, geb. Dübus, aus Diebauen, Kreis Treuburg, am 5. Juni  
Utesch, Hildegard, geb. Melzer, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Juni

## ZUM 94. GEBURTSTAG

Buy, Franz du, aus Reppenstedt, Kreis Wehlau, am 31. Mai  
Ehrenfried, Horst, aus Lyck, Lüdendorffstraße 12, am 3. Juni  
Gerden, Josef, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 3. Juni  
Hörl, Irmgard, geb. Bahlo, aus Lyck, Danziger Straße 3, am 5. Juni  
Hoffmann, Alfred, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 2. Juni  
Ouart, Waltraut, geb. Kasprk, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 3. Juni  
Preuß, Herbert, aus Taabern, Kreis Mohrunen, am 31. Mai  
Rieck, Heinz, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 4. Juni  
Römstedt, Edeltraud, geb. Lange, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 1. Juni  
Ruppenstein, Dettmar Erwin, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 3. Juni  
Ruschenski, Heinz, aus Prostken, Kreis Lyck, am 4. Juni  
Scheffler, Karin, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 5. Juni  
Schnurpfeil, Else, geb. Stallbaum, aus Norgau, Kreis Fischhausen, am 31. Mai  
Szostak, Hartmut, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 5. Juni  
Weber, Hedwig, geb. Schulz, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 31. Mai

## ZUM 93. GEBURTSTAG

Augustin, Siegfried, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 30. Mai  
Hoyer, Reno, aus Reipen, Kreis Wehlau, am 5. Juni  
Kliß, Ingrid, geb. Malinka, aus Schwarzberge, Kreis Lyck, am 31. Mai  
Mundry, Helga, geb. Wichmann, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Juni  
Mundt, Ilse, geb. Bendzko, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 1. Juni  
Onischke, Anni, geb. Nitsche, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 3. Juni  
Schröter, Hildegard, geb. Jelowik, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 3. Juni  
Vieten, Waltraud, geb. Karschau, aus Georgenswalde, Kreis Fischhausen, am 31. Mai

## ZUM 92. GEBURTSTAG

Berg, Elli, geb. Godszinski, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 5. Juni  
Czimczik, Edelgard, geb. Berg, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 3. Juni  
Dombrowski, Hildegard, aus Georgenthal, Kreis Mohrunen, am 2. Juni  
Gründemann, Waltraut, geb. Müller, aus Boyden, Kreis Mohrunen, am 2. Juni  
Helle, Anita, geb. Rossbach, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 30. Mai  
Kropp, Ilse, geb. Dilkus, aus Heidekrug, Kreis Schloßberg, am 26. Mai  
Leidert, Wanda, geb. Zagermann, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 3. Juni  
Malec, Eva Maria, geb. Brosowski, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 30. Mai  
Nehls, Gerda, geb. Kirsch, aus Schertingswalde, Kreis Mohrunen, am 5. Juni  
Nörenberg, Edith, geb. Borowy, aus Statzen, Kreis Lyck, am 31. Mai  
Pietrock, Erika, geb. Naujoks, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 4. Juni  
Pietrzyk, Gerda, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 4. Juni  
Reineke, Christiane, geb. Schupetta, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 31. Mai  
Waschull, Anita, geb. Ferber, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 31. Mai

## Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

## Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Termine 2025

21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrienen  
19. bis 21. September: Geschichtsseminar in Helmstedt  
4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (gT) in Allenstein  
6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt  
7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (gT) in Wuppertal

8. bis 9. November: Ostpreußische Landesvertretung (gT) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo



## ZUM 91. GEBURTSTAG

Echle, Inge, geb. Armbrust, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 30. Mai  
Geschke, Dietrich, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 5. Juni  
Haas, Irmgard, geb. Kottowski, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 4. Juni  
Hessmer, Edeltraud, geb. Stascheit, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 30. Mai  
Köppen, Edith, geb. Kutzinski, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 30. Mai

## ZUM 90. GEBURTSTAG

Bach, Helena, geb. Fröhlich, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 1. Juni  
Bessert, Christel, geb. Grünke, aus Pittehenen, Kreis Mohrunen, am 30. Mai  
Brandjen, Hildegard, geb. Feihl, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 2. Juni

Drews, Herta, geb. Patz, aus Patterschobensee, Kreis Ortelsburg, am 3. Juni

Götz, Hannelore, geb. Krispin, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 5. Juni

Heinrich, Hardy, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 1. Juni

Hoffmann, Siegfried, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 1. Juni

Hose, Renate, geb. Skubich, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 5. Juni

Lawrenz, Anneliese, geb. Gudat, aus Prostken, Kreis Lyck, am 5. Juni

Linde, Marianne, geb. Bader, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 3. Juni

Meding, Brigitte, geb. Riznyk, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 5. Juni

Meistrowitz, Gerhard, aus Ebenrode, Kreis Ortelsburg, am 30. Mai

Rammoser, Edelhard, aus Schwarzenberge, Kreisgemeinschaft Schloßberg, am 3. Juni

Schulz, Dietmar, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 31. Mai

Weschke, Gertrud, geb. Zens, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 3. Juni

## ZUM 85. GEBURTSTAG

Balzereit, Brigitte, geb. Goicke, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 31. Mai

Sengutta, Horst, aus Bäregrund, Kreis Treuburg, am 3. Juni

## ZUM 80. GEBURTSTAG

Mech, Ernst, aus Omulehofen, Kreis Neidenburg, am 30. Mai  
Posdziech, Ursula, geb. Krajewski, aus Grenzdam, Kreis Neidenburg, am 5. Juni

## ZUM 75. GEBURTSTAG

Kress, Christine, geb. Kays, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 30. Mai

## Forum Baltikum – Dittchenbühne

Wieder einmal wird am Elmschörner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ ein Drama des ostpreußischen Schriftstellers Hermann Sudermann (1857-1928) für die Aufführung vorbereitet – „Johannisfeuer“. Wer war dieser Dichter, dessen Stücke auch heute noch gern auf deutschen Bühnen gespielt werden?

Zu seinen Lebzeiten galt Sudermann als naturalistischer Dramatiker gleichrangig mit Gerhart Hauptmann. Die Uraufführung eines Sudermann-Stückes war damals in Berlin ein Ereignis für die gehobene Gesell-

schaft und wurde von den Zeitungen auf der ersten Seite besprochen. Sudermann erlebte aber auch die Schattenseiten des Ruhms, er hatte Neider, und Kritiker nahmen ihn gern aufs Korn.

Das Drama „Johannisfeuer“, das insgesamt dreimal verfilmt wurde, ist von der Kritik als „eine der schönsten Liebesgeschichten der deutschen Literatur“ bezeichnet worden. In ihm geht es um eine Dreiecksge- schichte, die sich in der Zeit vor „Johanni“ mehr und mehr zuspitzt, um dann in der magischen Johannisnacht zwischen

Erfüllung und Entsamung zu ihrem Höhepunkt zu gelangen.

Die Premiere von „Johannisfeuer“ an der Dittchenbühne ist am 20. Juni um 19 Uhr – mit einem anschließenden Mittsommerfest im Hof des „Forum Baltikum – Dittchenbühne“. Weitere Aufführungen folgen am 22. Juni, 29. Juni, 6. Juli, 28. September und am 5. Oktober – jeweils um 16 Uhr.

Nähere Informationen und Karten im Büro des „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Telefon (04121) 89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.



## Zusendungen für die Ausgabe 24/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 24/2025 (Erstverkaufstag 13. Juni) bis spätestens **Dienstag, den 3. Juni**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

## Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck  
Telefon (040) 4140080  
E-Mail: grodeck@paz.de

## Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
Herrn Bundesgeschäftsführer  
Dr. Sebastian Husen  
Buchstraße 4  
22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Im Siebten Himmel: Szenenbild aus „Johannisfeuer“

Bild: Forum Baltikum – Dittchenbühne

## Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



### Bayern

**Vorsitzender:** Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

### Jahreshauptversammlung

**Ansbach** – Freitag, 30. Mai, 18 Uhr, Gasthaus zur Sommerfrische, Oberhäuser Straße 38: Treffen des Kreisverbands der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Pommern und Brandenburg in Ansbach zur Jahreshauptversammlung und zum Königsberger Klopse-Essen. *Heide Bauer*

### Ostpreußen

**Hof** – Sonnabend, 14. Juni, 15 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: Treffen zum Thema „Ostpreußen“.



### Hessen

**Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

### Brauchtumsnachmittag

**Bad Vilbel** – Sonnabend, 14. Juni, 13 Uhr: Brauchtumsnachmittag des BdV mit Musik- und Tanzgruppen beim 62. Hessentag.

### Landeskulturtagung

**Wetzlar** – Sonnabend, 14. Juni, und Sonntag, 15. Juni, Saal 2, Stadthalle: Tagung der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Hessen. Weitere Einzelheiten zu Programm, Tagungsgebühr und ähnliches werden noch bekannt gegeben. Interessenten können die Anmeldeunterlagen nach Erscheinen bei Dieter Schetat unter Telefon (06122) 15358 anfordern.

### Auswanderung gen Osten

**Wetzlar** – Dienstag, 17. Juni, 11 Uhr, Senioren-Residenz Casino Wetzlar, Kalsmuntstraße 68: „Auswanderung der Vorfahren Richtung Osten“, Vortrag von Margarete Weise. *Kuno Kutz*

### Landesehrenbrief für Kutz

**Hüttenberg** – Mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen werden Personen für besonderes ehrenamtliches Engagement im Bereich der demokratischen, sozialen oder kulturellen Gestaltung der Gesellschaft vom Hessischen Ministerpräsidenten ausgezeichnet. Seit 1973 werden jährlich Auszeichnungen vorgenommen.

Kuno Kutz ist insbesondere im Bereich der kulturellen ehrenamtlichen Arbeit aktiv. Er selbst ist Heimatvertriebener und wirkt aufgrund seiner persönlichen Biografie in der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen (LOW) mit. Er ist Vorsitzender der Kreis-

gruppe Wetzlar und Landes-Schatzmeister der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen in Hessen. Darüber hinaus engagiert er sich im Bund der Vertriebenen (BdV). Hier leitet er die Ortsgruppe Wetzlar und ist in der Kreisgruppe Wetzlar Schatzmeister. Der 1941 geborene Kutz ist seit 2004 und damit über 20 Jahre in den unterschiedlichen Vereinigungen und Funktionen eingebunden. Der Landesverband des Bundes der Vertriebenen Hessen hat ihn für seinen außergewöhnlichen Einsatz bereits mit der goldenen Ehrennadel ausgezeichnet.

Im Rahmen einer kleinen Feierstunde hat Landrat Carsten Braun (CDU) im Namen des Ministerpräsidenten die Auszeichnung vorgenommen. Gastgeber der Feierstunde war Hüttenbergs Bürgermeister Oliver Hölz, der die Räumlichkeiten im Rathaus zur Verfügung gestellt hat. Über die weiteren Gratulanten Magarete Ziegler-Raschdorf, die frühere

Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Gerd-Helmut Schäfer (Landesvorsitzender der Ost- und Westpreußen Hessen), Michael Hundertmark (Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Hessen) sowie weitere Weggefährten und Freunde freute sich mit ihrem Ehemann auch Christa Kutz.

*M. H.*



### Niedersachsen

**Vorsitzende:** Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, **Schriftführer** und **Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Helmut E. Papke, Söllweg 7, 29345 Unterlüß, Telefon (05827) 4099850. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968

### Pruzen-Roman

**Oldenburg** – Mittwoch, 11. Juni, 15 Uhr, Stadthotel, Hauptstraße 38, Oldenburg-Eversten, Telefon (0441) 5009-0: Prof. Dr. Fröhlich stellt seinen Pruzzen-Roman „Mit Gott, Schwert und Feuer“ vor. Denken Sie bitte an Ihren Verzehr am Veranstaltungsort.



### Sachsen

**Vorsitzender:** Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

### Filmnachmittag

**Dresden** – Dienstag, 17. Juni, 14 Uhr, Büro, Großhainer Straße 96: Filmnachmittag zur Heimat Ost-Westpreußens. *Edith Wellnitz*

### Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

**Flensburg** – Frühlingszeit – Spargelzeit, so auch bei den VLM FL. Ein kleiner Kreis von gerade 14 Mitgliedern wollte sich den wie immer reichlichen Mittagstisch nicht entgehen lassen und war in das TSB-Heim, dem Stammlokal des eingetragenen Vereins der VLM, gekommen; ein besonderes Programm gab es dabei nicht. Der Vorsitzende machte einige Ankündigungen, danach war Zeit zum ausgiebigen Plachandern, was alle Teilnehmer sehr genossen.

*Michael Weber*



### Schleswig-Holstein

**Vorsitzender:** Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

### Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

**Flensburg** – Pfingstfreitag, 6. Juni. Halbtagesfahrt mit Mittagessen Gasthof Victoria Winnemark, Phono-Museum und Kaffeetrinken. Eine Anmeldung war notwendig.



### Ostpreußisches Landesmuseum

Sonntag, 1. Juni, 14 Uhr, 1,50 Euro zuzüglich. Museumseintritt: **Zeitgenössische Kunst aus Estland. Öffentliche Sonntagsführung** mit Ulrike Hennecke. Die Lüneburger Künstlerin und Kunsterzieherin Ulrike Hennecke, Absolventin der Akademie für Bildende Kunst an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz, führt Sie durch die aktuelle Sonderausstellung „Depicting the Future. Variations – Neue Kunst aus Estland“. Dabei verknüpft sie die zeitgenössische estnische Kunst mit aktuellen Lüneburger Positionen zu der in der Ausstellung aufgeworfenen Frage der Zukunft der Kunst. Möglich wird dies auch durch Henneckes eigene Beteiligung an der vor einem Jahr in Tartu von Lüneburger Künstlerinnen und Künstlern präsentierten Ausstellung, die im April im Lüneburger Heinrich-Heine-Haus zu sehen war.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Dienstag, 3. Juni, 14.30 Uhr, 7,- Euro inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Die Schreinemadonna – Ein spätmittelalterliches Kultobjekt. Führung und Vortrag** mit Kurator Jan Rüttinger in der Reihe „Museum Erleben“.

Die Elbinger Schreinemadonna ist ein echter Hingucker. In der Veranstaltung soll das Werk aber in einen größeren Kontext gestellt werden und der Frage nach der Geschichte dieses speziellen Typs eines Kultobjektes nachgegangen werden. Die Marienikonographie sowie ihre spezielle Ausprägung in der Schutzmantelmadonna bilden den Rahmen, in den die spätgotische Schreinemadonna aus der Elbinger Burgkapelle eingeordnet werden soll. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

**Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung** Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Internet: www.ol-ig.de



Für Ehrenamt ausgezeichnet: Kuno Kutz (Mitte) mit Landrat Carsten Braun (rechts) und Hüttenbergs Bürgermeister Oliver Hölz (links)

## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die  Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder  Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

### Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-04-C



# Abonnieren Sie die PAZ

## und sichern Sie sich Ihre Prämie

### Prämie 1: Leuchtglobus



### Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

### Prämie 2: Renaissanceglobus



### Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouten von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)



## Kulturseminar

## Ostpreußen Land, Geschichte – Kultur

Das Seminar der Landsmannschaft Ostpreußen bot einen vielschichtigen Blick auf eine komplexe Vergangenheit

Am letzten Wochenende im April fand in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt das Kulturseminar „Ostpreußen Land, Geschichte – Kultur“ statt. Die Veranstaltung richtete sich an Teilnehmer aus ganz Deutschland, die auf unterschiedliche Weise mit Ostpreußen verbunden sind. So gab es in der Heimat Geborene, Teilnehmer mit familiären Wurzeln in Ostpreußen, angeheiratete „Beuteostpreußen“ oder an Kultur und Geschichte der Provinz interessierte Nichtostpreußen. Das Land wird und muss heute aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet werden. Viele Menschen blicken mit einer gewissen Nostalgie und Bewunderung auf Ostpreußen, seine reiche Kultur und beeindruckende Geschichte zurück. Dieser Blick auf Ostpreußen ist geprägt von einer positiven Einstellung und dem Wunsch, die kulturellen Wurzeln zu bewahren und weiterzugeben. Andererseits ist die Geschichte Ostpreußens auch von schweren Ereignissen geprägt. Die Flucht und Vertreibung der Bewohner nach dem Zweiten Weltkrieg hat tiefe Wunden hinterlassen. Viele Familien mussten ihre Heimat, ihre Häuser und Nachbarn verlassen. Diese tragischen Geschehnisse sind ebenso ein wichtiger Teil der Geschichte, der nicht vergessen werden darf. Hierzu zählen auch die Wolfskinder. Über deren Schicksal berichtete der erste Referent Günter Toepfer, genauer gesagt über eine Gruppe von ursprünglich 28 Wolfskindern in Tauroggen in Litauen, zu denen er nach dem Mauerfall Kontakt aufgenommen hatte.

**Schicksal von 28 Wolfskindern**

Eine treffende und kurze Definition auf [www.wolfskinder-geschichtsverein.de](http://www.wolfskinder-geschichtsverein.de) lautet: „Wolfskinder ist die Bezeichnung für anhanglose deutsche Kinder und Jugendliche, die im Frühjahr 1947 dem drohenden Hungertod im nördlichen Ostpreußen zu entgehen versuchten, aus diesem Grund in Litauen in außerdeutsche Zusammenhänge gerieten und infolgedessen ihre Herkunft zeitweise oder mit Hilfe einer neuen Identität gar dauerhaft verschleiern mussten.“

Toepfer besuchte die Gruppe bereits 67-mal, bildlich dargestellt ist es eine Strecke von 3,5-mal um die Erde. In der Zeit konnte er wichtige Hilfe leisten und half vielen der Wolfskinder bei der Suche nach ihrer deutschen Identität. Ein nicht einfaches Unterfangen, hatte er oftmals nur einen Vornamen als Ausgangspunkt. Das gelang ihm auch bei Gisela, die nach 64 Jahren wieder ihre Geschwister im Arm halten durfte. Die Wolfskinder ließ er selbst zu Wort kommen. In einem 70-minütigen Film erzählten sie von den Entbehrungen ihrer Kindheit. Sätze wie: „Wir aßen Hunde und Katzen, die anderen aßen auch Ratten, aber Ratten aßen wir nicht...“ prägten sich tief in das Gedächtnis der Seminarteilnehmer ein.

Bitter ist, dass der Referent trotz umfangreicher Bemühungen bis heute keinen deutschen Sender gefunden hat, der die eindrücklichen Zeitzeugenberichte der Wolfskinder ausstrahlen will. Für



Von Elchen, Architektur und langen Wintern: (v. l.) Lienhard Hinz, Steffen Adam, Dr. Christoph Hinkelmann

Bild: Andreas Galenski



Von Agnes Miegel, den Prußen und Wolfskindern: (v. l.) Jörn Pekrul, Prof. Dr. Jürgen Sarnowsky, Günter Toepfer

Bild: Andreas Galenski

seine humanitären Bemühungen wurde Toepfer mit dem Verdienstkreuz von Estland, dem Vytis-Kreuz von Litauen und dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Der erste Vortrag am Sonntagabend handelte von den Prußen und den Ursprüngen Preußens. Hierfür konnte der Seminarleiter und Bundesgeschäftsführer der Landsmannschaft Ostpreußen, Dr. Sebastian Husen, den Historiker Prof. Dr. Jürgen Sarnowsky gewinnen. Der emeritierte Professor für Mittelalterliche Geschichte an der Universität Hamburg gilt als einer der besten Kenner der Entwicklung der geistlichen Ritterorden im mittelalterlichen Europa und der Geschichte des Deutschordensstaates.

In seinem Vortrag ging er zunächst auf das Bild der Prußen in der frühen Historiographie ein. Einen interessanten Aspekt bildeten die Darstellungen des Chronisten Peter von Dusburg über den Kampf der Prußen gegen den Deutschen Orden. Sein Hauptwerk „Chronik des Preußenlandes“ verfasste der Deutschordenspriester in Königsberg in der Zeit des Hochmeisters Werner von Orseln. Diesem händigte er auch sein Werk im Jahre 1326 aus. Einen weiteren Schwerpunkt des Vortrags stellte die Integration der Prußen in die Herrschaft des Ordens durch Christianisierung, schrittweisen Sprachverlust und Kulturtransfer dar. Der Referent verstand es, die komplexen Zusammenhänge trotz der schwierigen Quellenlage anschaulich zu erklären. Dazu sagte Sarnowsky, der auch Vorsitzender der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung ist, zum Abschluss mit einem Augenzwinkern: „Ob die verschiedenen Geschichten und Darstellungen der Prußen wahr sind oder erfunden sind, wird man vielleicht nie erfahren, aber zumindest sind sie schön erfunden worden.“

**Die Ruhmasuren**

Der nächste Referent war Dieter Chilla. Er wurde 1950 in Gelsenkirchen geboren. Sein Vater war Landwirt in Fürstenwalde im Kreis Ortelsburg und nach seiner Rückkehr aus russischer Gefangenschaft im Bergbau in Gelsenkirchen tätig. Der ehemalige Vorsit-

zende der Kreisgemeinschaft Ortelsburg und pensionierte Schulleiter sprach zum Thema: „Zwischen Bibel und Bebel – Zur Geschichte der Ruhmasuren.“

Zehntausende nachgeborene Bauernsöhne und Landarbeiter wanderten ab 1870 in das rheinisch-westfälische Industriegebiet ab. So entstand eine masurische Gemeinde an Rhein, Ruhr und Emischer. Angelockt wurden sie häufig durch übertriebene Versprechungen. 1908 hieß es in der Bochumer Bergarbeiter Zeitung: „Masuren! In rein ländlicher Gegend, umgeben von Feldern, Wiesen und Wäldern, den Vorbedingungen guter Luft, liegt, ganz wie ein masurisches Dorf, abseits vom großen Getriebe des westfälischen Industriegebietes, eine reizende, ganz neu erbaute Kolonie der Zeche Victor bei Rauxel. Diese Kolonie besteht vorläufig aus über 40 Häusern und soll später auf etwa 65 Häuser erweitert werden. In jedem Hause sind nur 4 Wohnungen, 2 oben, 2 unten. Zu jeder Wohnung gehören etwa 3 oder 4 Zimmer.“

Sicherheit in der ungewohnten Umgebung im Westen fanden die gottesfürchtigen evangelischen Masuren in den Ostpreußischen Gebetsvereinen, deren religiöse Versammlungen häufig von Laien geleitet wurden. Dieses Spannungsfeld aus tiefer Religiosität, Heimatverbundenheit und der schrittweisen Zuwendung zur Sozialdemokratie schilderte der Referent teils aus seinen Beobachtungen aus der Kindheit.

Er beendete seinen Vortrag mit dem Hinweis, dass erst die Teilnahme der Ruhmasuren am Ersten Weltkrieg und vor allem das überwältigende Bekenntnis zu Deutschland bei der Volksabstimmung 1920, zu der Zehntausende Ruhmasuren in die ostpreußischen Abstammungsgebiete gefahren waren, um für den Verbleib des südlichen Ostpreußens beim Deutschen Reich zu votieren, dazu geführt hat, dass die Ruhmasuren fortan dazu gehörten und nicht nur beim Fußball führende Positionen einnehmen konnten.

Nach der verdienten Essenspause und einem kurzen Spaziergang durch den im ersten Grün erstrahlten Lappwald wurde das Programm mit einer Sprechwerkstatt durch Lienhard Hinz über das

Wappentier Ostpreußens, den Elch, fortgesetzt. Der freiberufliche Sprecherzieher war zum wiederholten Male als Referent dabei. Unter dem Motto „Elche stehen und lauschen“ wurden Gedichte über den Elch besprochen, darunter Werke von Heinrich Eichen, Ruth Geede, Erich Hannighofer, Fritz Kudnig und Joachim Ringelnatz. Es gibt in der ostpreußischen Dichtung zahlreiche Beispiele, in denen der Elch als Motiv zu finden ist. Gemeinsam ist ihnen, dass der Elch als ein Bindeglied zur Urzeit verstanden wird. Man interpretiert ihn als Verkörperung der Ewigkeit im Gegensatz zur Nichtigkeit des menschlichen Seins.

**Über Elche sprechen**

Am Anfang der Sprechwerkstatt stand die Sprechtechnik, die Aussprache der Vokale und stimmhaften Konsonanten sowie die Explosivlaute am Wortbeginn. Danach wurden verschiedene Elchgedichte in Kleingruppen einstudiert. Jeweils eine Person der Gruppe trug das Gedicht nach einer Vorabmoderation des Referenten vor. Dieser Prozess wurde aufgezeichnet und anschließend die Tonaufnahme allen Teilnehmern als Arbeitsergebnis vorgespielt. Fünfzig Literaturfreunde waren durch aktives Mitwirken begeistert von der wunderbaren Wirkung der Heimat- und Naturgedichte über den Elch.

Wenn es um Agnes Miegel geht, dann gibt es wohl nur wenige Menschen, die mit Leben und Werk der Dichterin so vertraut sind wie Dr. Marianne Kopp, Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft, und Jörn Pekrul, dem „Königsberger Wanderer“, wie ihn die unvergessene Ruth Geede zu nennen pflegte. Kopp war dieses Mal nur Seminarteilnehmerin, also Großleinwand frei für Pekrul. Und bildreich war auch sein Vortrag über die Dichterin zwischen Zeiten und Welten. Ergänzt mit Hinweisen zu den Zeitumständen schilderte der Referent das Leben der großen Balladendichterin von der Geburt über die Schulzeit zu den frühen literarischen Versuchen.

Das erste Gedicht in einer Zoppoter Zeitung, Miegels Pariser Zeit, ihre Ausbildung zur Säuglingschwester in Berlin, Aufenthalte in England und Italien und schließlich ihre Tätigkeit als Redakteurin

des Feuilletons bei der Ostpreußischen Zeitung – das sind nur einige Etappen ihres Lebens. Bebildert hat Pekrul seine Zeitreise mit Aufnahmen der Dichterin, alten Stadtansichten und Gemälden, die den Betrachter in die Atmosphäre der damaligen Zeit versetzte und dem Vortrag eine besondere Note gaben. Im Jahr 1940 erhielt Miegel den Goethepreis der Stadt Frankfurt am Main verliehen, in der Zeit davor absolvierte die Schriftstellerin, Journalistin und Dichterin zahlreiche Vortragstermine. Die Flucht und Vertreibung führten sie über das Lager Oksbøl in Dänemark in das niedersächsische Bad Nenndorf. Mitte der 1990 Jahre erfolgte eine Neubewertung der Dichterin, plötzlich galt die Dichterin als dem Nationalsozialismus wohlgesonnen. Dabei bemerkte sie schon nach 1945 zu ihrer Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus: „Dies habe ich mit meinem Gott alleine abzumachen und mit niemand sonst.“ Bitten wir Gott, dass wir aus diesem Teil unserer Geschichte lernen, um dadurch wacher zu sein im Blick auf die geistigen Verführungen unserer Zeit und nicht, dass wir die Geschichte nutzen, um Menschen zu verurteilen – wie und weil es uns so passt. Menschen sind in Ihrer Zeit gefangen, aber auch befangen – kommentierte Pekrul zum Schluss. Für seinen in freier Rede vorgetragenen Bildvortrag erhielt der Referent tosenden Applaus.

Abends führte der Weg in die Bierklausur, die zum Kinosaal der Landsmannschaft Ostpreußen wurde. Die gesellige Atmosphäre und das gemeinsame Filmschauen haben eine verbindende Funktion. An diesem Abend stand der 2004 entstandene Film „Eigentlich sind wir (auch) von hier“ auf dem Programm, in dem die in der Schweiz lebende Filmemacherin Margit Eschenbach auf den Spuren ihrer Familie ins heute polnische Braunsberg reist.

Den Sonntag leitete der Architekt Steffen Adam aus Berlin mit seinen Ausführungen zu „Ostpreußens Beitrag zum Wohnungsbau für jedermann – 100 Jahre GEHAG“ ein. Das 1924 vom Berliner Stadtbaurat Dr. Martin Wagner, einem gebürtigen Königsberger, gegründete Unternehmen verfolgte das Ziel, breite Schich-

ten der Bevölkerung mit bezahlbarem, gesundem und nachhaltigem Wohnraum zu versorgen. Das Besondere bestand darin, dass die GEHAG eine Vielzahl von gemeinwirtschaftlich orientierten Organisationen wie Gewerkschaften, Genossenschaften, Ortskrankenkassen, Versicherungen, Konsumgesellschaft als Aktionäre in sich vereinigte.

Das wohl bekannteste Bauwerk der GEHAG ist die Hufeisensiedlung im Berliner Ortsteil Britz des Bezirks Neukölln, die zwischen 1925 und 1933 gebaut wurde. Die Bauten entstanden nach den Plänen des Architekten Bruno Taut. Taut, ebenfalls ein Königsberger, spezialisierte sich auf den Bau standardisierter Häuser, um die Kosten zu reduzieren und zeichnete mit seinen farbigen Bauten für die spezielle GEHAG-Qualität verantwortlich. Vier Siedlungen der GEHAG sind mittlerweile zum Weltkulturerbe der UNESCO erhoben worden.

**Winter in Ostpreußen**

Die langen Winter in Ostpreußen sind bis heute legendär, kälter als in Ostpreußen war es im Deutschen Reich nirgends. Ein halbes Jahr lang konnten stehende Binnengewässer unter Eis liegen. Und die Menschen, wie gingen sie um mit Schnee, Eis und Frost? Mit dem Vortrag über das „Leben auf dem Eis – Kurioses aus Ostpreußen“ versuchte Dr. Christoph Hinkelmann eine Antwort darauf zu geben.

Ausführlich erklärte der ehemalige wissenschaftliche Mitarbeiter des Ostpreußischen Landesmuseums die Eisfischerei. Einerseits das Klappernetzen mit Stellnetzen und andererseits die aufwendige Fischerei mit dem großen Wintergarn. Weit verbreitet war auch die Eiserner für die Kühlung. Dabei wurden große Eisblöcke aus der Eisfläche ausgesägt, mit Pferdefuhrwerken weitertransportiert und kunstvoll gestapelt. Mit Stroh und Sand abgedeckt, entstand so ein Eiskeller, der die kühlen Blöcke bis in den Sommer hinein konservierte. Auch Freizeit und Sport gab es im Winter, ob Eissegeln, Schlittschuhlaufen, Ski oder Eishockey. Eis und Kälte sind aber auch mit der schmerzhaften Vergangenheit unserer Landsleute verbunden. Bilder von nicht endenden Trecks bei der Flucht im Winter 1945 über das zugefrorene Haff, beschossen von russischen Tieffliegern, im Eis eingebrochene Pferde samt den Wagen, erschöpfte ausgehungerte Menschen.

Diese Bilder erinnern uns daran, wie komplex und schmerzhaft die Vergangenheit ist und fordern uns auf, das Gedenken an die Menschen und ihre Geschichten wachzuhalten. Ihre Zuwendung zu den Seminaren der Landsmannschaft Ostpreußen mit der großen Bandbreite der behandelten Themen, den qualifizierten Referenten und den engagierten Zuhörern, die sich mit ihren Beiträgen und Fragen im Rahmen der Diskussionsrunden nach den Vorträgen aktiv in das Seminar einbringen, einen wertvollen Beitrag. Das Seminar wurde durch Mittel der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ gefördert. *Andreas Galenski*

## DEUTSCHER ORDEN

# Die herrschaftliche Erde des Königsberger Doms

Luther von Braunschweig war der erste Hochmeister, der im Jahr 1335 dort bestattet wurde und damit eine alte Tradition brach

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Grabstätten der Hochmeister des seit 1199 bestehenden Ordens der Brüder vom Deutschen Hospital Sankt Mariens in Jerusalem, der später meist nur noch Deutscher Orden genannt wurde, sind über ganz Europa und den Nahen Osten verstreut. Nach der Errichtung des Deutschordensstaates auf dem Gebiet des späteren West- und Ostpreußen fanden die Hochmeister ihre letzte Ruhe – allerdings zumeist in der Krypta der pomesischen Marienburg, dem Hauptsitz der Gemeinschaft. Von dieser Tradition wich dann erst der 18. Hochmeister Luther von Braunschweig ab.

Der Sohn von Herzog Albrecht zu Braunschweig-Lüneburg erwarb sich einen Ruf als Modernisierer und sorgte für die weitere Erschließung und Besiedlung des Ordenslandes. Unter seiner Ägide erfolgte 1333 auch die Fertigstellung des Königsberger Doms. Luther, der am 13. April 1335 im Alter von etwa 60 Jahren das Zeitliche segnete, ließ sich als erster Hochmeister des Deutschen Ordens in dem neuen, prächtigen Kirchenbau auf der Kneiphof-Insel am Pregel bestatten. Dann gingen 132 Jahre ins Land, ehe der Königsberger Dom auch zur Grabstätte des 31. Hochmeisters Ludwig von Erlichshausen wurde. Das aber war nicht mehr die Folge einer freien Entscheidung des Ordensoberhauptes.

## Flucht durch die Sümpfe

Ludwig, der seit März 1450 als Hochmeister fungierte, hatte keine glückliche Hand im Umgang mit dem Preußischen Bund, dem 53 Adlige und 19 Städte angehörten. Denn er lavierte den Deutschordensstaat eher ungeschickt in den Dreizehnjährigen Krieg. Dieser endete mit dem Zweiten Frieden von Thorn vom Oktober 1466, durch den der Orden Pommerellen, das Kulmerland, das Ermland und einen Teil



Der vor gut 30 Jahren wiederaufgebaute Dom zu Königsberg aus der Vogelperspektive – nach der nahezu vollständigen Zerstörung 1944 durch britische Bomber wurden auch die alten Grabstätten ausgelöscht  
Bild: mauritius images/Westend61

Pomesaniens an Polen verlor – darüber hinaus musste der Hochmeister dem polnischen König Kasimir IV. Andreas den Untertaneneid schwören.

Zu diesem Zeitpunkt befand sich die zuvor genannte Marienburg längst in polnischer Hand. Ludwig hatte nämlich das opulente Bauwerk 1455 aus Geldmangel an seine böhmischen Söldner unter Ulrich Czerwinka verpfändet, welche den Ordenssitz 1457 kurzerhand an Kasimir verkauften. Angesichts dessen blieb dem damals schwer kranken Hochmeister nur eine strapaziöse Flucht durch Sümpfe und Wälder und über das Frische Haff nach Königsberg, wo er in der Marschallswohnung im Nordflügel des Königsberger

Schlusses Quartier bezog. Dort residierte Ludwig, bis er am 4. April 1467 starb.

## Die Knie vor Polens König beugen

Die Führung des Ordens übernahm anschließend Heinrich Reuß von Plauen, welcher sich im Dreizehnjährigen Krieg als kluger Heerführer ausgezeichnet hatte und dem nachfolgend auch die Reorganisation des Deutschen Ordens gelang. Heinrich zögerte seine formelle Ernennung zum 32. Hochmeister bis zum 17. Oktober 1469 hinaus, um das Treuegelöbnis gegenüber Kasimir IV. zu vermeiden. Dann aber musste er sich wohl oder übel nach Petrikau begeben und vor dem Polenkönig die Knie beugen.

Auf der Rückreise erlitt der Hochmeister einen Schlaganfall, dessen Folgen er am 2. Januar 1470 erlag. Danach wurde auch Heinrich Reuß von Plauen als nächster Hochmeister im Königsberger Dom zur letzten Ruhe gebettet.

An seiner Seite fanden später noch Heinrich Reffe von Richtenberg, Martin Truchsess von Wetzhausen zu Dachsbach und Johann von Tiefen Platz. Der erstere bekleidete das Hochmeisteramt von 1470 bis 1477 und ergriff strenge Sparmaßnahmen zur Konsolidierung der Ordensfinanzen. Gleichzeitig verstrickte er sich aber in Auseinandersetzungen mit den Bischöfen des Samlandes und Ermlandes, der Kurie in Rom und König Kasimir IV.

Heinrichs Nachfolger von Wetzhausen war ebenfalls nicht bereit, sich dem polnischen Herrscher zu unterwerfen und gelobte: „Ehe er welde dem Könige von Polen schweren, er welde in seinem Blute vortrincken.“ Deswegen marschierte Kasimir 1478 in das Ordensland ein, woraufhin der Hochmeister am 9. Oktober 1479 schließlich doch den verhassten Treueid leistete.

## Gegen das Osmanische Reich

Als 35. Hochmeister fungierte ab dem 1. September 1489 Johann von Tiefen, welcher das Verhältnis zu Polen umgehend wieder bereinigte, um sich dann auf die dringend nötige Reformierung des Ordens zu konzentrieren. 1497 startete er im Auftrag des neuen polnischen Königs Johann I. Albrecht einen eigenen Kreuzzug gegen das Osmanische Reich. Auf dem Weg zum Schwarzen Meer erkrankte Johann an der Ruhr und trat daraufhin die Rückreise an, allerdings erreichte er Königsberg nicht mehr lebend.

Der nächste Hochmeister Friedrich von Sachsen verweigerte dem polnischen König erneut die Huldigung und verlegte die Hochmeister-Residenz aus Sicherheitsgründen 1507 nach Rochlitz bei Leipzig. Nachdem Friedrich dort am 14. Dezember 1510 gestorben war, wurde er in der Fürstkapelle des Doms zu Meißen beigesetzt. Und auch keiner seiner Nachfolger sollte mehr im Königsberger Dom zur letzten Ruhe finden. Das resultierte aus der Umwandlung des Ordensstaates in das Herzogtum Preußen durch Albrecht von Brandenburg-Ansbach vor genau 500 Jahren.

Die Bestattung der Hochmeister des nunmehr weitgehend machtlosen Ordens erfolgte künftig in dessen neuem Hauptsitz Mergentheim sowie in Weißenburg, Madrid, Wien, Innsbruck, Freudenthal, Ladenburg, Breslau, Köln, Altmünster, Lana und Alexandersbad statt im ehrwürdigen Dom zu Königsberg.

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

# In Breslau heißt es: „Das ist Spitze!“

Niederschlesien im Aufbruch – Eine Region zwischen Schienen, Spitzen und Schätzen

Das Ethnographische Museum zu Breslau zeigt derzeit eine Ausstellung, die nicht nur Modellbahnfreunde begeistert: „Niederschlesien im Aufbruch“. Sie erzählt die Geschichte Niederschlesiens, dessen wirtschaftlicher Aufstieg bis zum frühen 20. Jahrhundert untrennbar mit dem Bau der Schlesischen Gebirgsbahn verbunden war. Die Schau erinnert auch an Menschen wie Karl Christian Kasper, die diese Geschichte für die Nachwelt bewahrten.

Die Strecke von Görlitz über Lauban [Lubań], Hirschberg [Jelenia Góra] bis Waldenburg [Walbrzych] wurde neben der Oder zur zweiten Lebensader Schlesiens – ihrer südlichen Lebensader. Als eine der ersten elektrifizierten Bahnlinien Deutschlands verband sie nicht nur Orte, sondern förderte das regionale Gewerbe, die Industrie und den Tourismus.

„Die Schlesische Gebirgsbahn hatte einen kolossalen Einfluss auf die Entwicklung der Region“, erklärt Piotr Oszczanowski, Direktor des Nationalmuseums in Breslau, zu dem das Ethnographische Museum als Abteilung gehört. „Diese Verbindung ermöglichte Kommunikation, Austausch und Wohlstand. Die Strecke verband malerische Orte, die nicht nur

wirtschaftlich profitierten, sondern auch zu touristischen Magneten wurden – ein Erbe, das bis heute spürbar ist.“

Für Ausstellungsorganisatorin Joanna Kurbiel liest sich die wirtschaftliche Dynamik entlang der Bahnlinie wie ein Kaleidoskop niederschlesischer Kreativität. „In Lauban wurden in bis zu 35 Fabriken etwa 90 Prozent aller deutschen Taschentücher produziert – so stolz, dass man dort mit dem Slogan warb: ‚Lauban putzt der Welt die Nase.‘ Im nahen Langenöls [Olszyna] erfand Robert Ruscheweyh den Ausziehtisch. Zum ersten Mal konnten alle ausziehbaren Teile in diesem Möbelstück untergebracht werden und mussten nicht irgendwo anders aufbewahrt werden. So eine ausgezogene Tafel konnte 13 Meter lang werden und Platz für 50 Leute, also für eine wirklich große Familie, bieten“, berichtet Kurbiel.

Als einen weiteren Wirtschaftsort entlang der Schlesischen Gebirgsbahn nennt sie Greiffenberg, wo sich aus einer Blaudruckerei ein bedeutender Hersteller für Arbeitskleidung entwickelte. Selbst die zarte Textilkunst – die Spitzenherstellung – blühte: In Hirschberg unterhielt Fürstin Daisy von Pless mehrere Spitzenschulen, deren Produkte im Ethnographischen



Die Laubaner Taschentuchindustrie sorgte dafür, dass sich die ganze Welt die Nase putzen konnte  
Bild: Wagner

Museum erstmals ausgestellt werden. Schlesien ist Spitze – heißt eine der liebevoll gestalteten Teile der Ausstellung. Sie zeige, so Oszczanowski, „dass Kunstfertigkeit und industrieller Erfindergeist in Schlesien oft Hand in Hand gingen“.

Doch die Ausstellung erzählt nicht nur wirtschaftliche Fakten. Sie ist auch ein persönliches Vermächtnis: Karl Christian

Kasper, 1931 in Lauban geboren, musste 1945 mit seiner Familie gen Westen fliehen. Kasper verstarb 2022 im Alter von 91 Jahren. Er hinterließ eine Sammlung von Modellbahnen und Archivalien zur Geschichte der Schlesischen Gebirgsbahn und zahlreiche eigene Publikationen zur Historie Schlesiens. Seine Sammlung ist zentraler Bestandteil der Ausstellung in

Breslau. Emilia Jeziorowska, Koordinatorin der Schau, betont: „Kasper war nicht nur Eisenbahnliebhaber, sondern ein leidenschaftlicher Regionalhistoriker. Seine Sammlung von Modellen, Dokumenten und Veröffentlichungen war für uns der Impuls, diese Ausstellung überhaupt erst zu starten.“

Kaspers Lebenswerk gelangte durch familiäre Verbindungen an Alexander Szalapski, Kurator im Schlesischen Museum zu Görlitz, das in Kooperation mit dem Ethnographischen Museum Breslau die Ausstellung realisierte. „Mit jeder der alten Bahnlinien, die heute wiederbelebt werden, kehrt ein Stück dieses regionalen Erbes zurück. Es ist mehr als Nostalgie – es ist ökonomische Realität und kulturelle Identität zugleich“, betont Oszczanowski.

Besucher des Ethnographischen Museums in der ul. Traugutta 111 können noch bis zum 17. August Kaspers Modelle bestaunen – darunter schwere E-Lokomotiven, die einst nur im Voralpenland oder eben auf der Schlesischen Gebirgsstrecke fahren. „Niederschlesien im Aufbruch“ verweist auf eine Geschichte, die dank der Erinnerungsarbeit von Kasper, zurück ins Gedächtnis der Schlesier rückt.

Chris W. Wagner

## ARCHIVALIEN

## Pommersches Erbe bedroht

Zur Bewahrung der Identität: „Die Akten gehören nicht irgendwohin, sie gehören zu uns nach Pommern!“

VON TORSTEN SEEGERT

Seit dem Jahr 2017 ist bekannt, dass die Landesregierung plant, das pommersche Landesarchiv in Greifswald am Nexö-Platz aufzugeben und eine fachgerechte Aufbewahrung anzustreben. Auch das „Wo?“ wurde 2018 zunächst mit der Neubauidée eines Pommerschen Archivzentrums – mit den Pommern- und den pommerschen Kirchenakten – neben dem Stadtarchiv beantwortet.

Doch was zunächst nach einem großen Wurf für Pommern aussah – pommersche Archivalien von Stadt, Land und Landeskirche unter einem Dach –, entpuppte sich schon bald als Mogelpackung von Kirche und Staat. Erst stieg die Nordkirche (2020) aus und schließlich auch die Landesregierung (2025). 200 laufende Meter pommerscher Kirchenakten kamen bereits inzwischen nach Schwerin und 500 nach Hamburg.

Einsicht gibt es nur noch auf Bestellung. Damit gleiches nun nicht auch noch mit weiteren Pommernakten passiert, trat der Kreistag Vorpommern-Greifswald am 7. April zusammen und sprach sich für die Sicherung der Akten und für den Neubau eines Pommerschen Landesarchivs aus. Nun machte auch der Kreistag Vorpommern-Rügen am 19. Mai das pommersche Kulturgut zum Thema.

Der Kreistag sprach sich gemeinsam mit dem Nachbarkreis Vorpommern-Greifswald nicht nur für den dauerhaften Verbleib und die wissenschaftliche Erschließung der Pommernakten in Pommern aus, sondern beauftragte seinen Landrat auch damit, sich bei der Landesregierung für den Neubau und die Mittelbereitstellung für das Pommersche Archivzentrum einzusetzen.

Julia Präkel von der CDU-Kreistagsfraktion stellte bei der Einbringung des Antrages „Gemeinsames Erbe bewahren“ klar, worum es ging und warum dieser Antrag ein so wichtiger Beschluss ist, denn: „Es geht um unsere Geschichte. Es geht um unsere Identität in Pommern.“ Und sie sagte zum Aufbewahrungsort der Akten: „Sie gehören nicht irgendwo hin. Sie



Sie brachte den Antrag zur Bewahrung pommerschen Kulturgutes in Vorpommern am 19. Mai auch in den Kreistag Vorpommern-Rügen ein: Julia Präkel von der CDU-Kreistagsfraktion  
Foto: CDU Vorpommern-Rügen

gehören zu uns nach Pommern.“ Nach der angestoßenen Debatte gab es zwei Gewissheiten: Erstens, eine Kreistagsmehrheit ist für den Verbleib der Pommernakten und eine sachgerechte Archivierung in Pommern. Zweitens, die AfD-Kreistagsfraktion ist an ihrem Anspruch, Heimatpartei zu sein, gescheitert: Sie stimmte dagegen und meinte, dass die fürs Archiv zuständige Ministerin Bettina

Martin (SPD) den Verbleib versprach, und das, obgleich weder eine Fraktion des Kreistages Vorpommern-Greifswald noch der Staatssekretär für Vorpommern, Heiko Miraß (SPD), diesen Aussagen trauen.

Fazit: Das pommersche Erbe ist bedroht! Erneut wurde ein Versprechen nicht eingelöst – sei es aus Kalkül, Geldmangel oder Unwissenheit. Im Strafgesetz ist unterlassene Hilfe strafbar, in der

Politik nicht. Auch die Mitglieder des Pommerschen Evangelischen Kirchenkreises sollten sich nicht mit dem Schicksal des Aktenverlustes zufriedengeben, sondern die sofortige Rückführung der pommerschen Kirchenakten einfordern. Dabei ist die Mehrheit der pommerschen Kommunalpolitiker beider Kreistage ein gutes Beispiel – in der Sache einig, in der Position kompromisslos.

## GESCHICHTE

## Alles begann um Greifenhagen

Vom Ursprung des pommerschen Greifengeschlechts, das seinen Namen dem stolzen Vogel verdankt

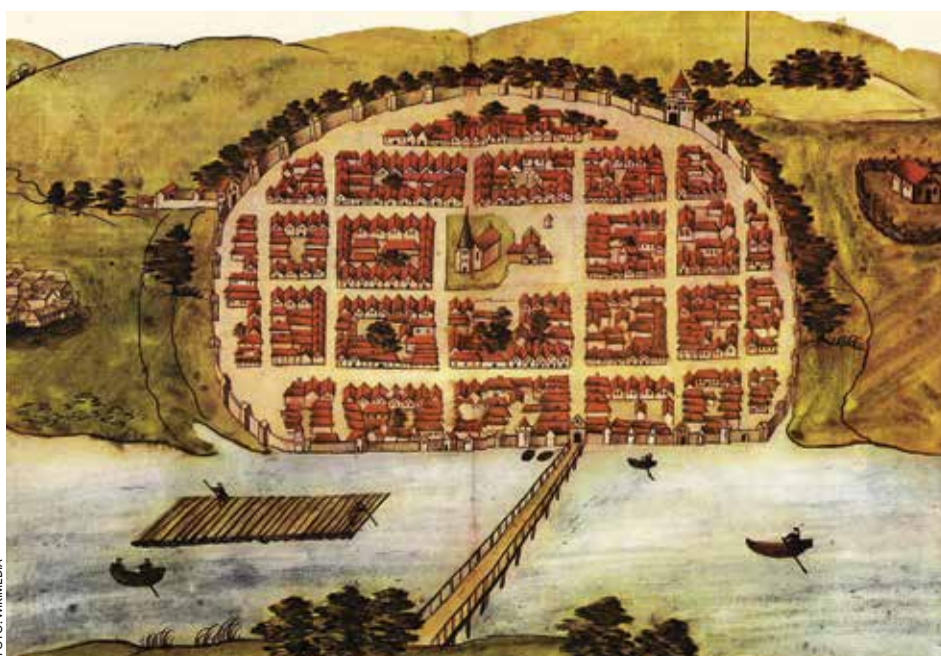
Der Nordteil des ehemaligen Kreises Greifenhagen, rings um die Buchheide, kann wohl als Wiege Pommerns bezeichnet werden, denn: Hier befanden sich einst die Stammgüter des Greifengeschlechts, deren Nachkommen später die pommerschen Herzöge stellen sollten. Sie selbst nannten sich die „Greifen“ oder „Gryphonen“, führten sie dieses Fabeltier doch stolz in ihrem Wappen.

Einer alten Sage zufolge stand am Griepensee früher einmal ein großer Riesenbaum, in dem der Greif jahrhundertlang seinen gewaltigen Horst gehabt haben soll. Im Griepensee selbst soll mal eine Stadt – Klein-Griepenhagen – versunken sein. Ob dem so ist, und warum sie versunken war? Wir wissen es nicht. Aber: Hünengräber und Burgwälle zeichnen die Vorgeschichte der Greifen.

Aber wo ist das Stammgut der Greifen zu suchen? Wohl nahe der Buchheide an der unteren Plöne. So ist in alten Unterlagen zu lesen: „Hier stand die Feste, das Castrum Colbaz, zu der dann auch stets

eine Provinz oder ein Burgwart gehörte – Provincia Colbacensis ...“

Es ist anzunehmen, dass die Feste bereits zu vorchristlicher Zeit bestand.



Aus der Stralsunder Bilderhandschrift im Stadtarchiv der Hansestadt Stralsund: So sah Greifenhagen 1615 aus

Schon zur Zeit der Gründung des Klosters Kolbatz soll der Greise Wartislaw II. ein weites Grundeigentum zwischen Oder und Madüsee besessen haben. Dieses ermöglichte es den Greifen, ihre weltlichen Güter aufzugeben und den Besitz des Klosters zu mehren. Einen kleineren Teil vergab dann der pommersche Herzog Barnim I., genannt „der Gute“, 1254 an die deutschen Ansiedler. Die Stadt erhielt zahlreiche Privilegien.

## Greifenhagen, gegründet 1254

Obgleich eine Fläche von 200 Hufen, waren die Deutschen dem Herzog so dankbar, dass sie ihre Gründung Gryphenhagen (Greifenhagen) nannten.

Doch wie hatte man sich das Stamm-land der Greifen damals vorzustellen? Nun, es war durchaus dicht bevölkert und fruchtbar, doch zum Norden hin, verlor es sich in Wildnis, einem Urwald mit Wölfen, Bären und Auerochsen. Oliver Henmke

www.heimatkreis-greifenhagen.de

## MELDUNGEN

## Eine Havarie, eine Wahl und „Vor 80 Jahren“

**Stettin** – Das spanische Unternehmen Windar renovables, größter Hersteller von Türmen für Windkraftanlagen, beginnt in Stettin mit dem Bau einer Produktionsanlage für den Offshore-Sektor. Die Grundsteinlegung war am 28. Mai. Produktionsstart soll 2026 mit 450 Arbeitskräften sein. TS

**Greifswald** – Die pommerschen Landratswahlen am 25. Mai ergaben folgendes Ergebnis: Der Amtsinhaber des Landkreises Vorpommern-Rügen, Stefan Kerth (parteilos), wurde in seinem Amt bestätigt. In Vorpommern-Greifswald bleibt Michael Sack (CDU) weiter im Amt. TS

**Marienfleß** – Am 1. Juni, dem Kinder- tag, laden Bürgermeister und Eisenbahnfreunde zu einem Eisenbahnfest ein. Neben einer Ausstellung zu den Saatziger Kleinbahnen werden auch Fahrten mit einem Triebwagen auf der noch vorhandenen Schmalspurbahnstrecke veranstaltet. TS

**Mukran** – Glück im Unglück: Am 22. Mai ist der LNG-Tanker „Iberica Knutsen“ um 5.20 Uhr bei der Ansteuerung des Mukraner Hafens auf Grund gelaufen. Der Tanker konnte mit Schleppern auf die Reede Sassnitz verholt werden. Es gab keine Umweltschäden, aber Ermittlungen. TS

**Bütow** – Vor etwas über 500 Jahren starb Bogislaw X. (1454–1523), genannt „Der Große“. Nun wurde dem pommerschen Herzog, unter dem Pommern 1478 vereinigt wurde, im Bütower Bezirksamt eine eigene Ausstellung gewidmet und so auch Interesse an Lokalgeschichte geweckt. TS

**Siedenbrünzow** – Im Pommerschen Evangelischen Kirchenkreis (PEK) wurde am 29. Mai gemeinsam Christi Himmelfahrt gefeiert. Es trafen sich die Kirchengemeinden Demmin, Nosendorf und Wotenick in Siedenbrünzow um 11 Uhr zum Gottesdienst. Im Anschluss wurde gegrillt. TS

**Kamnitz** – Das Gutshaus von Kamnitz, das vom Industriellen und Reichstagsabgeordneten Johann J. Haßlacher (1869–1940) erworben und bis 1945 von seinem Sohn bewirtschaftet wurde, verfällt trotz Denkmalschutz weiter. Das Kultusministerium favorisiert den Wiederaufbau. TS

**Demmin** – Vom 13. bis 15. Juni findet im Demminer Hafen das 32. Peenefest statt. Mit dabei ist auch Ostseewelle, ein Privatraddio. Neben dem Shanty-Chor Luv & Lee sind „Hausmeister Erwin“ (der Sassnitzer Leif Tenemann), ein Bootskorso und ein Höhenfeuerwerk zu erleben. TS

**Stralsund** – Der Zoo Stralsund feiert: Richard, der stolze Barockeselhengst, wird zehn Jahre alt. Für Vertreter dieser seltenen und edlen Haustierrasse – auch als „Weiße Barockesel“ bekannt – ist es das beste Eselalter überhaupt. Der Zoo züchtet die Rasse seit 1991. BS

**Vor 80 Jahren** – **Stettin**. Die Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen in Wohnungen und auf Arbeitsplätzen halten an – Kommunisten protestieren gegen das Verhalten der Sowjetsoldaten bei der Kommandantur. Die tägliche durchschnittliche Versorgungslage: 300 Gramm Brot, 125 Gramm Erbsen pro Person. TS

# „Gesellschaftlicher Suizid auf Raten“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Ich bin vollkommen einverstanden, wie Sie die RAF vom Sockel gestoßen haben. Die hat kein Mitleid verdient“

**Gunnar Cornelsen, Wunstorf**  
zum Thema: Kein Platz für Revolutions-Folklore (Nr. 20)



Ausgabe Nr. 20

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum,  
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,  
Fax (040) 41400850  
oder per E-Mail an redaktion@  
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## DER PAPST UND DAS WETTER ZU: MENSCH LEO (NR. 20)

Ein mutiger Artikel zum neuen Papst Leo XIV. Prof. Dr. Thomas Schwartz hat das Wesentliche gesagt!

Ich habe abends vor dem Fernseher gesessen und den Moment genossen, als der neue Papst vorgestellt wurde. „Prevost“ habe ich vernommen, und da hat es bei mir „klick“ gemacht. Ich dachte spontan an den Schweizer Physiker und Philosophen Pierre Prevost, der in Genf 1751 geboren und 1839 in Genf gestorben ist. Er machte 1791 die Beobachtung, dass ausnahmslos alle Körper eine Temperatur haben und Wärme ausstrahlen, egal ob sie warm oder kalt sind. Damit erklärte er die Abkühlung der Erde, die ja als „glühende Kugel“ begann und sich über Millionen von Jahren abkühlte, bevor der „Siedepunkt“ von 100 Grad Celsius unterschritten wurde und in einem „sintflutartigen Regen“ die Ozeane schuf. In diesen entstand durch „Photosynthese“, ein Vorgang, auf dem alles Leben auf Erden beruht, die Pflanzen, die Tiere und auch der Mensch. Die Photosynthese bereicherte die Luft mit dem lebensnotwendigen Sauerstoff von 21 Prozent.

Im Jahr 1780 wurde Pierre Prevost berufen als Professor für Philosophie an der Ritterakademie in Berlin. In seinem Erbgut lag die mathematische und naturwissenschaftliche Begabung, die ihn zum Mathematik- und Philosophiestudium bewegte, bevor er dann Theologie studierte. Wenn wir Luft einatmen, hat die Luft 21 Prozent Sauerstoff, beim Ausatmen sind es nur 17 Prozent. Beim Ausatmen hat sie aber vier Prozent Kohlendioxid.

Der Mensch verbrennt vier Prozent Sauerstoff und atmet vier Prozent CO<sub>2</sub> aus. Und in der Photosynthese-Gleichung kommt keine Temperatur vor. Papst Leo XIV. sollte sich nicht verführen lassen, an den „Klimaschutz“ zu glauben, sondern seinen gesunden Menschenverstand benutzen, um die arrogante und gotteslästerliche Haltung zu vermeiden. Wenn ihm dies gelingt, ist er ein würdiges Kirchenoberhaupt.

In der Lufthülle gibt es nur einen physikalischen Vorgang und diesen nennt man Wetter. Und das Wetter macht bekanntlich das, was es will, und nicht das, was Menschen sich wünschen oder sich erträumen. *Wolfgang Thieme, Oppenheim*

## NEUES ENTWICKLUNGSLAND? ZU: DIE FORTSETZUNG EINES IRRWEGS (NR. 19)

Politologen und -wissenschaftler sind in Wirklichkeit Hütchenspieler, die das Volk ablenken von dem, was wirklich läuft. Wie im vorliegenden Fall, diesem Parteienkladderatsch, derweil sich das Land an die Schwelle eines Entwicklungslandes bewegt. Marode Infrastruktur, Abwürgen der Wirtschaft durch Entzug der Energiebereitstellung vergleichbar der Dehydrierung des menschlichen Organismus, eine Verschuldungssorgie, die ohne Beispiel durch Zweckentfremdung und Vergeudung des Steuergeldes aus dem Wertschöpfungsprozess gepresst ist.

Die unverschämte Alimentierung in millionenfacher Hinsicht ins Land strömender wildfremder kulturferner Nomaden ist ohne Frage illegal und verstößt nebenbei gegen das Grundgesetz. Asylrecht ist ein Individualrecht, Punkt, Ende aus. Doch im Volk fruchtet die Indoktrination eingangs geschilderter Apologeten des Zeitgeistes, die sich als Dank ein barockes Leben gönnen.

Man hat immer mehr den Eindruck, dass das Grundgesetz für die Blockparteien 2.0 obsolet ist. Den Beweis dafür anzutreten und die Beispiele aufzuzählen, fällt dem aufmerksamen selbstdenkenden souveränen Bürger nicht schwer. Und damit sind wir wieder bei einem zentralen Grundproblem.

Wir Ehemaligen kennen das schon lange: „Es muss nur wie Demokratie aussehen, wir müssen aber immer die Fäden in der Hand behalten.“ Fazit: Die Politikerkaste ist definitiv meineidig, da sie dem Volk, dem Souverän, Schaden zufügt und den Wohlstand ruiniert (da gibt es wohl nicht mehr viel zu ruinieren). Die

gerichtliche Verfolgung dieses Meineides ist zwingend, und damit muss ebenso zwingend ein Paradigmenwechsel in allen gesellschaftlich relevanten Branchen angestoßen werden. Stoppen wir den gesellschaftlichen Suizid auf Raten, worauf warten wir noch?

Sebastian Brants „Narrenschiff“ von 1484 hält eine sehr aktuelle Botschaft für uns bereit: „Erkenne dich selbst und ändere dein Leben.“ *Klaus Hermann Konrad Baumgart, Naumburg*

## KIRCHLICHE UNTERWERFUNG ZU: AUF KONFRONTATIONSKURS (NR. 18)

Wer gläubig ist, braucht dazu keine Kirche oder irgendwelche Pfaffen, die sich mit den weltlichen Herren zusammentun, um die Ausbeutung der Sklaven perfekt zu machen. Ich kann nur raten, sich von solchem Ungemach fernzuhalten. Gestern bejubelten sie die Nazis und gaben den angetretenen Kampfeinheiten ihren Segen kurz vor dem Angriff. Heute verstecken sie ihre Missetaten hinter links-grünem Unterwerfungsgeschrei und morgen konfirmieren sie vor Angst und Unterwürfigkeit zum Islam. Und währenddessen begehnen sie eine Gotteslästerung nach der anderen und verbiegen die zehn Gebote bis zur Unkenntlichkeit. Wären die Kirchenanhänger wirklich gläubig, dann hätten sie längst allesamt austreten müssen.

*Gregor Scharf, Leipzig*

## STETER NIEDERGANG ZU: AUF DEN LEHRER KOMMT ES AN (NR. 19)

Ich finde, es fehlen zwei weitere Merkmale: Einmal ist es die Abkehr von der Leistungsbereitschaft, die einen großen Teil der Belastbarkeit abbaut.

Wenn Schüler bis zum Abitur „gepampert“ werden und plötzlich im Studium, in der Lehre – in der Selbsterhaltung – gefordert werden, sind sie sehr oft überfordert. Beim zweiten Einwurf gehe ich von

mir aus. Der Zustand meines Landes macht mir sehr zu schaffen. Der wirtschaftliche Niedergang und unsere verkommene Gesellschaft.

Kürzlich gab es im Deutschlandfunk einen bezeichnenden Beitrag über die Wechselwirkung von Sprache und Gesellschaft. Man muss sich nicht wundern, wenn Politiker sich abartig beschimpfen, dass Rettungskräfte bespuckt, geschlagen und auch mal erschossen werden.

Das ist natürlich nur ein Fragment aus dem Thema. *Peter Karstens, Eckernförde*

## LAUTER GESCHICHTSLÜGEN? ZU: EIN VERBAUTES „TOR NACH AFRIKA“ (NR. 19)

Als jahrzehntelanger Freund von Deutsch-Südwestafrika, dem heutigen Namibia, der mehrfach dort zu Besuch war und auch verwandtschaftlichen Beziehungen in diese ehemalige deutsche Kolonie hat, kenne ich deren Geschichte recht gut.

Umso erstaunter war ich über diesen Artikel, der in seiner Kolportierung uralter und längst widerlegter Geschichtslügen und völlig überhöhter Opferzahlen unter den Einheimischen dem „Spiegel“ oder der „Süddeutschen“ alle Ehre gemacht hätte. Aber so etwas in der PAZ?

*Dr. Alexander Schiedewitz, Bad Zwischenahn*

## BETRUG AN DEN WÄHLERN ZU: REPUBLIK IN DER KRISE (NR. 19)

Auch wenn Friedrich Merz als Kanzlerkandidat erst im zweiten Wahlgang die erforderlichen Stimmen des Bundestags geholt hat, so ist er bei einem Großteil der Wähler gescheitert und startet als unbeliebtester Bundeskanzler. Das ist ein erneuter Sieg der AfD.

In der DDR gab es gefälschte Wahlen, aber jetzt startet eine schwache Koalition mit dem historisch schlechtesten Abstimmungsergebnis mit einem Betrug an den Wählern. *Jürgen Frick, Dessau-Roßlau*

**Preußische Allgemeine**

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an:**  
Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-B



## Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro  
Prämie**



**Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!**

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

## REPUBLIK POLEN

## Stille Rivalität zweier Schönheiten

Thorn und Bromberg: Die eine Stadt ist ein Bilderbuch, die andere ein Roman – Beide Städte aber haben eine deutsche Prägung

VON ANDREAS GUBALLA

Denkt man an Polen, kommen einem schnell die Städte Krakau, Warschau oder Lodsch in den Sinn. Doch wer das Herz des Staates wirklich spüren will, sollte sich auf eine Reise in die Woiwodschaft Kujawien-Pommern begeben – zu zwei Städten, die gegensätzlicher kaum sein könnten und doch durch ihre Nähe und Geschichte verbunden sind: Thorn im historischen Kulmerland und Bromberg in der historischen Provinz Posen. Nur knapp 50 Kilometer trennen sie voneinander, aber es scheint, als lägen Welten dazwischen.

Thorn empfängt seine Besucher mit einer historischen Altstadt, die zum UNESCO-Weltkulturerbe gehört. Kaum hat man die ersten Schritte durch das mittelalterliche Stadttor getan, scheint die Zeit stehen zu bleiben. Gotische Backsteinfassaden reihen sich aneinander und die Türme der Kirchen ragen wie Zeigefinger gen Himmel. Besonders imposant ist das Altstädtische Rathaus, ein Meisterwerk der gotischen Architektur mit einem prachtvollen Turm, der einen atemberaubenden Blick auf die Stadt bietet.

Die Stadt an der Weichsel schafft es, ihr Erbe zu bewahren, ohne museal zu wirken. Studenten der hiesigen Universität verleihen den Cafés und Bars rund um die Altstadt eine lebendige Atmosphäre, und auch moderne Kunstinstallationen verstecken sich zwischen den historischen Fassaden.

Ein beeindruckendes Beispiel dafür, wie Tradition und Innovation in Thorn zusammenwirken, ist das im August stattfindende „Bella Skyway“-Festival. Seit 2009 zieht das Festival jedes Jahr hunderttausende Besucher an, wenn internationale Lichtkünstler historische Fassaden zu Projektionsflächen werden lassen und sich die Altstadt in eine leuchtende Traumwelt verwandelt.

**Die verborgene Perle an der Brahe**

Thorn ist der Geburtsort von Nikolaus Kopernikus, dem Astronomen, der mit seinem heliozentrischen Weltbild die Sicht auf das Universum revolutionierte. Sein – vermutliches – Geburtshaus in der St. Annengasse (heute: Kopernikastraße)



Im Herzen von Thorn: Der Altmarkt mit dem Denkmal des Nikolaus Kopernikus

Bild: visittorun

ist inzwischen ein Museum, das nicht nur sein Leben und Werk dokumentiert, sondern auch die Atmosphäre einer wohlhabenden deutschen Händlerfamilie des 15. Jahrhunderts vermittelt.

Eine bronzene Statue des großen Denkers steht auf dem Altstädtischen Markt und ist ein beliebter Treffpunkt für Einheimische und Touristen gleichermaßen. In Thorn wird Kopernikus nicht nur als Wissenschaftler gefeiert, sondern auch als Symbol für Bildung, Fortschritt und Entdeckungsgeist.

Ein Besuch in Thorn ist nicht komplett ohne eine Kostprobe des legendären Lebkuchens (Pierniki). Diese Delikatesse hat hier eine jahrhundertealte Tradition. Schon im Mittelalter wurde der würzige Honigkuchen gebacken und in alle Ecken Europas exportiert. Heute kann man im Lebkuchmuseum selbst Hand anlegen und unter fachkundiger Anleitung die eigene Lebkuchenkreation gestalten – ein

Spaß für Jung und Alt. Neben traditionellen Rezepten gibt es auch moderne Variationen, und in den Geschäften der Stadt duftet es verführerisch nach Zimt, Ingwer und Nelken.

Ganz anders wirkt Bromberg. Wo Thorn in den Himmel wächst, zieht sich das westlich gelegene Bromberg entlang des Wassers. Der Fluss Brahe und der Bromberger Kanal durchziehen die Stadt wie Adern, und alles scheint sich um das Wasser zu drehen. Die restaurierte Mühleninsel ist ein urbanes Juwel: Hier treffen moderne Architektur, Industriegeschichte und Natur harmonisch aufeinander. Am Ufer sitzen junge Paare mit einem Buch, Kinder jagen Tauben, während auf dem Wasser Kajaks und Ausflugsboote vorbeigleiten.

Besonders eindrucksvoll ist die Oper „Nova“ – ein moderner Glasbau, der sich anmutig ins Stadtbild einfügt. Im Inneren werden internationale Produktionen auf-

geführt, die dem Ruf Brombergs als Kulturstadt gerecht werden. Im Sommer wird die Insel zur Freiluftbühne – Konzerte, Theateraufführungen und Festivals ziehen dann Einheimische und Besucher gleichermaßen an.

**Zwei Seiten derselben Medaille**

Mit knapp 350.000 Einwohnern ist Bromberg eine der größten Städte Polens – und gleichzeitig eine der charmantesten. Wer sich auf eine Reise in diese einst zur Provinz Westpreußen gehörende Stadt begibt, entdeckt ein spannendes Nebeneinander von Tradition und Moderne, von industriellem Erbe und grüner Erholung.

Beide Städte mit deutscher Historie haben ihre eigene kulturelle DNA: Während Thorn mit Kopernikus und einer ausgeprägten Astronomiegeschichte glänzt, hat sich Bromberg den Ruf einer Musikstadt erarbeitet. Das jährliche Bromberger Musikfestival zieht Künstler

aus der ganzen Welt an, und auch die Musikakademie genießt hohes Ansehen. In Thorn hingegen begegnet man immer wieder den Sternen – sei es in Planetarien, im Zentrum für Zeit und Raum oder einfach im Gedanken an Kopernikus, der das Weltbild revolutionierte.

Auch architektonisch könnten die Städte kaum unterschiedlicher sein. Thorn ist kompakt, mittelalterlich und fast märchenhaft. Die Straßenpflaster knirschen unter den Füßen, und an jeder Ecke scheint ein Geheimnis verborgen. Bromberg dagegen wirkt offener, moderner – mit breiten Boulevards, viel Grün und einer Mischung aus Jugendstil, preußischem Erbe und zeitgenössischem Design. Hier dominieren keine Türme, sondern Brücken, welche die Stadtteile verbinden wie Fäden eines Spinnennetzes.

Zwischen Thorn und Bromberg herrscht seit jeher eine stille Rivalität. Wer ist schöner? Wer bietet mehr? Die Antwort ist so subjektiv wie die Wahl zwischen Rotwein und Weißwein. Thorn betört mit historischer Pracht und Charme, Bromberg überrascht mit urbaner Eleganz und kultureller Vielfalt. Man könnte sagen: Thorn ist das Bilderbuch, Bromberg der Roman, den man erst entdeckt, wenn man zwischen den Zeilen liest.

Auch kulinarisch lohnt sich der Vergleich. Während man in Thorn traditionelle polnische Küche in urigen Kellern genießt – Bigos-Eintopf, Piroggen und die Sauermeihlsuppe Żurek inklusive –, bietet Bromberg eine breite Auswahl an internationaler Küche, schicken Cafés und trendigen Bistros entlang der Uferpromenade. Besonders empfehlenswert: ein Abendessen auf einem Restaurantschiff, mit Blick auf die illuminierte Stadt.

Wer sich auf den Weg in die Republik Polen macht, sollte sich die Zeit nehmen, beide Städte zu besuchen. Sie erzählen nicht nur ihre eigene Geschichte, sondern auch die eines Staates im Wandel – zwischen Tradition und Moderne, Stolz und Aufbruch. Thorn und Bromberg sind keine Rivalen, sondern zwei Seiten derselben Medaille – unterschiedlich, aber einander ergänzend.

● Allgemein: [www.polen.travel/de](http://www.polen.travel/de)

Thorn: [www.visittorun.com](http://www.visittorun.com)

Bromberg: [www.visitbydgoszcz.pl/de](http://www.visitbydgoszcz.pl/de)

## NEISSELAND

## Einfach nur am Fluss entlang

Mit dem Drahtesel unterwegs auf dem Oder-Neiße-Radweg in Sachsen – Einen Abstecher beim Fürsten Pückler inklusive

Der Oder-Neiße-Radweg verbindet die Neißequelle mit der Ostseeinsel Usedom. Wer seine Tour am Startpunkt in Neudorf an der Neiße [Nová Ves nad Nisou] beginnt, fährt zunächst rund 56 Kilometer über tschechisches Gebiet. Auf dem Weg nach Sachsen passiert man das Dreiländereck, wo die Bundesrepublik, die Republik Polen und die Tschechische Republik aneinandertreffen. Die Route führt gen Norden weiter durch die Bundesländer Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, bis nach 630 Kilometern das Kaiserbad Ahlbeck auf Usedom erreicht ist.

Das sächsische Teilstück des überregionalen Radweges bietet viel Abwechslung. In Zittau lohnt sich ein Halt, um zwei bundesweit einmalige Schätze zu besichtigen: das Kleine und das Große Fastentuch. Besonders reizvoll ist der Abschnitt von Hirschfelde nach Ostritz, der völlig abseits der Straße durch das Tal der

Neiße führt. Man radelt ganz nah am Fluss bis zum Kloster St. Marienthal, das seit 1234 ununterbrochen von Zisterziensern bewohnt wird.

Unbedingt Station sollte man in Görlitz einlegen. Das einzigartige Flächen- und Bauwerk beeindruckt mit Bauwerken aus der Zeit der Gotik, des Barocks, der Re-

naissance, des Jugendstils sowie der Gründerzeit. Auch ein Abstecher in die Republik Polen bietet sich in Görlitz an. Über die Altstadtbrücke lässt sich mühelos über die Grenze hinüber ans andere Ufer der Neiße flanieren.

Nördlich von Görlitz gibt die weite Landschaft immer wieder Anlass, den Blick wohlthuend in die Ferne schweifen zu lassen, während man auf glattem Asphalt dahinrollt. Kleinode an der Strecke sind der Landschaftspark in Rothenburg/O.L., wo man ins Schlauchboot umsteigen und die Natur von der Neiße aus erleben kann, oder die kleine Fachwerkkirche in Pechern. Wer die „Geheime Welt von Turisese“ erobern möchte, sollte genügend Zeit einplanen. Der etwas andere Abenteuerfreizeitpark in Zentendorf lockt mit einer weitläufigen Spiellandschaft, einem Café über der Neiße und Übernachtungsmöglichkeiten in Baumwipfeln.

An der sächsischen Grenze zu Brandenburg empfiehlt sich ein Halt im Muskauer Park, der 2004 zum UNESCO-Weltkulturerbe erklärt wurde. Auf rund 830 Hektar dehnt sich Fürst Pücklers Meisterwerk beiderseits der Neiße aus. Den Landschaftsgarten an der Neiße kann man zu Fuß bei einem ausgedehnten Spaziergang oder entspannt in der Kutsche durchstreifen. Empfohlen sei auch eine Fahrt in der Muskauer Waldeisenbahn, die zwischen Bad Muskau und Weißwasser verkehrt.

An vielen Stellen direkt am Rundweg ist das Baden möglich. Zum Abkühlen und Entspannen an heißen Tagen bieten sich das Freibad in Skerbersdorf und die Erlebniswelt mit Saunadort in Krauschwitz an. Beide Einrichtungen liegen direkt am Radweg.

H. Tews/[www.neisseland.de](http://www.neisseland.de)

● [www.neisseland.de](http://www.neisseland.de);  
[www.oberlausitz.com](http://www.oberlausitz.com)



Unter Brückenresten hindurch: Radweg an der Uferpromenade an der Oder in Gartz

BILD: IMAGO/ROLF WALTER

## ● FÜR SIE GELESEN

## Ein gelungenes Roman-Debüt

Der größte Kritikpunkt vorneweg: Die nächste Veröffentlichung sollte ein besseres Lektorat erfahren. Der nächste kleinere Kritikpunkt: Manche österreichischen Pluralbildungen oder Formulierungen lösen jenseits der Alpenrepublikgrenzen doch eher befremdliches Haaresträuben aus. Die Autorin Amira Ben Saoud hat mit „Schweben“ ihren ersten Roman abgeliefert.

Er erzählt von Identität und dem, was eine Beziehung zu einer Begegnung werden lässt. Die Geschichte um eine junge Frau spielt in einer futuristischen, postapokalyptischen Zeit. Gewalt ist verboten, wird aber dennoch gelebt, von der Vergangenheit darf nichts übrig bleiben, eine Perspektive gibt es nicht, viele Siedlungen leben einzeln und fast unabhängig von einander, eine nichtfassbare Regierung, das System, beherrscht und schaltet, ohne die Regeln zu offenbaren oder ansprechbar zu sein.

Die Protagonistin imitiert andere Frauen, verändert sich, verliert sich und findet sich. Die Siedlung, in der sie lebt, erhält immer mehr Risse und das Unwirkliche hält Einzug. Der Roman kommt leicht daher, aber lässt den Leser mit einem unangenehmen Schaudern zurück. Er reißt viele Themen an, ohne in die Tiefe zu gehen, und lässt sie im Ungewissen. Nach der Lektüre sehnt man sich nach Stabilität. CRS



Amira Ben Saoud: „Schweben“, Paul Zsolnay Verlag, Wien 2025, gebunden, 188 Seiten, 23 Euro

## Spannend und überraschend

Berlin 1920 – auf der Schwelle zwischen Stumm- und Tonfilm wirkt der berühmte Regisseur Fritz Lang in Babelsberg. Gemeinsam mit der Drehbuchautorin Thea von Harbou bilden die beiden ein Traumpaar. Auch privat verbindet sie ein Liebesverhältnis, obwohl beide verheiratet sind. Das Filmmärchen bekommt Risse, als Langs Ehefrau Elisabeth Lang, geborene Rosenthal, durch einen Schuss getötet wird. War es Selbstmord, ein Unfall oder wollten Lang und seine Geliebte die lästige Ehefrau beseitigen?

Der junge Kommissar Walter Beneken führt endlose Gespräche mit den Verdächtigen, in denen er viel über das Filmgeschäft und die handelnden Persönlichkeiten erfährt. Dabei gerät er selbst in Verstrickungen und Gefahr.

Mit dem Roman „Die Könige von Babelsberg“ gelingt Ralf Günther ein vielschichtiges Werk über Glanz und Glamour der Weimarer Republik. Der Autor erzählt aus der Sicht des Kommissars Beneken eine fiktiv erdachte Geschichte rund um die tatsächlichen Begebenheiten. Die Handlung ist spannend erzählt und nimmt viele überraschende Wendungen. MRK



Ralf Günther: „Die Könige von Babelsberg. Fritz Lang und die Akte Rosenthal“, Rowohlt Verlag, Hamburg 2024, gebunden, 269 Seiten, 24 Euro

## FREIZEITGESTALTUNG



## Berühmte Gebäude

Von Punkt zu Punkt malen – So entstehen in „Deutschlands Schätze entdecken“ bekannte Sehenswürdigkeiten, die man beliebig ausmalen kann

**Malen nach Zahlen** – dabei denkt man an eine Beschäftigung für Kinder. Bei „Punkt für Punkt. Deutschlands Schätze entdecken“ geht es etwas anspruchsvoller zu. Auf der ersten Seite wird das ausgeklügelte System von

Zahlen und Buchstaben – allerdings sehr klein gedruckt – erklärt, die man verbinden muss, um Sehenswürdigkeiten wie die Hamburger Elbphilharmonie (siehe Bild) entstehen zu lassen. Im Anhang wird jedes Motiv genannt. MRK



„Punkt zu Punkt. Deutschlands Schätze entdecken“, mvg München 2025, broschiert, 93 Seiten, 12 Euro

## KRIMI

## Drei Morde im Graphischen Viertel

Vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ermittelt Kommissar Cornelius Frey und stößt auf Okkultismus in Leipzig

VON ANGELA SELKE

Ex-Kommissar Cornelius Frey arbeitet im Jahr 1933 als Nachwächter bei der großen Staatsbibliothek im Graphischen Viertel Leipzigs. Er hat seine Anstellung verloren, weil er nicht die neuen Richtlinien der Nationalsozialisten beachtet hatte. Er war nicht bereit, Unschuldige zu verhaften, nur weil sie Kommunisten waren. Ein Verbrecher oder Mörder, der eine braune Uniform trägt oder das richtige Parteibuch hat, geht dagegen neuerdings straffrei aus. Die Polizisten werden immer mehr durch Personen ersetzt, die zwar nicht gut im Ermitteln sind, aber zur neuen Regierungspartei NSDAP gehören.

Frey bemerkt eines Abends eine junge Frau, die sich von einer Brücke stürzen will. Er kann sie gerade noch retten. In der nächsten Nacht sieht er sie wieder – diesmal erschossen. Er hatte schemenhaft gesehen, dass bei dem Mädchen noch zwei Personen waren. Der weitere Tote ist Freys Ex-Kollege, der dritte Beteiligte ist nicht aufzufinden. Vermutlich war er der Mörder.

Frey kriecht zu Kreuze und entschuldigt sich bei seinen Vorgesetzten für seine letzte Ermittlung. So darf er, wieder im Dienst, diese Morde aufklären. Rätselhaft ist der Schriftzug „Hundsheide“ auf dem Arm der Toten. Was bedeutet dieser Hinweis, fragt sich Kommissar Frey, und sucht die Personen auf, die zuletzt Kontakt zu dem Mädchen hatten, die als Geisterbeschwörerinnen Séancen abgehalten und

als telepathische Hilfskraft auch bei der Kripo gearbeitet hatte.

**Fesselnder historischer Hintergrund**

Der Roman „Das Haus der Bücher und Schatten“ aus der Feder des Erfolgsautors Kai Meyer schildert, wie unglaublich die neuen Gesetze der Nationalsozialisten waren. Sie wurden zu ihren Gunsten abgeschafft oder geändert. Der Rechtsstaat zerbröckelte immer mehr. Die Gewaltherrschaft hatte immer mehr Einfluss auf alle Bereiche der Nation. Bücher wurden verbrannt, Menschen grundlos verhaftet, jüdische Mitbürger in Lager transportiert, enteignet und oftmals leichtfertig getötet. Die Gewaltherrschaft wurde intelligent und mit langer Hand vorbereitet. Das Ende kennt jeder.

Aus diesem Grund ist der Roman sehr wertvoll, da er zeigt, was passieren kann, wenn die Politik nicht alle demokratischen Rechte schützt. In Rückblenden werden Ereignisse geschildert, die im Ort Hundsheide zur Zeit vor dem Ersten Weltkrieg stattgefunden haben. Der Schreibstil ist fesselnd und interessant, besonders im Hinblick auf die geschichtlichen Tatsachen.



Kai Meyer: „Das Haus der Bücher und Schatten“, Knauer Verlag, München 2024, gebunden, 536 Seiten, 24 Euro

## GESELLSCHAFT

## Undifferenzierte Bewertungen

Franca Bauernfeind beklagt antidemokratische Verwerfungen an deutschen Hochschulen – Ihre Kritik kommt jedoch oft zu einäugig daher

VON WOLFGANG KAUFMANN

Unter Angela Merkel ist die CDU nach links gedriftet. Dennoch wird sie von vielen Linken weiterhin als „Rechtspartei“ verteuftelt. Das bekam auch Franca Bauernfeind zu spüren. Die zeitweilige Bundesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), die in dieser Eigenschaft auch dem Bundesvorstand der CDU angehörte, wurde während ihres Studiums der Staatswissenschaften an der Universität Erfurt von Kommilitonen als „Nazischlampe“ titulierte. Diese und ähnliche Erlebnisse bewogen sie dazu, das Buch „Black Box Uni. Biotop linker Ideologien“ zu schreiben.

Darin drückt sie ihr Entsetzen darüber aus, was für irrwitzige Zustände an deutschen Hochschulen herrschen. Dabei ist seit Jahrzehnten bekannt, dass die Freiheit von Forschung und Lehre nur noch auf dem Papier besteht, weil die Universitäten von linken Minderheiten gekapert wurden. Insofern haben auch die entsprechenden Fallbeispiele Bauernfeinds keinen sonderlichen Neuigkeitswert mehr.

Darüber hinaus kommt die Kritik der CDU-Vertreterin an den antidemokratischen Verwerfungen an den Hochschulen einäugig daher. Bildung ist bekanntlich Ländersache, und die Regierungen der CDU-geführten Bundesländer haben in der Vergangenheit ebenfalls nichts Substantielles unternommen, um wieder geordnete Verhältnisse an den Bildungseinrichtungen zu schaffen.

Doch das stellt nicht das einzige Manco des Buches dar. Bauernfeind inszeniert sich darin quasi als Märtyrerin, die während ihrer gesamten Studienzeit unter dem Dauerbeschuss der Linken litt. Das klingt ziemlich unwahrscheinlich – selbst für die deutsche Situation. Ebenso stört die ständige Selbstpräsentation. Sicher sind die Positionen des von ihr geleiteten RCDS über weite Strecken vernünftiger als die der linksextremen Wirrköpfe in den studentischen Gremien. Aber der Weisheit letzter Schluss bilden die RCDS-Ideen und -Vorschläge zu Veränderungen in der Hochschullandschaft auch nicht unbedingt.

Dazu kommen inhaltliche Fehler. So behauptet Bauernfeind im Zusammenhang mit der Genderdiskussion, dass Frauen „nach wie vor viel häufiger als Männer Opfer häuslicher Gewalt“ würden. Tatsächlich besagen sozialwissenschaftliche Untersuchungen jedoch etwas anderes. Denen zufolge haben etwa 50 Prozent der Männer mindestens einmal im Leben Gewalt durch ihre Partnerin erfahren. Aber undifferenzierte Schwarz-Weiß-Malerei ist eben ein weiteres Kennzeichen des Buches.



Franca Bauernfeind: „Black Box Uni. Biotop linker Ideen“, Langen Müller Verlag, München 2024, broschiert, 264 Seiten, 24 Euro

PILLAU

# Ein Denkmal als Unruhestifter

Friedrich Ebert wurde als Vater der ersten deutschen Demokratie ein Obelisk gewidmet – Einst ein Anlass für diverse Uneinigkeiten

VON JÜRGEN EHMANN

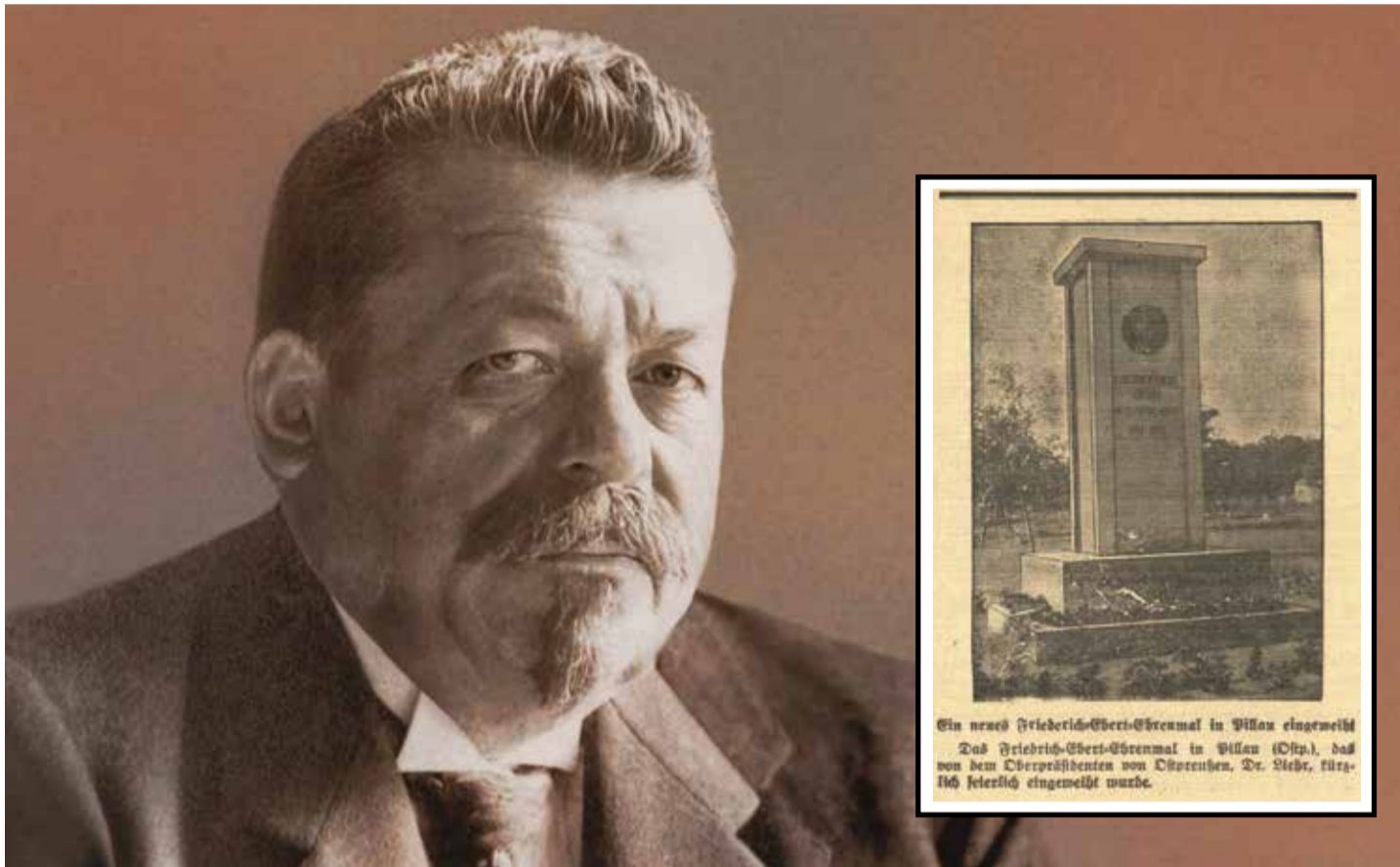
Am 13. September 1925 wurde in Herrnsrohr bei Saarbrücken zu Ehren des ersten, am 28. Februar 1925 in Berlin verstorbenen Reichspräsidenten der Weimarer Republik das erste Friedrich-Ebert-Denkmal eingeweiht. Ein zweieinhalb Meter hoher Obelisk, der ebenso prächtig wie monumental in den Himmel ragte.

Bei dieser und weiteren Denkmaleinweihungen war auch das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“, ein politischer Wehrverband zum Schutz der demokratischen Republik, anwesend. Denn nicht alle Einweihungen in der Republik verliefen damals störungsfrei. Ärger drohte damals von vielen Gruppierungen, allen voran von Kommunisten wie von den Nationalsozialisten. Und mittendrin die Männer vom Reichsbanner. Allesamt überzeugte Demokraten, die sich seit ihrer Gründung im Jahr 1924 in einem der SPD nahestehenden Verband zusammenschlossen hatten, um sich dem Ziel zu widmen, die Demokratie in Deutschland zu schützen. Eine Aufgabe, die sich diese Vereinigung sogar bis heute auf die Fahne geschrieben hat und die immer noch in ihrem Bestreben aktiv ist.

Wie wichtig und wertvoll die selbst gestellte Aufgabe war, lässt sich beispielsweise an den Geschehnissen vom 21. September 1930 ablesen. Damals kam es in Itzehoe in Schleswig-Holstein zu einer blutigen Schlägerei zwischen Mitgliedern des Reichsbanners und Nationalsozialisten. Zwei Jahre früher vereitelte am 6. Oktober 1928 in Ottobrunn bei München ein Mitglied des Reichsbanners beim Reinigen der Stufen des Ebert-Denkmal ein Sprengstoffattentat.

## Ein Mann des Volkes

Auch das am 31. August 1930 in Pillau durch den Oberpräsidenten von Ostpreußen, Ernst Siehr, der in seiner Ansprache hervorhob, „dass sich in diesem Denkmal der Dank und die Anhänglichkeit des Vol-



Reichspräsident Friedrich Ebert und sein Denkmal, abgedruckt im Mittelbadischen Courier vom 15. September 1930 – eine der wenigen letzten existierenden Ablichtungen des einstigen Denkmals in Pillau  
Bild: *imago/Zoonar*

kes gegenüber einem Mann verkörpere, der nach seiner Herkunft und nach seinem Wesen das Volk repräsentiere“, eingeweihte Denkmal erlebte in seiner kurzen Geschichte so manche Probleme, die anhand der vorgefundenen Quellen skizziert werden sollen.

- Ursprünglich sollte das Denkmal „eine viereckige Säule, an deren Kopf ein Relief Friedrich Eberts .... angebracht war“ nach Bernd Wöbke (250 Jahre Stadt Pillau, Kiel, 1975) seinen Platz an der Ecke Haffstraße/Raulestraße erhalten; „es wurde dann aber in der Plantage aufgestellt.“

- Am 14. Juli 1930 gab es eine offizielle Ortsbesichtigung mit drei Vertretern des Magistrats der Stadt Pillau und den beiden Vertretern der Provinzialberatungsstelle Königsberg, Richard Jepsen Dethlefsen und Stanislaus Cauer. Von Letz-

terem stammte auch der Entwurf des vierkantigen Blocks als geplantes Ebert-Denkmal.

- Über den Standort des Friedrich-Ebert-Denkmal lässt sich so viel sagen, dass nach dem vom 22. Juli 1930 datierten „Gutachten über Form, Anordnung und Lage des bei der Stadt Pillau geplanten Ebertdenkmals“ von Dethlefsen, Provinzialkonservator für Ostpreußen, das Reichsbanner die Grundmauern des Denkmals – für welches sie insgesamt 2300 Arbeitsstunden ohne irgendwelche Entschädigungen geleistet hatten – „bei der Stadt Pillau“ errichtet hatte.

„Dadurch entfiel der sonst als Erstes zu machende Vorschlag der Wahl einer anderen Stelle auf dem Denkmalplatz.“

- Blatt II erwähnt unter Punkt 4 „die sehr arg störenden Siedlungsbilder hinter

ihm – Häuser, Gärten, Hofräume, deren Anblick durch eine dichte und hohe Hecke völlig verdeckt werden soll“.

- In dem Schreiben des Pillauer Bürgermeisters Stamer vom 10. Juli 1930 an Dethlefsen ist die Rede von einem „Fortfall des Weges von der Spitze“ und davon, dass Stamer „persönlich dem namentlich nicht genannten Erbauer diesen Zugang zum Denkmal vorgeschlagen habe“. Den exakten Standort konnte man nicht ausfindig machen, es könnte sich theoretisch auf dem Stadtplan von 1938 aus dem Buch „Königsberg und sein Umland in Ansichten und Plänen aus der Staatsbibliothek zu Berlin“ um das Symbol über der Acht handeln.

- Zu dem Flachbild auf dem Denkmal schrieb Dethlefsen in seinem Gutachten: „Dann hatte man sich mit Künstlern im

Reich in Verbindung gesetzt und sich, durch überhohe Honorarforderungen abgeschreckt, ohne eigentlichen Beistand beschieden. Das kleine, in das Mal einzulassende Flachbild, einen Abguss einer auch anderswo verwendeten Arbeit, hatte man sich, in der Meinung, dass sie im Lande zu teuer werden würde, ebenfalls von auswärts kommen lassen.“ Dethlefsen bedauerte die Auftragsvergabe und dass man eher „sich zuerst nach im Lande lebenden Künstlern und ihren Preisen erkundigt“ und dann erfahren hätte, „dass man schon der geringeren Entfernung wegen im Lande besser und auch nicht teurer, vielleicht sogar billiger, bedient worden wäre, als von auswärts. Es ist wirklich niederdrückend, wenn man immer wieder erfahren muss, wie die wenigen im Lande überhaupt von kommenden Aufträgen ohne sachlichen Grund in die Fremde gehen und unsere einheimische Künstlerschaft oft genug nicht weiß, wo sie das Brot hernehmen soll.“

Zum Künstler schrieb die „Kölnische Zeitung“ vom 16. August 1930: „Dem Elberfelder Bildhauer Wilhelm Koopmann wurde der Auftrag übertragen, für das von der Stadt Pillau geplante Denkmal für den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert die Porträtbüste in Bronze auszuführen.“ Das Flachbild ähnelte dem noch heute existierenden Friedrich-Ebert-Denkmal auf der Hardt in Wuppertal.

## Denkmal ohne Zukunft

Nach der Einweihung sollte die Stadt Pillau die ständige Pflege übernehmen, die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat lehnten die Übernahme jedoch mit 12:5 bzw. 5:1 Stimmen ab. 1933 wurde das Denkmal – aufgrund der Ablehnung durch die Nationalsozialisten – endgültig entfernt. Es sollte eine Ehrung für einen besonderen Mann werden, denn immerhin galt Friedrich Ebert als Vater der ersten deutschen Demokratie. Doch zu guter Letzt wurde das Denkmal eher ein Streitobjekt, das rechthaberische, kleinliche Gemüter erhitzte statt erfreute.

MEMEL

# Das Haus von Wilhelm Gaigalat versteigert

Er war Pfarrer, Politiker und ein Vorkämpfer für die litauische Minderheit in Deutschland

Wilhelm Gaigalat bewohnte in Memel ein zweistöckiges Wohnhaus gleich am Anfang der Libauerstraße in der Nähe zur Altstadt. Das Gebäude, das sich in Staatsbesitz befindet, wird nun versteigert. Die Räumlichkeiten wurden früher für Verwaltungstätigkeiten genutzt, aber die ursprüngliche historische Nutzung des Gebäudes war Wohnen. Aktuell stehen die Räumlichkeiten jedoch leer. Das war einst ganz anders. Denn hier lebte zu Beginn des 20. Jahrhunderts der evangelische Pfarrer Wilhelm Gaigalat. Ein Mann mit einer abwechslungsreichen und für Ostpreußen prägenden Vita.

Wilhelm Gaigalat – litauisch: Vilius Gaigalaitis – wurde am 27. September 1870 in Jokeiten im Memelgebiet geboren. Er absolvierte das Memeler Luisengymnasium erfolgreich. Während seiner Gymnasialzeit in Tilsit nahm er am aktiven politischen Leben der Preußisch-Litauer teil. Er studierte anschließend Theologie und parallel dazu Philosophie an den Universitäten Königsberg und Berlin.

In Königsberg beteiligte er sich an den Aktivitäten der wissenschaftlichen Gesellschaft „Prussia“ für alte Geschichte. Auf

Drängen von Prorektor Adalbert Bezzenberger, der als Begründer der Erforschung der baltischen Sprachen gilt, studierte er die Wolfenbütteler Postille. Über diese älteste evangelische Predigtsammlung in litauischer Sprache promovierte Gaigalat am 22. Juni 1900.

Den Wahlkreis Memel-Heydekrug vertrat der ordinierte Pfarrer von Prökuls 1903 bis 1918 als preußischer Abgeordneter. Dort versuchte er, die Angelegenheiten der litauischen Minderheit in Preußen zu verteidigen. Am 2. Mai 1918 stimmte der sozialpolitisch engagierte Gaigalat zusammen mit dem Abgeordneten Wilhelm Wallbaum (1876–1933) im Preußischen Abgeordnetenhaus als einzige Angehörige der konservativen Fraktion für ein gleiches Wahlrecht anstelle des Dreiklassenwahlrechtes. Privat hat der umtriebige Akademiker eher wenig Spuren hinterlassen. Lediglich bekannt ist, dass er am 10. Oktober 1911 in Frankfurt am Main Marie Dietze geheiratet hat.

Am 16. November 1918 wurde er zum Vorsitzenden des in Tilsit gegründeten Rates der preußisch-litauischen Nation gewählt und später als Vertreter in den li-



Wilhelm Gaigalat Foto: *Wikimedia*

tauischen Staatsrat berufen. Im Jahr 1921 wurde er von der Regierung der Republik Litauen verpflichtet, zu Konsultationen mit der englischen Regierung nach London zu reisen. Als maßgeblicher Vertreter des Völkerbundes Memel leitete er 1922 die litauische Delegation des Memelgebiets auf der Botschafterkonferenz, auf der über das künftige Schicksal dieser Region entschieden wurde.

Nach der Annexion des Völkerbundes Memel war er von 1925–1933 Ältester der Evangelisch-Lutherischen Synode Litauens und Präsident des Konsistoriums. In den Jahren 1905–1939 leitete er die Wohltätigkeits- und Kulturgesellschaft „Sandora“ im Memelgebiet, in der er eine große Bibliothek mit 7500 Büchern anhäufte. Gaigalat war einer der Initiatoren der Gründung eines litauischen Gymnasiums in Memel und dessen erster Direktor (1922–1924).

1922 gründete er das „Aukuros“, 1924 das Museum der Region und der Stadt Memel und 1926 die Schulvereine der Region Memel, die die Stellung der litauischen Kultur in der Region Klaipėda wesentlich stärkten. Zusammen mit anderen überzeugte er den Seimas der Republik Litauen, eine Fakultät für evangelische Theologie an der Universität Kaunas einzurichten. Dort leitete er die Abteilung für Bibel-exegese, vom 1. September 1927 bis zum 1. September 1928 war er schließlich Leiter der Fakultät. Gaigalat hat 25 Bücher geschrieben und veröffentlicht, 19 auf Litauisch, fünf auf Deutsch und eins auf Französisch.

## Kämpfer für die Eigenart des Memelgebiets in Deutschland

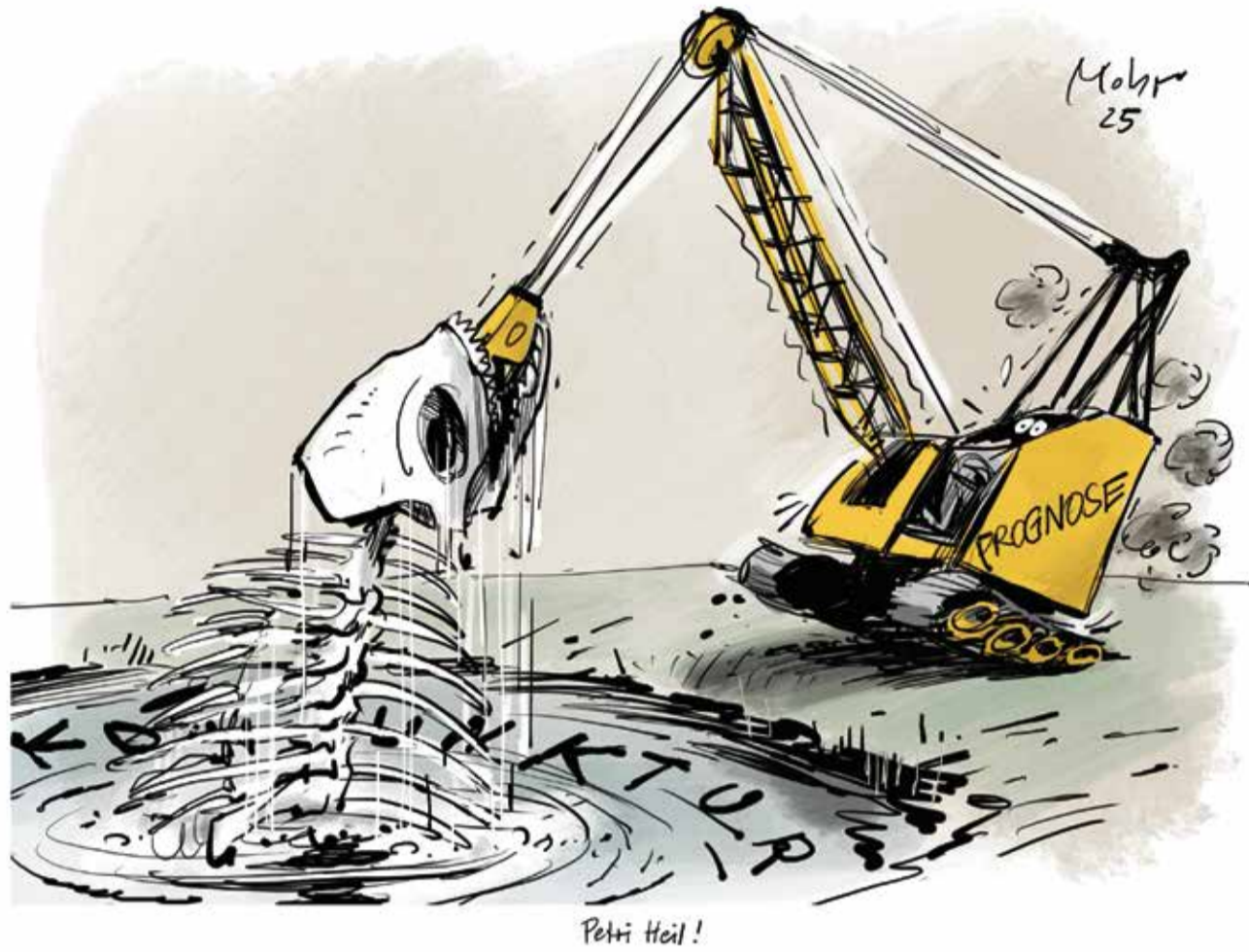
Wilhelm Gaigalat gehört zu den bedeutenden und schillernden historischen Persönlichkeiten des ehemaligen Memelgebietes. Dennoch war er umstritten. Er wurde sowohl von Litauern als auch von Deutschen hart kritisiert. Nach der Rückgabe des Memelgebiets ins Deutsche Reich 1939 zog er ins benachbarte Krottingen in Litauen. Nachdem Litauen 1940 von der Sowjetunion besetzt worden war, emigrierte er nach Deutschland, wo er am 30. November 1945 in Bretten schließlich gestorben ist.

Die deutsche Staatsangehörigkeit hatte Gaigalat von den NS-Behörden nicht wiederbekommen. Sein Nachlass, der zwischenzeitlich in den Besitz der Stiftung Preußischer Kulturbesitz gekommen war, wurde zum Teil 2022 in die öffentliche Bibliothek des Kreises Memel Ievos Simonaitytė überführt. Auch seine sterblichen Überreste und die seiner Frau Maria wurden am 26. März 1994 nach Litauen überführt und auf dem Elniškės-Friedhof in der Nähe von Prökuls endgültig beigesetzt. *bob*

## ● AUFGESCHNAPPT

Seriös erhobene Statistiken werden für gewöhnlich als unbezweifelbarer Ausdruck von Fakten betrachtet. Bei der Polizeistatistik über politisch motivierte Straftaten gibt es jedoch Details, die eher nebulös erscheinen: Bei „Propagandadelikten“ wird jede Verwendung verbotener NS-Symbole als „rechtsextrem“ verbucht, auch wenn deren Urheber nicht ermittelt wurde. Ein Hakenkreuz auf einem CDU-Plakat, dessen „Maler“ nicht gefunden werden konnte, geht also automatisch als rechtsextremes Propagandadelikt in die Polizeiliche Kriminalstatistik ein. Dass es sich stattdessen höchstwahrscheinlich um einen linken Täter handelte, der die CDU unter „Faschismusverdacht“ stellen wollte, spielt keine Rolle. Auch stellt man sich einen Rechtsextremisten auf dem Gebiet der Bundesrepublik grundsätzlich als Deutschen vor. Etwa fünf Prozent der rechtsextremen Straftaten wurden 2024 laut Polizeistatistik jedoch von Tätern ohne deutsche Staatsbürgerschaft begangen. Sie waren also noch nicht einmal „Doppelstaatler“.

H.H.



## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Wenn die Jette „reflektiert“

Warum die Chefin der Grünen Jugend alles darf, und wieso uns schon wieder dumme Jungs nerven

VON HANS HECKEL

Hat er das nicht bezaubernd ausgedrückt, der Felix Banaszak? Es sei ja nicht das erste Mal, dass sich die Co-Vorsitzende der Grünen Jugend „etwas provokant“ äußere, so der Grünen-Chef zu Jette Nietzards Parolen „ACAB“ und „Eat the Rich“. Das Kürzel steht bekanntlich für „All Cops are Bastards“, was auf Deutsch in etwa heißt: „Alle Bullen sind Mistkerle“, das andere lautet übersetzt schlicht „Esst die Reichen“.

Banaszak säuselt, er habe Nietzard „immer mal wieder darum gebeten, ihre Rolle da zu sehen“, aber das habe sie „gestern Abend ja auch reflektiert“. Nun würde er sich „ein paar Konsequenzen für die Zukunft wünschen“. Der gute Banaszak hätte einen fabelhaften Gruppenbetreuer abgegeben. Wir sehen ihn förmlich den lauschigen Stuhlkreis moderieren, es riecht nach Keksen und Vanilletee: „Du, Jette, da hast du dich aber mal wieder provokant geäußert. Aber schön, dass du das jetzt auch reflektiert hast.“ Rührend, nicht wahr?

Andererseits: Vielleicht wäre das mit dem Gruppenbetreuer genau die falsche Berufswahl. Es hat nämlich ganz den Anschein, als sei Nietzard exakt so geworden, wie sie ist, weil sie ihr ganzes Leben lang von lauter Felixen umhegt wurde. Von Leuten, die ihr immerzu vorgetäuscht haben, dass sie alles darf und nichts falsch macht. Wenn's doch Ärger gibt, „reflektiert“ sie ihren Fehltritt eben, und Schwamm drüber. Man will der süßen Jette ja nicht wehtun.

Die meisten Delegierten der Grünen Jugend haben sich selbst in der Jette offenbar perfekt wiedererkannt und sie daher zu ihrer Co-Vorsitzenden erkoren, was den Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, zu dem Schluss führt: „Die sogenannte Grüne Jugend ist leider nichts anderes als ein wohlstandsverwahrloster Haufen von Linksextremisten, dem alles Potential für demokratisches Bewusstsein fehlt.“

Während Nietzards Polizisten-Beschimpfung in der Öffentlichkeit mit dem angemessenen Abscheu gewürdigt wurde, fiel „Eat the Rich“ fast völlig unter den Tisch. Warum eigentlich? Bevor man etwas essen kann, muss es schließlich erst einmal umgebracht werden, weshalb zwischen Stall und Teller das Schlachthaus steht. Die Einlassung erinnert an jene berüchtigte Strategiekonferenz der

Linkspartei vor fünf Jahren, auf der eine Teilnehmerin darüber sinnierte, das „eine Prozent der Reichen“ zu erschießen. Der damalige Parteichef Bernd Riexinger rückte die Sache lachend zurecht: „Wir erschießen sie nicht, wir setzen sie schon für nützliche Arbeit ein.“ Bei einer Partei, deren Ursprung im Stalinismus mit dessen Gulag-System wurzelt, ein aufschlussreiches Zitat. Riexinger hat das später aber „reflektiert“: Er habe auf die ja nur „rhetorisch gemeinte“ Bemerkung der Genossin „mit einem Witz etwas unglücklich reagiert“. Schwamm ...

In ihren „Reflexionen“ erklärt Nietzard die Parole „ACAB“ übrigens geradeheraus zur „Systemkritik“, denn das „System“ sei „mehr als kritikwürdig“. Auch Linkspartei-Chefin Heidi Reichinnek nimmt offen das „System“ ins Visier, nämlich das des „Kapitalismus“, womit wohl die Marktwirtschaft gemeint ist, welche einen Grundpfeiler der freiheitlich-demokratischen Grundordnung darstellt. Diese „System“ müsse man „stürzen“.

Das ist deutlich. Bei der AfD reichte es dem Verfassungsschutz schon, dass man dort die etablierten Parteien als „Kartellparteien“ etikettiert, um verfassungsfeindliche Absichten zu erkennen, wie wir seit Kurzem wissen. Was sagt der Inlandsgeheimdienst dann zu den Jungen Grünen und zur Linkspartei? Das wüssten wir gern. Solange da nichts kommt, bleibt das Gefühl einer merkwürdigen Schlagseite beim Inlandsgeheimdienst.

## Die Blöden und die Faulen

Der hat allerdings Wichtigeres zu tun und nimmt sich gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft die Schüler eines Gymnasiums in Gießen zur Brust, die bei der Suche nach einem Abi-Motto ein paar dumme, unappetitliche Wortspielereien mit NS-Bezug vom Stapel gelassen haben. Ganz Deutschland spricht darüber.

Und eher nicht darüber, dass Judenhass auf unseren Straßen in etlichen Ecken so sehr die Szene beherrscht, dass Menschen sich mit Kippa da nicht mehr durchtrauen. Dass sich also Juden in Deutschland wieder genötigt sehen, ihre Identität in der Öffentlichkeit zu verstecken. Wenn das doch mal zum Thema wird, hören wir ein standhaft klingendes „Antisemitismus hat in Deutschland keinen Platz!“ Hat er nicht? Und ob er den hat! Wie es scheint, nimmt er sich sogar Jahr für Jahr mehr davon. Aber wir reiben uns lieber an den blöden Schülern wund.

Nietzard und Reichinnek gehen offen das „System“ an. Doch den Verfassungsschutz scheint das nicht zu kümmern



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Das ist ja nicht das erste Mal, dass so etwas passiert. Woher kommt bloß diese schräge Art von NS-Fixierung in den Köpfen junger Deutscher, welche sie dazu verleitet, die braune Finsternis in peinlichen Pennälerwitzen zu verwursten? Glimmt da ein übler Kult? Gibt es nicht genügend andere Kapitel der deutschen Geschichte, in denen ausreichend Stoff steckt, den man humoristisch verarbeiten kann, ohne dass es so eklig ausgeht? Klar gibt es die, nur muss man den jungen Leuten auch davon erzählen.

Das findet im Unterricht nur kaum noch statt. Es wächst eine Generation heran, die von den Wurzeln ihrer Nation erfolgreich getrennt worden ist. Eine deutsche Außenministerin, die als eine ihrer ersten Amtshandlungen das Porträt von Bismarck abhängen ließ, stand emblematisch für das Ausmaß der historischen Verblödung. So konnte es kommen, dass die Ministerin als Wiedergutmachung für „deutsche Kolonialverbrechen“ in Nigeria (das bis auf ein Fitzelchen für wenige Jahre nie deutsche Kolonie war) den Erben reicher Sklavenbarone die Beute des einstigen Sklavenverkaufs zurückerstattet hat – Stichwort „Benin-Statuen“.

Na ja, deren Regierung hat ja auch von Wirtschaft nichts gewusst, weshalb es kräftig abwärts geht. Oder hat die Ampel daran gar keine Schuld? Heute heißt es plötzlich, die Deutschen arbeiteten einfach zu wenig. Dabei wurden doch gerade die Teutonen seit Generationen weltweit misstrauisch bewundert für ihren Arbeitseifer. Wo ist der hin?

Um das zu ergründen, fragen wir am besten einen Selbstständigen, der sich ein Unternehmen aufbauen will und dabei in den Stacheldrahtverhauen der bundesdeutschen Bürokratie verblutet. Und haben Sie vom „Beförderungsstreik“ gehört? Arbeitgeber wundern sich, dass ihre Mitarbeiter einstmals heiß begehrte Aufstiegsangebote heute kühl zurückweisen. Denn warum aufsteigen, wenn ein gieriger Staat das Lohnplus so weit wegfrisst, dass die Zusatzarbeit netto entlohnt wird wie das Tagespensum eines mittelmäßig erfolgreichen Flaschensammlers? Begehrte ausländische Fachkräfte machen ein Bogen um unser Land, wenn ihnen angesichts von deutschen Steuern, Abgaben und der Bürokratie die Kinnladen runtergefallen sind. Doch wie so oft schafft es die Politik gerade wieder, die Schuld an einem von ihr verursachten Problem auf die Bürger abzuwälzen. Jetzt sind wir eben faul.

## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Die lettische Jungunternehmerin Valerija Kraval erzählt in der „Welt“ (21. Mai), warum sie nach einigen Jahren in Berlin nach Spanien gezogen ist. Neben der deutschen Bürokratie und der maroden Infrastruktur waren der Grund ...:

„... die Steuer- und Sozialabgaben. Das ist einfach zu viel. Steuern zu zahlen, ist in Ordnung. Aber die ganzen Sozialabgaben? Ich verstehe bis heute nicht, warum so viel von meinem Gehalt abgegangen ist. Das hat am Ende dazu geführt, dass es nun eben einen Expat weniger gibt, der in Deutschland Steuern zahlt.“

Philip Fabian nimmt in der „Bild“-Zeitung (23. Mai) die Motive der linken und arabischen Anti-Israel-Aktivisten unter die Lupe:

„Vieles, was sich als Kritik am Gazakrieg tarnt, richtet sich am Ende gegen die Existenz des jüdischen Staates und Juden an sich. Dem Wut-Mob geht es nicht um das Wohl der Palästinenser, die von den Hamas-Terroristen in den Krieg hineingezogen wurden.“

Die „Frankfurter Allgemeine“ (20. Mai) zitiert aus dem Buch „An der Grenze“, worin der ehemalige Grenzpolizist Jan Solwyn einen Blick auf das Jahr 2015 wirft:

„Deutschland feierte den Kontrollverlust. Niemand schien sich daran zu stören, dass es sich, im Gegensatz zur medialen Darstellung, eben nicht um Familien handelte. Niemand schien sich daran zu stören, dass diese Menschen, im Gegensatz zur medialen Darstellung, nicht gerade erst knapp dem Tode entronnen waren, sondern Tausende Kilometer ohne Gefahr für Leib und Leben durch sichere europäische Länder zurückgelegt haben.“

Max Mannhart erklärt auf „Apollo News“ (25. Mai), warum sich Linke mit radikalen Moslems so gut verstehen:

„Die postkoloniale Ideologie mit ihrer verkappten Liebe zum Islamismus zeigt ja ganz offen, worum es ihr geht, was ihr eigentlich verbliebenes, letztes Ziel ist. Sie sind getrieben vom Hass auf den Westen an sich – auf die Schätze seiner Kultur, die Schönheit seiner Städte, die Weisheit seines geistigen Erbes, die wirtschaftliche Prosperität der breiten Bevölkerung. Sie hassen all das, weil sie nichts dazu beitragen können.“

Zur Debatte um die deutsche Arbeitsmoral meint Nena Brockhaus im „Focus“ (27. Mai):

„Eine auf staatliche Umverteilung geeichte Gesellschaft reagiert mit Empörung, Unverständnis und Schelte gegenüber jenen, die mehr Arbeit und Leistungssteigerung einfordern. Gleichzeitig wird das Leistungsprinzip verdrängt und ersetzt durch moralische und überhebliche Zeitgeistdebatten: gendergerechte Sprache, Quoten.“

## ● WORT DER WOCHE

„Die Karriere von Annalena Baerbock ist nur in einem Staatssystem möglich, in dem jeglicher Leistungsgedanke vollends ausradiert ist.“

Julian Reichelt macht sich am 27. Mai bei „Nius“ Gedanken über den Werdegang unserer Ex-Außenministerin